

Der Angriff
auf die Familienehre

Hans Christian Lieberknecht

DER ANGRIFF AUF DIE FAMILIENEHRE

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der
Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Hans Christian Lieberknecht
Rechtsreferendar

1959



5349/60.

Erstberichterstatter: Professor Dr. Karl Engisch

Zweitberichterstatter: Professor Dr. Reinhart Maurach

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Februar 1960

MEINER MUTTER

I. Einleitung	1
II. Die Kindheit	2
III. Die Jugend	3
IV. Die Ehe	4
V. Die Eltern	5
VI. Die Kinder	6
VII. Die Enkelkinder	7
VIII. Die Freunde	8
IX. Die Feinde	9
X. Die Tode	10
XI. Die Auferstehung	11
XII. Die Hölle	12
XIII. Die Paradiese	13
XIV. Die Welt	14
XV. Die Menschheit	15
XVI. Die Natur	16
XVII. Die Kunst	17
XVIII. Die Wissenschaft	18
XIX. Die Religion	19
XX. Die Philosophie	20
XXI. Die Politik	21
XXII. Die Geschichte	22
XXIII. Die Geographie	23
XXIV. Die Astronomie	24
XXV. Die Meteorologie	25
XXVI. Die Botanik	26
XXVII. Die Zoologie	27
XXVIII. Die Anatomie	28
XXIX. Die Physiologie	29
XXX. Die Medizin	30
XXXI. Die Chirurgie	31
XXXII. Die Pharmazie	32
XXXIII. Die Heilkunde	33
XXXIV. Die Falschheit	34
XXXV. Die Wahrheit	35
XXXVI. Die Gerechtigkeit	36
XXXVII. Die Ungerechtigkeit	37
XXXVIII. Die Freiheit	38
XXXIX. Die Sklaverei	39
XL. Die Gleichheit	40
XLI. Die Ungleichheit	41
XLII. Die Harmonie	42
XLIII. Die Disharmonie	43
XLIV. Die Schönheit	44
XLV. Die Hässlichkeit	45
XLVI. Die Liebe	46
XLVII. Die Hass	47
XLVIII. Die Freundschaft	48
XLIX. Die Feindschaft	49
L. Die Hoffnung	50
LI. Die Verzweiflung	51
LII. Die Geduld	52
LIII. Die Ungeduld	53
LIV. Die Sanftmut	54
LV. Die Wildheit	55
LVI. Die Bescheidenheit	56
LVII. Die Unbescheidenheit	57
LVIII. Die Demut	58
LIX. Die Unmännlichkeit	59
LX. Die Männlichkeit	60
LXI. Die Weiblichkeit	61
LXII. Die Mannlichkeit	62
LXIII. Die Weiblichkeit	63
LXIV. Die Jungfräulichkeit	64
LXV. Die Keuschheit	65
LXVI. Die Unkeuschheit	66
LXVII. Die Keuschheit	67
LXVIII. Die Unkeuschheit	68
LXIX. Die Keuschheit	69
LXX. Die Unkeuschheit	70
LXXI. Die Keuschheit	71
LXXII. Die Unkeuschheit	72
LXXIII. Die Keuschheit	73
LXXIV. Die Unkeuschheit	74
LXXV. Die Keuschheit	75
LXXVI. Die Unkeuschheit	76
LXXVII. Die Keuschheit	77
LXXVIII. Die Unkeuschheit	78
LXXIX. Die Keuschheit	79
LXXX. Die Unkeuschheit	80
LXXXI. Die Keuschheit	81
LXXXII. Die Unkeuschheit	82
LXXXIII. Die Keuschheit	83
LXXXIV. Die Unkeuschheit	84
LXXXV. Die Keuschheit	85
LXXXVI. Die Unkeuschheit	86
LXXXVII. Die Keuschheit	87
LXXXVIII. Die Unkeuschheit	88
LXXXIX. Die Keuschheit	89
LXXXX. Die Unkeuschheit	90
LXXXXI. Die Keuschheit	91
LXXXXII. Die Unkeuschheit	92
LXXXXIII. Die Keuschheit	93
LXXXXIV. Die Unkeuschheit	94
LXXXXV. Die Keuschheit	95
LXXXXVI. Die Unkeuschheit	96
LXXXXVII. Die Keuschheit	97
LXXXXVIII. Die Unkeuschheit	98
LXXXXIX. Die Keuschheit	99
LXXXXX. Die Unkeuschheit	100

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einleitung und Problemstellung

- a) Abgrenzung zur "mittelbaren" Beleidigung 1
- b) Die gesetzlichen Bestimmungen
der §§ 189 und 213 StGB 4

1. KAPITEL: Der strafrechtliche Ehrbegriff 6

- A. Der Tatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) 6
- B. Die Ehre als geschütztes Rechtsgut
des § 185 StGB - ein komplexer Begriff - 7
 - 1. Die objektive Ehre 9
 - 2. Die innere Ehre 10
 - 3. Die äußere Ehre 10
 - 4. Die subjektive Ehre 11
 - 5. Die soziale Werthaftigkeit 12
 - 6. Definitionen:
 - a) Einzellehre 13
 - b) Gemeinschaftsehre 13

2. KAPITEL: Voraussetzungen einer Gemeinschaftsehre 15

- A. Die Bedeutung der §§ 196 und 197 StGB 15
- B. Der Unterschied zur Kollektivbeleidigung 16
- C. Geschichtliche Entwicklung der Lehre über die
Gemeinschaftsehre bis zur Anerkennung durch das
Reichsgericht 17
- D. Die Gemeinschaftsehre im Lichte der heutigen Auf-
fassung 23
 - a) Das Wesen der echten Gemeinschaft 23
 - b) Die Merkmale der beleidigungsfähigen Gemeinschaft 26
 - 1. Der soziale Wert 26
 - 2. Die Fähigkeit zur eigenen Willensbildung 27
 - 3. Innere Geschlossenheit 28
 - 4. Geschichtliche Konstanz der Gemeinschaft 29

	Seite
<u>3. KAPITEL:</u> Die Familienehre im besonderen	31
A. Bestimmungen, in denen der Ehrenschatz der Familie anklängt	31
a) § 189 StGB	31
b) Der alte § 195 StGB	32
c) § 213 StGB	34
B. Die Merkmale der Gemeinschaftsehre bei der Familie	35
a) Ausgangspunkt: Die "unbekannte Familie" (Unterscheidung zwischen Ruhm und Ehre)	35 36
b) Ausgangspunkt: Die Kleinfamilie	36
1. Die Familie als Wertgemeinschaft - der soziale Wert. Die soziologische Anerkennung der Familienehre	37
2. Die Familie als ein selbständiges Gebilde	42
3. Fähigkeit zur eigenen Willensbildung	44
4. Die geschichtliche Konstanz der Familie	46
5. Abgrenzung des zur Familie gehörenden Personenkreises	48
6. Vergleich der Familie mit anderen Gemeinschaften	50
7. Definition der Familienehre	52
C. Gesonderte Eheehre?	52
D. Sippenehre (die Ehre der Großfamilie)	53
E. Rechtsprechung zur Familienehre (Kritische Stellungnahme)	55
<u>4. KAPITEL:</u> Der Tatbestand der Familienbeleidigung	62
A. Der Tatbestand im allgemeinen. Familienbeleidigung durch Außenstehende	62
a) Der objektive Tatbestand	63

	Seite
aa) Mündliche oder schriftliche Kundgabe der Mißachtung	63
bb) Die "konkludente" Kundgabe der Mißachtung (Tätlichkeiten gegenüber Familienangehörigen)	65
b) Der subjektive Tatbestand	67
c) Verwirkung der Familienehre und Einwilligung	68
B. Besondere Probleme	70
a) Familienbeleidigung durch Familienangehörige	70
aa) Der Begriff: "Träger" der Familienehre	73
bb) Der Begriff: "Wahrer" der Familienehre	76
b) Familienbeleidigung durch ehrverletzende Äußerungen, die sich auf verstorbene Angehörige oder vergangene Generationen beziehen	76
c) Angriffe auf den Familiennamen	77
C. Konkurrenz zwischen Einzelbeleidigung und Familienbeleidigung	78
D. Der Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch im Hinblick auf die Beleidigung von Gemeinschaften	79
Literaturverzeichnis	81



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555215_0055

EINLEITUNG UND PROBLEMSTELLUNG

a) Abgrenzung zur "mittelbaren" Beleidigung

Diese Dissertation befaßt sich mit der Frage, ob die Familie als eine Gemeinschaft beleidigt werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Spezialfrage aus dem Problemkreis der passiven Beleidigungsfähigkeit von Personengesamtheiten. Im Rahmen des Ehrenschatzes von Ehe und Familie sind zwei Tatbestandskomplexe streng zu unterscheiden. Der erste befaßt sich mit der Frage, ob durch die Beleidigung eines einzelnen zugleich dessen Familienangehörige auf Grund ihrer engen Verbundenheit mit dem Beleidigten in ihrer Ehre verletzt werden können (1). Es handelt sich hierbei um das Institut der "mittelbaren" Beleidigung oder der sog. "Mitbeleidigung" (2). Die Rechtsprechung hat zahlreiche Fälle entschieden, in denen der Ehemann durch eine Beleidigung seiner Frau, die Eltern durch eine Beleidigung ihrer Kinder oder die Kinder durch eine Beleidigung der Eltern unmittelbar mitbeleidigt werden (3).

In diesen Entscheidungen hat man mit dem Ausdruck "Familienehre" fälschlicherweise die Einzelehre des Mitbeleidigten bezeichnet. Dies ist eine irreführende Bezeichnung, da wir unter Familienehre die Ehre der Gemeinschaft verstehen. Bei der mittelbaren Beleidigung sind aber lediglich die einzelnen Familienangehörigen in einem Ausschnitt ihrer Ehre verletzt worden, der die Stellung des Betroffenen innerhalb seiner Familie betrifft. Es wird etwa die Stellung des Vaters als geistiges Familienoberhaupt mißachtet, wenn jemand in seiner Gegenwart und in seiner Wohnung die Tochter zur Unzucht mißbraucht (4). Durch diese Handlung wird der Vater in seiner Ehre verletzt.

Gegenstand dieser Betrachtungen ist nicht die unmittelbare Mitbeleidigung eines Familienangehörigen, sondern ein zweiter Tatbestandskomplex, der die unmittelbare Gemeinschaftsbeleidigung betrifft. Das Thema dieser Arbeit lautet daher:

Ist die Familie eine Gemeinschaft, die als ein selbständiges Gebilde in ihrer (Einzel-) Ehre verletzt werden kann?

1) Martin, LM, Nr. 20 zu § 185 StGB

2) Welzel, MDR 51/502

3) siehe: RG 70/98, 70/173, 70/245 ff., JW 36/2229, JW 39/543, Nr. 9, LZ 28/982, JW 35/526, Nr. 27, MDR 51/244, NJW 51/531, Nds. Rpf. 47/64, JW 38/790, HRR 38, Nr. 865, HRR 39, Nr. 394, HE St 1/307, BGH NJW 54/847, JW 37/1331, NJW 55/471, JW 35/526, Nr. 27 und BGH MDR 51/404.

4) JW 37/1331.

Die von der Rechtsprechung entschiedenen Fälle einer indirekten Einzelbeleidigung sollen insoweit dargestellt werden, als sie für die Problematik des Tatbestands der echten Gemeinschaftsbeleidigung der Familie von Bedeutung sind. Zunächst soll die Frage der Familienehre im Sinne einer Gemeinschaftsehre geprüft werden.

Während die sogenannte Kollektivbeleidigung, das ist die Beleidigung mehrerer Einzelpersonen durch eine Sammelbezeichnung, einen gewissen Abschluß in ihrer rechtsdogmatischen Entwicklung gefunden hat, stehen die Probleme der Gemeinschaftsehre und der Gemeinschaftsbeleidigung noch in ihrer Entwicklung. Eine einheitliche und scharf abgrenzbare Linie ist für dieses Gebiet noch nicht gefunden worden. Zwar ist das Problem einer vom Strafgesetzbuch geschützten Gemeinschaftsehre bereits in zahlreichen Monographien und Aufsätzen (1) erör-

1) Literatur zur Gemeinschaftsehre:

Ambach, Kollektivinjurien und Injurien gegen Kollektivpersonen, Würzburg 1904; Binding, LB, 2. Aufl., 1. Bd., S. 133 ff.; Bless, Die Beleidigung von Personengesamtheiten und von Einzelpersonen durch eine Gesamtbezeichnung, Rostock, 1909; Bolze, Die Beleidigung kollektiver Personeneinheiten in GA 26/1 ff.; Bruns, Passive Beleidigungsfähigkeit handelsrechtl. Kapitalgesellschaften, NJW 55/693; Calker (Bel. einer Zeitung), DJZ 1902/277 ff.; Dahm in JW 36/2497 ff. u. 2555 ff.; Dohna in DJZ 25/1028; Ellenbogen, Die Kollektivbeleidigung, Tübingen 1907; Engisch in ZAkDR 39/568 ff.; Frank, Das StGB f. d. deutsche Reich, 1931, S. 419; Freisler in DJ 36/1466; Gamm in NJW 55/1826; Gerland, Einige Bemerkungen zur Beleidigungslehre im geltenden u. künftigen Strafrecht, GS 110/9 ff. (insbes. 20 ff.), Einige Bemerkungen zum Ehrenschatz im geltenden u. künftigen Strafrecht, Festschr. für H. Lehmann, S. 301 ff.; Goltz, Beleidigungsfähigkeit von Personengemeinschaften, DStR 36/209; Gross, Die Beleidigung v. Personengesamtheiten im deutschen u. schweizerischen Strafrecht, Bern 1941; Hälschner, Das gemeine deutsche Strafrecht, 1884, S. 168; Hammeley, Die Kollektivbeleidigung, StAbh. (strafrechtl. Abhandlungen), Heft 121; v. Hippel, LB 1932, S. 218; Hirschberg, Die Beleidigung v. Personengesamtheiten, Berlin 1929; Hurwicz, Beleidigung sozialer Einheiten, ZStW 31/873 ff.; Kohler in GA 47/1; Kohlrausch-Lange, LB, 41. Aufl., S. 398; LK 6./7. Aufl., 2. Bd., S. 119 ff.; Liepmann, Die Beleidigung von Kollektiveinheiten, in Vergl. Darst. d. dt. u. ausl. StR, BT. IV, S. 348 ff.; Maurach, LB, Besonderer Teil, 2. Aufl., S. 118; Mezger, insbes. in JZ 51/520 f.; Olshausen, LB, 12. Aufl., S. 827 f.; Sauer, Das System des Strafrechts, 1954, S. 354 (Beispiele S. 356); Schäfer in DJ 36/608; Schlosky in DStR 41/86; Schönke, LB, 8. Aufl., Vorbem. III/1 zu 185; Welzel in MDR 51/500 ff. u. ZStW 57/28 ff.; Zimmermann, Über die Bel. gegen jur. Pers., GA 25/97 ff.

tert worden; das eigentliche Thema dieser Dissertation, die Frage nach einer schutzfähigen Familienehre, ist jedoch, soweit ersichtlich, bisher nur von Engisch (1), Gerland (2), Mezger (3) und Welzel (4) berührt worden. Das Reichsgericht und der Bundesgerichtshof haben den Schutz der Familienehre bisher verneint.

Die Stellungnahme des Juristen hinsichtlich des Ehrenschatzes von Gemeinschaften ist weitgehend von dem politischen Denken seiner Zeit abhängig. So ist es verständlich, daß die in der Literatur vertretenen Ansichten uneinheitlich sind. Unter dem Einfluß eines übertriebenen kollektivistischen Denken in der Zeit des Nationalsozialismus bahnte sich eine Entwicklung an, die einen nahezu uneingeschränkten Ehrenschatz der Gemeinschaften vorsah (5). In jener Zeit wurde auch die Familie als beleidigungsfähig anerkannt. Heute ist die Überbewertung der Gemeinschaft überwunden. Man kann aber sagen, daß die Rechtsprechung seit 1945 nach einem anfänglichen Rückfall in individualistisches Denken (6) eine Haltung eingenommen hat, die doch der tatsächlichen Bedeutung der Gemeinschaften für das Volk und der Stellung des einzelnen innerhalb der Gemeinschaft, sowie der gegenseitigen Abhängigkeit von Individuum und Gemeinschaft zu entsprechen versucht.

Man hat sich bemüht, einen allgemein gültigen Tatbestand der ehrfähigen Gemeinschaft zu finden. Dieser mußte zwangsläufig bei der Vielzahl der Erscheinungsformen von Personenverbindungen sehr weit gefaßt sein. Die Frage nach einer selbständigen Ehre muß daher für jede Gemeinschaft aufs neue anhand ihrer besonderen Erscheinungsformen beantwortet werden. Die Entscheidung muß dem eigentümlichen Wesen und Wirken und der spezifischen Struktur der konkreten Gemeinschaft gerecht werden.

Rechtsprechung und Lehre haben bereits die verschiedensten Personenverbindungen als beleidigungsfähig anerkannt. Der Bundesgerichtshof (7) hat sich trotz der angedeuteten Bedenken zu einer einheitlichen und deshalb sehr weitgehenden

1) ZAkDR 39/568 ff.

2) GS 110/9 ff.

3) JZ 51/520 f.

4) MDR 51/500

5) siehe insbesondere Freisler in Gürtner-Freisler, Das neue Strafrecht, S. 96 ff., u. in DJ 36/1466 u. Dahm in "Gegenwartsfragen", S. 1 ff.

6) BGH-Urteil vom 26.4.1951 in JZ 51/520 ff.

7) NJW 54/1412 ff.

Definition der ehrfähigen Gemeinschaft entschlossen. Er hat Grundsätze aufgestellt, die es ermöglichen würden, nahezu jeder Gemeinschaft, die eine "anerkannte soziale Funktion" erfüllt (1), eine eigene Ehre zuzusprechen.

Trotzdem versagt die gesamte Rechtsprechung noch immer (2) der engsten und für die Gesellschaft wertvollsten Gemeinschaft, der Familie, den Ehrenschatz. Diese Tatsache erscheint unverständlich, da die Familie (3) die bedeutendste soziale Leistung erbringt, die eine Gemeinschaft für den Staat und das Volksganze ausüben kann. Nach der Formulierung des BGH wäre die Familie an erster Stelle für einen Ehrenschatz der Gemeinschaft berufen.

Die folgenden Untersuchungen sollen der Feststellung dienen, ob die Familie eine Ehre hat. Die Möglichkeit zur Erörterung dieses Problems besteht de lege lata nur dann, wenn der Wortlaut und die sinngemäße Auslegung des Gesetzes zu dem Ergebnis führen, daß die Anerkennung einer Familienehre dem Inhalt und dem Sinn des Gesetzes nicht entgegensteht.

b) Die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 189 und 213 StGB

In ausdrücklicher Form hat sich der Gesetzgeber mit der Familienehre nicht befaßt. § 185 StGB besagt lediglich, daß die "Beleidigung" bestraft wird. Was unter Beleidigung zu verstehen ist, hat der Gesetzgeber der zeitgemäßen Auslegung durch Lehre und Rechtsprechung überlassen. Die Anerkennung einer Familienehre steht daher dem Inhalt des § 185 StGB nicht entgegen.

Das Strafgesetzbuch enthält jedoch die Sonderbestimmung der §§ 189 und 213, in ~~denen~~ die Erscheinung einer Familienehre anklingt. Auch sie stehen der allgemeinen Anerkennung einer solchen Ehre im Rahmen des § 185 StGB nicht entgegen. Es ist nicht gerechtfertigt, aus den Bestimmungen der §§ 189 und 213 StGB den Schluß zu ziehen, daß der Gesetzgeber die Familie in ihrer Ehre nur

-
- 1) Der BGH fordert mithin im wesentlichen nur eine einzige und zugleich sehr allgemeine Voraussetzung. Sie ist das Kennzeichen nahezu jeder Personenvereinigung, die dem Volksganzen irgendwie von Nutzen ist.
 - 2) Abgesehen von dem Urt.d.BayObLG - MDR 58/264 -, in dem das Problem einer Familienehre am Rande berührt wird.
 - 3) vorausgesetzt, daß ihre Funktionen gesund sind und ihrer natürlichen Bestimmung innerhalb der Gemeinschaft des Volkes entsprechen.

soweit schützen wollte, als er sie in diesen Bestimmungen berücksichtigt hat. Aus beiden Bestimmungen muß man vielmehr den Schluß ziehen, daß der Gesetzgeber dem Gedanken der Familienehre positiv gegenüberstand. Beide Tatbestände tragen dem Ehrgefühl und dem unter den Familienangehörigen vorhandenen Bewußtsein eines gewissen Familienwerts Rechnung. Sie gehen dabei von der soziologischen Tatsache aus, daß unter den Angehörigen einer Familie eine so enge Verbundenheit besteht, daß die Beleidigung eines einzigen zugleich die übrigen in ihrem Ehrempfinden verletzt ("zum Zorne reizt", § 213 StGB), daß die Verunglimpfung eines Toten die überlebenden Familienangehörigen in ihrem Ehr- und Pietätsgefühl verletzt (§ 189 StGB).

Man kann keineswegs aus den beiden Vorschriften den Schluß ziehen, daß die im Rahmen des § 185 StGB erfolgende Anerkennung einer Sonderehre der Familie dem Willen des Gesetzgebers und dem Inhalt des Gesetzes widerspricht. Nur wenn das Strafgesetzbuch eine Bestimmung enthielte, deren sinngemäße Auslegung erkennen ließe, daß der Gesetzgeber den strafrechtlichen Schutz einer Familienehre verhindern wollte, wäre eine Erörterung des Problems de lege lata ausgeschlossen. Eine derartige Bestimmung enthält das Strafgesetzbuch nicht.

Es ist an der Zeit, der Familiengemeinschaft eine eingehende Betrachtung des Beleidigungstatbestandes zu widmen. Den folgenden Untersuchungen zur Familienehre sollen die von Literatur und Rechtsprechung hinsichtlich der ehrfähigen Gemeinschaft entwickelten Grundsätze gewissermaßen als ein Rahmen zugrundegelegt werden, innerhalb dessen die besonderen Eigentümlichkeiten der Familiengemeinschaft zu berücksichtigen sind.

1. K A P I T E L

DER STRAFRECHTLICHE EHRBEGRIFF

A. DER TATBESTAND DER BELEIDIGUNG (§ 185 StGB)

Was eine Beleidigung ist, hat der Gesetzgeber nirgends gesagt. Eine "juristische Typisierung" des Beleidigungsbegriffs ist unmöglich (1). Nach herrschender Meinung (2) besteht die Beleidigung in der vorsätzlichen und rechtswidrigen Kundgebung der Nicht- oder Mißachtung eines einzelnen oder einer Gemeinschaft. Einen typischen Fall der Mißachtung gibt es nicht. Die beleidigende Kundgebung kann erfolgen durch eine mündliche oder schriftliche Äußerung oder durch eine symbolische Handlung. Voraussetzung der letzteren ist, daß sie eine bestimmte Gedankenklärung enthält. Die Kundgabe kann gegenüber dem Beleidigten selbst oder gegenüber einem Dritten erfolgen. Für den Vorsatz genügt das Bewußtsein, daß die Gedankenklärung einen ehrverletzenden Charakter hat.

Angriffsobjekt der Beleidigung ist die Ehre des Mißachteten, bzw. der aus der Ehre abgeleitete Anspruch auf Achtung (3).

1) Welzel, ZStW 57/28

2) so etwa: LK § 185 Anm. 1; Maurach, Bes. T., S. 124; Mezger, StRStuB 51, § 35/I; Niethammer LB, 1950, S. 194; Sauer, System, S. 360 ("Behandlung, die dem Verkehrswert einer Person zuwiderläuft"); Schönke, 8. Aufl., § 185, I; Welzel, LB, § 37, II, 1.

3) Von dieser Meinung weichen, soweit ersichtlich, lediglich v. Bar, Hess und Bassege ab. v. Bar, GS 52/81 u. 84, sieht in der Beleidigung nicht einen Angriff auf die Ehre oder den auf ihr beruhenden Achtungsanspruch, sondern eine Leidzufügung, die sich in der Erregung eines Seelenschmerzes äußert. (Ebenso Hess, Die Ehre und die Beleidigung nach § 185 StGB, 1891). Bassege, Ehre und Beleidigung, 1937, S. 27, erblickt in der Beleidigung einen Angriff auf den Frieden. Jede Beleidigung fordert die Retorsion des Angegriffenen heraus. Diese sei zwar unerfreulich, aber rechtmäßig. Durch die Begründung des Retorsionsrechts des Beleidigten gefährde der Beleidiger den öffentlichen Frieden.

Auch Gemeinschaften können nur dann beleidigt werden, wenn sie eine eigene, selbständige Ehre haben, die ihnen einen Anspruch auf Achtung gibt. Die Ehrfähigkeit einer Gemeinschaft kann nur erörtert werden, wenn man sich mit dem Begriff der Ehre auseinandergesetzt und für eine bestimmte Ehrauffassung entschieden hat. Im folgenden soll daher der strafrechtliche Ehrbegriff des § 185 StGB dargestellt werden.

B. DIE EHRE ALS GESCHÜTZTES RECHTSGUT DES § 185 StGB; EIN KOMPLEXER BEGRIFF

Das Wort Ehre ist außerordentlich vieldeutig. Man bezeichnet damit einerseits die äußere Geltung eines Menschen, sein Ansehen und seinen guten Ruf, andererseits aber den inneren Wert, der durch das sittliche Verhalten des Menschen geprägt wird. Mit dem Wort Ehre bezeichnet man auch das Ehrgefühl und das Wertbewußtsein des einzelnen.

Dem Strafgesetzbuch ist der Begriff der Ehre unbekannt. Es enthält das Wort Ehre an keiner Stelle. In der Literatur dagegen gibt es nahezu ebensoviele Ehrauffassungen wie Autoren zu dem Thema. Auf eine Wiedergabe der zahlreichen und so verschiedenen Ehransichten muß verzichtet werden. Nur soweit sie zum Verständnis des hier vertretenen komplexen Ehrbegriff erforderlich sind, sollen die einzelnen Ansichten Erwähnung finden. Im übrigen wird auf die einschlägige Literatur (1) verwiesen.

-
- 1) Binding, Die Ehre und ihre Verletzbarkeit, Leipzig 1892; Bollnow, O.F., Ehre und guter Ruf, in "Die Sammlung" 1952, S. 31 ff.; Bolze in GA 26/1 ff.; Gerland, GS 110/9 ff. und Festschrift für H. Lehmann, S. 301 ff.; Hammeley, StrR. Abh. Heft 121; Kohler, Ehre und Beleidigung, in GA 47/1-48 und 98-154; Maurach, LB BT., S. 114, Ramm, Der Ehrbegriff als Grundlage des Ehrenschatzes im Strafrecht, in Str. Abh. Heft 366; Reiner, Hans, Die Ehre, 1956; Sauer, Die Ehre und ihre Verletzung, Berlin 1915 und System, S. 341; Stenglein in GS 42/97 ff.; Welzel in ZStW 57/28 ff.; Schopenhauer, Aphorismen, Kröner Verlag 1950, S. 60 ff. und andere.

Der strafrechtliche Ehrbegriff unterscheidet sich grundlegend von dem philosophischen. Der Philosoph hat bei der Findung seines Ehrbegriffs einen weiteren Spielraum als der Strafrechtler. Die Philosophie als die Mutter aller Wissenschaften ist das Fundament, auf dem die geistigen Disziplinen aufbauen und daher auch das gesamte Recht und seine Sonderstämme. Wenn der Philosoph auf der untersten und breitesten Basis forscht, so stehen ihm sämtliche Erkenntniswege offen, um zu dem Begriff der Ehre zu gelangen. Während die Philosophie versucht, die Ehre in ihrem wahren Wesen zu erkennen und verschiedene Möglichkeiten hat, um zu diesem Ziel zu gelangen, ist der Strafrechtler bis zu einem gewissen Grade zweckgebunden. Auch er forscht in erster Linie nach dem wahren Wesen der Ehre; es werden ihm aber objektive Grenzen durch die Zwecke des Strafrechts und durch die gesellschaftlichen Ansichten seiner Zeit und seines Kulturkreises auferlegt. Deshalb ist es möglich, daß der Begriff der Ehre im rechtlichen Sinn enger ist als der philosophische.

Die Gedanken des Strafrechts weisen von vornherein bei der Erfassung des Ehrbegriffs einen bestimmten Weg. Der Strafrechtler muß sein Augenmerk auf das Ziel richten, das vom Strafrecht verfolgt wird. Beruht eine Strafbestimmung auf einem Begriff, der so sehr umstritten ist, wie das Phänomen der Ehre, so muß man, wenn man das Wesen dieses Begriffs darstellen will, Sinn und Zweck der Bestimmung heranziehen, um gewissermaßen im Wege der Auslegung aufzeigen zu können, welche Werte der Gesetzgeber schützen wollte. Wir halten daher fest: Die Möglichkeiten, den Begriff der Ehre zu finden, sind für den Strafrechtler begrenzt durch den Zweck des Gesetzes.

Der Zweck des § 185 StGB:

Die echte, innere Ehre kann von einem Außenstehenden nicht verletzt werden. Es gibt keine Beleidigung, die die wahre Ehre des Menschen anzutasten vermag. Nur der Ehrträger selbst kann über sie verfügen. Er kann sie verwirken und einbüßen. Deshalb ist Angriffsobjekt der Beleidigung der aus der Ehre abgeleitete Anspruch auf Achtung. Damit bleibt aber doch die Ehre das Kriterium, nach dem sich der Rechtsschutz gegen Beleidigungen richtet.

Ehre ist zunächst die wahre oder objektive Ehre eines Menschen. Diese könnte jedoch nur durch ein "sozialethisch gerechtes Urteil eines objektiven Kritikers" (1) oder einer absoluten "Eliteschicht" (2) festgestellt werden. Da es einen solchen "idealen Beurteiler" (3) nicht gibt, konnte das Gesetz den Schutz gegen

1) Sauer, System, S. 345 2) Reiner, S. 109 a.a.O. 3) Sauer, a.a.O.

Ehrangriffe nicht auf die wahre Ehre beschränken. Es muß deshalb in seinem Tatbestand alle Handlungen beleidigender Art enthalten, bei denen die angegriffene Persönlichkeit - sei es ein einzelner oder eine Gemeinschaft - einen berechtigten Anspruch auf Achtung seitens der Umwelt hat.

Die Aufgabe des Strafrechtlers, das Wesen der Ehre im Sinne des § 185 StGB zu kennzeichnen, ist erfüllt, wenn er diejenigen Tatbestände aufgezeigt hat, die nach diesem Grundgedanken des § 185 StGB geschützt sein sollen. Um dies zu erreichen, muß er von jedem Ehrbegriff den Teil herausgreifen, der dem einzelnen einen berechtigten, d.h. vom Staat zu schützenden Anspruch auf Achtung gibt.

Der strafrechtliche Ehrbegriff:

So gelangt man notwendigerweise im Strafrecht zu einem komplexen Ehrbegriff. § 185 StGB schützt nicht nur Angriffe auf die wahre Ehre einer Persönlichkeit, sondern er ahndet darüber hinaus auch eine Mißachtung der äußeren Geltung, des Ansehens und des guten Rufs, die der Betroffene nicht dulden muß. Außerdem schützt § 185 StGB das Ehrgefühl, soweit dieses nicht im Einzelfall lediglich infolge eines übertriebenen Ehrgefühls des vermeintlich Angegriffenen verletzt erscheint (1). Der strafrechtliche Ehrbegriff muß also in sich die Begriffe der "inneren" und "äußeren", der "objektiven" und "subjektiven" Ehre und den Begriff der "sozialen" Ehre enthalten. In jedem dieser Ehrbegriffe steckt ein schutzwürdiger Tatbestand. Vor einer Definition des komplexen Ehrbegriffes sollen diese schutzwürdigen Tatbestände der einzelnen Ehrbegriffe aufgezeigt werden.

1. Die objektive Ehre ist Grundlage und Ausgangspunkt des Ehrenschatzes. Wer seine Ehre verwirkt hat, bedarf keines Schutzes gegen Angriffe.

1) Eine Beleidigung kann sich einmal gegen die "objektive Wertschätzung einer Person durch andere" (Mezger, StUB., § 33/I, S.96), zum anderen gegen das Ehrempfinden richten. Sie kann sich einmal mehr gegen die "menschlich-sittliche", ein anderes Mal mehr gegen die "rechtlich-soziale Stellung" einer Persönlichkeit richten (Mezger a.a.O.). In jedem dieser Fälle muß der Angegriffene geschützt werden.

2. Die innere Ehre (1) ist insoweit schutzwürdig, als niemand den durch das sittliche Verhalten eines Menschen erworbenen ethischen Wert mißachten darf. Die innere Ehre ist ein Teil der objektiven Ehre.
 3. Die äußere Ehre (2) muß geschützt werden, da die tatsächliche Geltung, der Ruf und das Ansehen einer Person von Dritten auch dann geachtet werden müssen, wenn diese dem wirklich erworbenen Wert des Angegriffenen nicht entsprechen. Das sittliche Ansehen und die soziale Geltung eines Menschen richten sich nach den gesellschaftlichen Kreisen und Schichten,
-
- 1) Unter dem Einfluß des Individualismus wurde die Ehre ausschließlich als ein individualethischer Wert betrachtet. Nur das sittliche Verhalten eines Menschen vermochte nach dieser Anschauung dessen Ehre zu bestimmen. So insbesondere Hälschner, System d. preußischen Strafrechts, 2. Teil, Bonn, 1868, S. 244; Kohler, GA 47/29; Birkmeyer, Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, 2. Aufl. 19/4, S. 1169; Binding, GrR II, 1. Bd. (2. Aufl.) S. 135, stellt bereits auf die Erfüllung der rechtlichen Pflichten ab (136) und bezeichnet das über das Maß der "Gemeinschaftserwartung" hinausgehende als "Ruhm" (Ehre und ihre Verletzbarkeit, S. 16 und 19). Reiner (a. a. O., S. 105) stellt die innere Ehre des Menschen seinem Gewissen gleich, das in Beziehung gesetzt wird zur sittlichen Achtung seitens der Umwelt. Innere Ehre ist bei Reiner (S. 109) das an dem sittlichen Urteil einer Eliteschicht ausgerichtete Gewissen. Die Gleichsetzung von innerer Ehre und Gewissen finden wir auch bei Schopenhauer, Aphorismen z. Lebensweisheit, S. 70.
 - 2) Man bezeichnet als äußere Ehre die Geltung eines Menschen im Urteil seiner Umwelt. Wesentliche Merkmale dieser Ehre sind Ansehen, Achtung, guter Ruf, Leumund etc. So insbesondere Liszt-Schmidt, 25. Aufl. S. 506, Reiner S. 73: "Sittliche Achtung bei der Umwelt"; Kohlrausch-Lange, 41. Aufl., S. 397; Gerland Dr. Strafrecht, 2. Aufl., S. 492; Stenglein, GS 42/83; Bollnow, Ehre und guter Ruf, in "Die Sammlung" 1952, S. 31 ff., der anschaulich den Konflikt aufzeigt, der zwischen innerer Ehre und gutem Ruf entstehen kann. Hermann Sudermann hat die äußere Ehre treffend gekennzeichnet in "Die Ehre" (S. 75): ("Trast") "Was wir gemeinhin Ehre nennen, das ist wohl nichts weiter wie der Schatten, den wir werfen, wenn die Sonne der öffentlichen Achtung uns bescheint.... Das Schlimmste bei allem ist, daß wir so viel verschiedene Sorten von Ehre besitzen als gesellschaftliche Kreise und Schichten". Siehe auch Schopenhauer, Aphorismen, S. 60 ff.: "Wird über das Glück die Ehre gesetzt, wird mit Emphase ausgerufen 'übers Leben geht noch die Ehre', so besagt dies eigentlich: 'Dasein und Wohlbsein sind nichts, sondern was die anderen von uns denken, das ist die Sache'".

in denen er lebt. Die äußere Ehre hängt von dem geistigen Niveau der Umwelt ab, die einen Menschen beurteilt. Das Urteil der Gesellschaft kann der wahren Ehre widersprechen. Trotzdem ist es nicht gerechtfertigt, daß sich jemand über das Urteil der Gesellschaft hinwegsetzt und Ansehen, Ruf und Geltung eines Menschen mißachtet. Das Urteil der Umwelt wird nie objektiv sein. Da § 185 StGB den einzelnen schützen will, damit dieser seine Stellung in der Gemeinschaft behaupten kann, muß auch der Fall als Beleidigung bestraft werden, in dem ein einzelner das Urteil der Gesellschaft für unrichtig erklärt und den Angegriffenen als unter dem Urteil stehend bezeichnet. Die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft wird durch eine solche Handlung gefährdet. Die Tat muß als Beleidigung bestraft werden, solange der Täter nicht die Wahrheit seiner Behauptung nachweist (1).

4. Die subjektive Ehre (2) muß geschützt werden, soweit das berechnigte Ehrgefühl einer Person in widerrechtlicher Weise angegriffen wird. "Das Selbstwertgefühl begründet das Ehrverlangen des Menschen" (3). Ohne das Ehrgefühl der Menschen gäbe es keinen Ehrschutz. Das Ehrbewußtsein oder das "Selbstwertgefühl" des Menschen ist aber nicht identisch mit seiner Ehre.

- 1) Gelingt dem Täter der Nachweis der Wahrheit, so kann von einem Ehrangriff nur unter den Voraussetzungen des § 192 StGB gesprochen werden; das heißt, eine Beleidigung liegt nur dann vor, wenn die Form der Behauptung oder Verbreitung oder die Umstände, unter welchen sie geschahen, einen ehrverletzenden Charakter haben. In diesem Fall greift der Täter zwar auch die äußere Geltung (= äußere Ehre) einer Person an; dieser "Angriff" ist aber nur dann strafbar, wenn er zugleich eine Verletzung des Ehrempfindens darstellt, die dem Betroffenen trotz der Richtigkeit der Behauptung nicht zugemutet werden kann. Dies ist bereits ein Fall des Angriffs auf die "subjektive Ehre", da der eigentliche "Angriff" auf die äußere Ehre gerechtfertigt ist.
- 2) Den beiden Theorien der inneren u. äußeren Ehre wurden die sog. subjektiven oder psychologischen Ehrtheorien gegenübergestellt. Danach ist Angriffsobjekt der Beleidigung das Ehrerlebnis, das sich in dem Ehrwillen, dem Ehrbewußtsein und dem Wertgefühl der angegriffenen Personen äußert. Ramm (S. 19) nennt diesen Ehrbegriff den "psychologischen". Für das Strafrecht konnte dieser Begriff allein nicht entscheidend sein. Man kann nicht das Ehrempfinden des Angegriffenen darüber entscheiden lassen, ob eine Beleidigung vorliegt oder nicht. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG) würde verletzt, da die gleiche Handlung (Mißachtung) einmal strafbar, ein anderes Mal aber straflos wäre. Eine Beleidigung kann nicht

Der Ehre liegt ein objektiver Wert zugrunde, auf dem das Ehrgefühl beruht. Unter "berechtigtem Ehrgefühl" verstehen wir nicht das übertriebene Ehrempfinden einer sensiblen Persönlichkeit, sondern das Ehrgefühl des durchschnittlich Empfindsamen. Behauptet jemand, er sei durch einen Dritten in seinem Ehrgefühl verletzt worden, kommt aber der durchschnittlich Urteilende, etwa der Richter, zu dem Ergebnis, daß hier eine Mißachtung nur bei besonderer Gefühlsempfindlichkeit des vermeintlich Angegriffenen angenommen werden kann, so verdient die Verletzung des Ehrgefühls keinen Rechtsschutz.

Beispiele, bei denen lediglich die subjektive Ehre verletzt wird, sind alle Beleidigungen, die in der Form von Schimpfworten erfolgen. Schimpfworte richten sich primär gegen das Ehrempfinden, nicht aber gegen die wirkliche Ehre oder die Geltung eines Menschen.

Die bloße Verletzung des Ehrgefühls ist insoweit schutzbedürftig, als auch jeder Dritte in der Handlung eine unduldbare Mißachtung erblicken würde.

5. Die soziale Werthaftigkeit (1) muß in besonderem Maße vor Angriffen geschützt werden, da auf ihr maßgeblich der Wert einer Persönlichkeit und ihre Geltung in der Gesellschaft beruht. Durch die Erkenntnis, daß Ehre

Fortsetzung von Fußnote 2, Seite 11

von Charakter und Veranlagung des durch eine verletzende Äußerung Betroffenen abhängig sein. Vertreter der subjektiven Theorie ist v. Bar, GS 52/81 und 84.

- 3) Coing, Grundzüge der Rechtsphilosophie, 1950, S. 56.
- 1) Würde ausschließlich der sittliche Wert eines Menschen seine wahre Ehre prägen und seine Geltung bei der Umwelt bestimmen, so bliebe ein Angriff auf seine soziale Stellung schutzlos. Wird einer Persönlichkeit die Eignung zur Erfüllung ihrer spezifischen sozialen (beruflichen) Aufgaben abgesprochen, so ist das nicht identisch mit dem Absprechen des sittlichen Werts. In dem Maß, in dem der einzelne oder die Gemeinschaft sozial bedeutsame Aufgaben erfüllt, wird eine soziale Werthaftigkeit erlangt, die Bestandteil der Ehre ist. (Ähnlich Maurach, S. 115; Sauer, System, S. 341/348, Ehre, S. 70; Niethammer, S. 192; Welzel, LB S. 224; Hammeley, S. 14; LK S. 119 u. a.; RG in GA 38/435; 46/205, RGSt 63/115). Die Gesellschaft beurteilt den Menschen nach seinen sozialen Leistungen und Erfolgen. Sie stuft ihn weniger nach seiner Eignung und Bereitschaft zur Erfüllung solcher Aufgaben ein, als vielmehr nach dem Maß seiner Erfolge. Soziale Werthaftigkeit und sittliches Verhalten bestimmen in gleicher Weise die äußere Geltung einer Persönlichkeit.

wesentlich durch den sozialen Wert bestimmt wird, wurde es möglich, auch Gemeinschaften eine eigene Ehre zuzusprechen. Letztere können auf Grund ihrer die Kraft des einzelnen weit übertreffenden Macht soziale Werthaftigkeit erlangen, die sich von der ihrer Mitglieder unterscheidet. Autorität und Ansehen einer solchen Gemeinschaft müssen ebenso geachtet werden, wie die Ehre der Persönlichkeit.

Aus dem zu 1) bis 5) Gesagten ergibt sich folgende Definition der Ehre im Sinne des § 185 StGB:

a) **Einzellehre**

als Angriffsobjekt der Beleidigung ist die dem Menschen als Träger geistiger, sittlicher und sozialer Werte zustehende objektive Ehre und seine auf diesen Werten beruhende äußere Geltung. § 185 StGB gibt jedem Menschen einen Rechtsanspruch darauf, daß weder seine innere Ehre, noch sein guter Ruf, noch sein berechtigtes Ehrgefühl geringschätzig beurteilt oder mißachtet werden (1).

b) **Gemeinschaftsehre:**

Die Definition der Gemeinschaftsehre lautet entsprechend der vorangehenden:

Gemeinschaftsehre als Angriffsobjekt der Beleidigung ist der einer Gemeinschaft als Trägerin von sozialen Werten zukommende Anspruch auf Achtung ihres Wertes, ihrer Autorität und ihres Ansehens.

Der durch die soziale Funktion einer Gemeinschaft begründete Wert und ihre äußere Geltung ergeben die Gemeinschaftsehre i. S. des § 185 StGB. Auch bei der Gemeinschaft kann sich die tatsächliche äußere Anerkennung von dem wirklichen (sozialen) Wert unterscheiden. Der Gemeinschaftsehrbegriff setzt sich aus dem objektiven und aus dem äußeren Ehrbegriff zusammen. Den Begriff der inne-

-
- 1) Diese Definition folgt im wesentlichen der Formulierung des BGH in NJW 58/228, der sich auf eine Beschreibung des Ehrbegriffs beschränkt hat, ohne nähere Ausführungen über das Wesen der Ehre zu machen. Ähnlich dem BGH vertreten einen komplexen Ehrbegriff: Maurach, LB BT. S. 114; Mezger, StR. II, StuB. S. 95, Gr. R. 3. Aufl., S. 246; Engisch in ZStW 69/624; Liepmann, S. 228; Frank, S. 418; Niethammer, S. 192, LK S. 121, Welzel, LB, S. 224; Gerland, Bemerkungen, S. 307

ren Ehre gibt es bei der Gemeinschaft nicht, da sie als solche nicht sittlich handeln kann. Als "subjektive Gemeinschaftsehre" wäre das unter ihren Mitgliedern vorhandene "Bewußtsein gemeinsamer Ehre, das im Leben anerkannt wird" (1), zu bezeichnen.

Autorität und Ansehen einer Gemeinschaft sind nach § 185 StGB nur dann schutzfähig, wenn die Personenmehrheit gewisse Wesensmerkmale aufweist, die Voraussetzung eigener Ehrfähigkeit sind. Diese Voraussetzungen sollen ~~nun~~ mehr erörtert werden.

1) Schönke, Vorbem. III, 1 zu § 185 StGB.

2. K A P I T E L

VORAUSSETZUNGEN EINER GEMEINSCHAFTSEHRE

A. DIE BEDEUTUNG DER §§ 196 und 197 StGB

Seit der Schaffung des Strafgesetzbuches ist es umstritten, ob der Gesetzgeber überhaupt eine Beleidigung von Personengesamtheiten zulassen wollte. Aus dem Schweigen des Gesetzes schloß man teilweise darauf, daß der Gesetzgeber den Personengesamtheiten keinen Ehrenschatz gewähren wollte. Man betrachtete die §§ 196 f. StGB als Ausnahmebestimmungen, in denen die Ehre der genannten Institutionen des Staates (Behörden, Militär, Gesetzgebungsorgane, politische Körperschaften etc.) geschützt wird. Diese Auffassung wurde u.a. damit begründet, daß der Gesetzgeber trotz Kenntnis des umstrittenen Problems bei keiner der zahlreichen Strafrechtsreformen eine ausdrückliche Bestimmung über die Ehre von Gemeinschaften in das Strafgesetzbuch aufgenommen hat.

Es ist nicht gerechtfertigt, aus dem Vorhandensein der §§ 196 f. StGB, aus denen sich die Beleidigungsfähigkeit der dort genannten Institutionen des Staates indirekt ergibt, mit argumentum e contrario zu schließen, daß der Gesetzgeber darüber hinaus Gemeinschaften gegen Beleidigungen nicht schützen wollte. Die beiden Paragraphen enthalten keine erschöpfende Aufzählung der beleidigungsfähigen Gemeinschaften (1). Schon Binding (2) wies darauf hin, daß es in den beiden Bestimmungen nur darum geht, einen erhöhten Ehrenschatz staatlicher Einrichtungen zu erreichen. Maurach (3) spricht im Anschluß an Binding von einem Autoritätsschutz und vergleicht die §§ 196 f. StGB in ihrem Sinn und Zweck mit den §§ 95/96 StGB. Hippel (4) meint, daß es sich bei den §§ 196 f. StGB lediglich um prozessuale Vorschriften handelt (5). Deshalb können sie nicht zum Ausgangspunkt der Betrachtungen über die Gemeinschaftsehre gemacht werden. Es werden spezielle Fälle einer Gemeinschaftsbeleidigung in ihrer prozessualen Ausgestaltung geregelt. Aus ihrem Vorhandensein muß geschlossen werden, daß der Gesetzgeber dem Ehrenschatz von Personenmehrheiten nicht abgeneigt gegenüberstand.

1) So auch OLG Hamburg in HRR 35/1348

2) Binding, LB I, S. 135

3) LB, Bes. Teil, S. 117

4) LB, d. Strafrechts, 1932, S. 218

5) Ähnlich Mezger, StuB. S. 99

Die Frage nach einer Gemeinschaftsbeleidigung muß von dem Wortlaut des § 185 StGB ausgehen. Da Beleidigung die Miß- und Nichtachtung eines auf Ehre beruhenden Achtungsanspruch ist, muß man auch den Gemeinschaften einen Ehrenschatz zusprechen, bei denen man eine eigene Ehre im strafrechtlichen Sinn bejaht. Die Anerkennung einer solchen Ehre ist das Ergebnis einer zeitgemäßen Auslegung des § 185 StGB (1).

B. DER UNTERSCHIED ZUR KOLLEKTIVBELEIDIGUNG

Man versteht unter Gemeinschaftsehre die einer Personenmehrheit auf Grund des gemeinsamen Strebens und Wirkens ihrer Mitglieder oder Organe zustehende Sonderehre. Sozialer Wert, Ruf, Achtung und Geltung bilden den Gegenstand der Ehre. Gemeinschaftsehre ist selbständig, d.h. von den Einzelehren der Mitglieder weitgehend unabhängig. Sie kann auch dann verletzt werden, wenn die Angehörigen des betroffenen Personenkreises überhaupt nicht mißachtet werden.

Die Beleidigung einer Gemeinschaft unterscheidet sich von der sogenannten Kollektivbeleidigung. Diese ist in Literatur und Rechtsprechung seit langem anerkannt und rechtsdogmatisch erschöpfend in ihren Einzelheiten geklärt. Ihr Wesen besteht darin, daß durch eine Sammelbezeichnung mehrere Personen in ihrer Ehre mißachtet werden. Aus der Kollektivbezeichnung muß ersichtlich sein, welche Personen der Täter treffen wollte. Deshalb liegt eine Kollektivbeleidigung nur dann vor, wenn der durch die Sammelbezeichnung erfaßte Personenkreis genau bestimmbar ist. Das Kollektiv muß gegenüber der Allgemeinheit hinreichend abgrenzbar sein. Das ist nur dann der Fall, wenn gewisse äußere Kennzeichen gegeben sind, die es ermöglichen, alle zu der bezeichneten Gruppe gehörenden Personen festzustellen. So sind beispielsweise die heute in Deutschland lebenden Juden, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt worden sind, durch das äußere Merkmal eines gemeinsamen Schicksals und durch die Beschränkung auf das deutsche Gebiet hinreichend gekennzeichnet (2).

Der subjektive Tatbestand der Kollektivbeleidigung ist bereits dann erfüllt, wenn sich der Täter darüber im klaren war, daß durch die Sammelbezeichnung mehrere Personen verletzt würden. Die betroffenen Personen muß der Täter nicht kennen.

1) so auch der LK, 6./7. Aufl., S. 122

2) BGH in NJW 58/599 u. vorher NJW 52/1183, Nr. 19

Personenmehrheiten, bei denen eine Beziehung der Mißachtung auf die einzelnen Personen möglich ist, sind z. B.: "Der deutsche Richterstand (1), die "deutschen Ärzte" (2), die "deutschen Anwälte", die "in Deutschland lebenden Juden" (3).

An dieser Stelle können die Eigentümlichkeiten und der Tatbestand der Kollektivbeleidigung nicht weiter erörtert werden. Insoweit wird auf die einschlägige Literatur und die Rechtsprechung zur Kollektivbeleidigung verwiesen (4).

Für das Problem der Gemeinschaftsehre genügt es, folgenden Unterschied aufzuzeigen: Kollektivbeleidigung ist mehrfache Einzelbeleidigung durch eine einzige Handlung, die in gleichartiger Idealkonkurrenz steht; bei der Gemeinschaftsbeleidigung dagegen wird nur eine Ehre verletzt. Bei letzterer ist die Frage nach den Mitgliedern der Gemeinschaft von untergeordneter Bedeutung. Für die Annahme einer Kollektivbeleidigung ist entscheidend, ob die Sammelbezeichnung die betroffenen Einzelpersonen hinreichend kennzeichnet. Bei der Gemeinschaft kommt es entscheidend darauf an, ob die angegriffene Gemeinschaft eine eigene Ehre hat. Beleidigung einer Gemeinschaft ist auch dann möglich, wenn seine Mitglieder im Einzelfall anonym bleiben; eine Kollektivbeleidigung ist dagegen ausgeschlossen, wenn nicht jeder, der durch die Beleidigung betroffen ist, einwandfrei festgestellt werden kann.

C. DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER LEHRE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSEHRE BIS ZUR ANERKENNUNG DURCH DAS RG

Die Feststellung, ob die Familie eine Ehre hat, kann erst erfolgen, nachdem die allgemeinen Grundsätze der Gemeinschaftsehre aufgezeigt worden sind. Hierbei kann die Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung wertvolle Anhaltspunkte geben.

-
- 1) RGSt 1/292
 - 2) RG JW 32/3113
 - 3) BGH a. a. O.
 - 4) Siehe RGSt 23/246; 68/120; RG JW 28/806; JW 32/3113; BGH 2/38; BGH NJW 52/1183; NJW 53/554; NJW 58/599; Hammeley, Die Kollektivbeleidigung, in Str. Abh. Heft 121; Ambach, Kollektivinjurien und Injurien gegen Kollektivpersonen; Bless, Die Beleidigung v. Personengesamtheiten u. von Einzelpersonen durch eine Gesamtbezeichnung; Ellenbogen, Die Kollektivbeleidigung; Schönke-Schröder, Vorbem. IV vor § 185 StGB; Kohlrausch-Lange, Vorbem. III vor § 185 StGB; LK, Vorbem. II, 3 vor § 185; Maurach, § 17/III B, BT., Schwarz, Anm. 3 B zu § 185 StGB.

Zur Zeit des römischen Rechts galt die "Injurie" als umfassendes Delikt. Der eigentliche Ehrbegriff war den Römern unbekannt. "Existimatio" war die Geltung des römischen Staatsbürgers (1). Die Injurie hatte mehr als die bloße Ehrenkränkung im Sinne unserer heutigen Auffassung zum Inhalt. Den Römern galt beispielsweise auch der Hausfriedensbruch und die Sachbeschädigung als eine Injurie. Deshalb stand auch juristischen Personen die Injurienklage zu, soweit sie Träger der "existimatio" sein konnten (2). Darüber hinaus schützte das römische Recht den eigentlichen Ehrangriff auf Personengesamtheiten jedoch nicht.

In diesem Zusammenhang sei das römisch-rechtliche Institut der "mittelbaren Injurie" erwähnt. Das römische Recht gab dem pater familias die actio injuriarum als ein selbständiges Klagerecht, wenn die Ehefrau, die Kinder oder die Sklaven angegriffen wurden (3). Die Ähnlichkeit mit dem auf Grund des Art. 3 GG aufgehobenen § 195 StGB ist auffallend. Nach römischem Recht mußte der Beleidiger das Verwandtschaftsverhältnis kennen und ferner wissen, daß sein Angriff auch den pater familias treffen würde (4). Das selbständige Klagerecht des pater familias trat, wie im Fall des § 195 StGB neben das des unmittelbar Beleidigten. Grundlage des Klagerechts des pater familias war das enge persönliche Verhältnis zwischen dem Ehemann und seiner Frau, dem Bräutigam und seiner Braut, dem Schwiegervater und der Schwiegertochter. Berner (5) erklärt das selbständige Antragsrecht des mittelbar Injurierten damit, daß dessen "Persönlichkeit mit der des Verletzten" nach römisch-rechtlicher Anschauung "gleichsam als in eins verwachsen" gegolten habe.

Wenn es sich auch in allen Fällen der mittelbaren Injurie um Einzelbeleidigungen handelte, so kann doch nicht geleugnet werden, daß hier bereits der Gedanke einer Familienehre anklang.

-
- 1) Mommsen, Röm. StR, Leipzig, 1899, S. 784 ff.,
Kaser, Das römische Privatrecht, 1955, S. 520 ff.
Kunkel, Röm. Privatrecht, 1935, S. 258 ff.
Sohn-Mitteis-Wenger, Institutionen d. röm. Rechts,
17. Aufl., S. 458 ff.
 - 2) Zimmermann in GA 25/97 f., Bless, S. 15
 - 3) Mommsen, a. a. O., S. 798
 - 4) Mommsen, a. a. O., S. 799
 - 5) LB. d. deutschen Strafrechts, 1866, S. 290 f.

Das gemeine Recht folgte im wesentlichen dem römischen Recht. Beleidigung war der Angriff auf die "existimatio". Unter dieser verstand man den aus der Rechtstellung einer Persönlichkeit fließenden Achtungsanspruch (1). Auch die "moralischen Personen" genossen eine "existimatio" (2). Soweit den Personengesamtheiten mit der "existimatio" auch die Rechte der Einzelperson zustanden, konnten sie beleidigt werden (3).

Die Einheit der Auffassungen wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts gesprengt. Man ging nunmehr von dem Wesen der juristischen Person aus. Nach der herrschenden Fiktionstheorie galt die moralische Person nur als eine fingierte Person, die zwar eine Verbindung zwischen den Einzelpersonen schaffte, aber kein neues Ganzes, keine Einheit, begründete. Demzufolge mußte man zu dem Ergebnis kommen, daß die Beleidigung einer moralischen Person entweder eine Kollektivbeleidigung oder eine Einzelbeleidigung darstellt (4).

Im Gegensatz zu den verneinenden Stimmen des Schrifttums schützte die Partikulargesetzgebung teilweise Familien, Stände und Korporationen als echte Gemeinschaften (5). Das Preuß. ALR schützte die Familie gegen Beleidigungen in seinem § 564, II, 20. Das heute noch geltende österreichische Strafgesetzbuch von 1852 schützt die Familie gegen Beleidigungen in § 492.

Die Entwürfe zum preußischen Strafgesetzbuch verhielten sich zur Frage der Gemeinschaftsbeleidigung unterschiedlich. In den Entwürfen von 1830 (§ 208), 1832 (§ 236), 1836 (§ 349) und 1843 (§ 282) waren Stände, Familien, Gemeinden, Korporationen und Gesellschaften als beleidigungsfähig anerkannt (6).

Der Entwurf von 1845 (§ 192) schränkte den Kreis der Personenmehrheiten ein und nannte als beleidigungsfähig nur Korporationen und "andere juristische Personen".

1) Dahm in Gegenwartsfragen, S. 3 ff.

2) Zimmermann, GA 25/97 f.

3) Hefter, LB.d.gem.dtsch.Criminalrechts, 4. Aufl., 1848, § 303; Köstlin, Abhandlungen aus dem Strafrecht, 1858, S. 22 ff.; Feuerbach, LB.d.peinl. Rechts, 14. Aufl., S. 463, § 280 (1847).

4) Siehe hierzu; Klein, Die Beleidigung von moralischen Personen, Arch.d. Criminalrechts, III, 3, S. 8 ff.; Mittermaier, Note 1 zu § 280 in Anm. zu Feuerbachs LB, 14. Aufl., 1847.

5) Hammeley, S. 26

6) s. RG in GA 16/841

Die Einschränkung beruhte auf dem Einfluß Savignys, der die Auffassung vertrat, daß Gesellschaften entweder juristische Personen seien oder eine Zusammenfassung von Einzelpersonen, deren Ehre individuell verletzt werde. Letzteres galt nach Savigny für die Familie.

Nachdem der Entwurf von 1847 (§ 201) erneut Stände, Gesellschaften und Familien in den Kreis der beleidigungsfähigen Gemeinschaften aufgenommen hatte, kehrte der Entwurf von 1850 zu der von Savigny angeregten Fassung von 1845 zurück. Damit ist in das Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund und somit in das heutige Strafgesetzbuch, abgesehen von der prozessualen Regelung **der §§ 196/197 StGB**, keine ausdrückliche Bestimmung über die Beleidigungsfähigkeit bestimmter Personengesamtheiten aufgenommen worden.

Die Stellung des Reichsgerichts

Bis 1936 entschied das Reichsgericht wiederholt, daß die Ehre ein Merkmal der menschlichen Persönlichkeit sei und daß deshalb nur der einzelne Mensch in seiner Ehre gekränkt werden könne (1). Diese Entscheidungen waren wesentlich beeinflußt von den Gedanken Bindings (2), der die Ehre von Gemeinschaften als ein "Unding" ablehnte. Binding war Vertreter des sittlichen Ehrbegriffs (3). Da eine Gemeinschaft als solche nicht sittlich handeln könne, so meinte Binding, könne sie auch keine eigene Ehre haben (4). An dem Beispiel einer organisierten Gemeinschaft zeigt Binding, daß häufig dunkle Elemente überstimmt werden müssen, bevor eine Gemeinschaft einen "loyalen" Beschluß kundgeben könne, der sich dann als einheitlicher Wille der Gemeinschaft darstelle. Die Tatsache, daß unehrenhafte Elemente überstimmt werden müssen, bevor ein nach außen makelloser Gesamtwille der Gemeinschaft entstehe, mache es unmöglich, bei Gemeinschaften von einer Gesamtehre zu sprechen. In einem solchen Fall könne von sittlicher Größe keine Rede sein (5).

1) so RG 3/246 ff., RG 4/75; 9/2, RG 68/123; RG in HRR 1932/1097

2) LB I, S. 135

3) s. Binding, Ehre, S. 16 ff.

4) LB I, S. 140

5) Gerade dieses Beispiel Bindings zeigt, daß in einer Gemeinschaft Leistungen und Werte erzielt werden können, zu denen das einzelne Mitglied

Die Ansicht Bindings wurde unhaltbar, als man erkannte, daß auch der soziale Wert einer Persönlichkeit von wesentlicher Bedeutung für Inhalt und Umfang ihrer Ehre ist. Mit der Anerkennung des sozialen Werts als Bestandteil der Ehre mußte man notwendigerweise auch für Gemeinschaften die Möglichkeit eigener Ehrfähigkeit bejahen. Daß Gemeinschaften einen sozialen Wert haben, wird heute von niemandem bestritten.

Das Reichsgericht hielt bis zu seiner Entscheidung RG 70/140 daran fest, daß Beleidigung das Absprechen sittlichen Wertes sei. Die Bedeutung der sozialen Leistung als Bestandteil der Ehre wurde vom Reichsgericht erst spät anerkannt. Es entschied erstmalig in RG 70/140 ("Stahlhelmentscheidung"): beleidigungsfähig sind solche Gemeinschaften, die "vom Recht anerkannt sind und mit staatlicher Billigung öffentliche Aufgaben erfüllen". Ähnlich entschied es (1), als es die Beleidigungsfähigkeit einer Ortskrankenkasse bejahte. Es fällt auf, daß das Reichsgericht die Ehrfähigkeit zunächst auf solche Personenmehrheiten beschränkte, die entweder eine politische Rolle spielten (Stahlhelmurteil) oder die überwiegend öffentlich-rechtlichen Charakter hatten (Ortskrankenkasse). Hammeley (2) meint, daß die §§ 196/197 StGB diese Entscheidungen des Reichsgerichts noch wesentlich beeinflußt haben (3).

Fortsetzung von Fußnote 5, Seite 20

auf Grund seiner Veranlagung, seines Charakters oder seines sittlichen Niveaus nicht fähig ist. Das Beispiel zeigt, daß das Erscheinungsbild einer Gemeinschaft sich wesentlich von dem ihrer Angehörigen unterscheiden kann. Es erscheint durchaus gerechtfertigt, wenn in dem genannten Beispiel das Ganze Ehre davonträgt, vorausgesetzt, daß die dunklen Elemente nicht derart überwiegen, daß auch das Gesamtbild der Gemeinschaft davon geprägt wird. Das Eigentümliche der Gemeinschaftsehre besteht darin, daß diese den Wert des Ganzen widerspiegelt und losgelöst von den Einzelheiten ihrer Mitglieder erscheint. Die Ehre des Ganzen wird so lange nicht von der Minderwertigkeit einzelner Mitglieder berührt, als diese Minderwertigkeit ohne Einfluß auf das Gesamtbild der Gemeinschaft ist (so auch Dohna DJZ 1925/1028.) Auf der anderen Seite kann der schlechte Ruf einer Gemeinschaft nicht beseitigt werden, solange das Ganze auf Grund seiner Leistungen und Zielsetzungen keine Anerkennung verdient.

1) RG 74/269

2) S. 44

3) so auch BGH NJW 54/1413

Die reichsgerichtliche Anerkennung einer Gemeinschaftsehre in dem somit beschränkten Umfang war von der Literatur seit langem vorbereitet worden. Im wesentlichen wurden drei Ansichten vertreten:

1. Die Ehre ist eine höchstpersönliche Eigenschaft, da sie den sittlichen Wert und die Würde des Menschen widerspiegelt(1).
2. Beleidigungsfähig sind juristische Personen und ähnliche Gebilde (2).
Die formaljuristische Begrenzung auf juristische Personen erleichterte zwar die Feststellung, ob eine Gemeinschaft beleidigungsfähig ist, war aber darüberhinaus durch nichts gerechtfertigt. Da die Rechtsform einer Gemeinschaft hinsichtlich deren sozialer Aufgabe nichts aussagt, und da häufig Gemeinschaften, die sozial bedeutsame Funktionen ausüben, keine Rechtsform haben, konnte eine Abgrenzung nach dieser Unterscheidung nicht befriedigen. Nicht die Frage der Rechtspersönlichkeit darf entscheidend sein, meint Maurach (3), sondern maßgebend muß die "Persönlichkeitsqualität" der Gemeinschaft sein (4).
3. Unabhängig von ihrer Rechtsform steht Gemeinschaften eine eigene Ehre zu, wenn sie auf Grund ihrer Aufgaben und Ziele selbst Wertträger sind. Diese Auffassung lag auch den letzten reichsgerichtlichen Entscheidungen zugrunde, die eine Gemeinschaftsehre anerkannten (5).

In allen drei Fällen bemühte man sich in gleicher Weise um eine Abgrenzung der beleidigungsfähigen Gemeinschaft von solchen Personenmehrheiten, die keine eigene Ehre haben.

In der Zeit des Nationalsozialismus war man geneigt, allen Gemeinschaften Ehrenschutz zuzusprechen, die dem Volk oder der Volksführung irgendwie von Nutzen sein konnten. Das kollektivistische Denken jener Zeit (6) ging jedoch zu weit.

-
- 1) Binding, a.a.O.
 - 2) Gerland, LB, S. 492 f.; Kohler in GA 47/1 ff.; Stenglein in GS 42/84; Dohna in DJZ 30/1027 ff.; Meyer-Allfeld, 7. Aufl., S. 421 f.; Zimmermann in GA 25/101; Frank, 18. Aufl., S. 419 zählt auch die den juristischen Personen gleichgestellten Gebilde, die OHG und den nichtrechtsfähigen Verein zu den beleidigungsfähigen Gemeinschaften.
 - 3) Lehrb. Bes. Teil, S. 104
 - 4) s. a. v. Hippel, S. 218, F. N. 4: "die Verleihung jener Eigenschaft hat mit der durch das Leben bestimmten Ehre des Verbandes nichts zu tun".
 - 5) RG 70/140; 74/269
 - 6) Freisler u. Gürtner-Freisler, Das neue Strafrecht, S. 96 ff. u. i. DJ 36/1466.

D. DIE GEMEINSCHAFTSEHRE IM LICHT DER HEUTIGEN AUFFASSUNG

a) Das Wesen der echten Gemeinschaft

Ausgangspunkt für alle Untersuchungen über die beleidigungsfähige Gemeinschaft ist das Wesen der Gemeinschaft. Vielfach wird Personengesamtheiten im Sprachgebrauch des täglichen Lebens Ehre zugesprochen, ohne daß man sich darüber Gedanken macht, ob die Gemeinschaft eine solche Bezeichnung wirklich verdient. Die rein soziologische Anerkennung einer Gemeinschaftsehre, die man mit Schönke (Vorb. III, 1 zu § 185 StGB) als das "Bewußtsein gemeinsamer Ehre, das im Leben (also nicht von der Rechtsordnung!) anerkannt wird" bezeichnen kann, reicht nicht aus, um den Tatbestand der beleidigungsfähigen Gemeinschaft hinreichend zu bestimmen. Zunächst fällt auf, daß von dem komplexen Begriff der Einzelehre abgewichen wird. Schönke kehrt zu einem subjektiven Ehrbegriff zurück und nähert sich nur dadurch einer objektiven Betrachtung, daß er darauf abstellt, ob das unter den Mitgliedern der Gemeinschaft vorhandene Bewußtsein gemeinsamer Ehre im konkreten Fall "im Leben", d.h. von der Allgemeinheit anerkannt wird. So brauchbar dieses Merkmal auf den ersten Blick erscheint, es wird dennoch in Frage gestellt; die Anerkennung eines Ehrgefühls durch die Allgemeinheit bietet keine Gewähr dafür, daß das Ehrgefühl im Einzelfall gerechtfertigt ist. Das Urteil der Gesellschaft über eine Gemeinschaft kann ebenso wie ihr Urteil über den einzelnen falsch sein.

Die Ehrfähigkeit einer Gemeinschaft muß an gewisse objektive Voraussetzungen geknüpft werden. Es muß ein Gemeinschaftsbegriff gefunden werden, der einerseits so weit gespannt ist, daß er der strukturellen und wesensmäßigen Verschiedenheit aller ehrfähigen Gemeinschaften Rechnung trägt, der andererseits doch so begrenzt ist, daß nicht eine uferlose Ausdehnung des Ehrenschatzes auf jede beliebige Gemeinschaft ermöglicht wird.

Es ist Sauer (1) darin zuzustimmen, daß bei der Feststellung des Gemeinschaftsbegriffs von dem soziologischen Erscheinungsbild der echten Gemeinschaften des Lebens auszugehen ist (2).

1) System, S. 354

2) Das war auch der Ausgangspunkt der Entscheidungen des BGH JZ 51/520 ff., NJW 54/1412, die sich mit dem Problem der Gemeinschaftsehre befaßten.

Der Gedanke der Wertgemeinschaft

Wesen der echten Gemeinschaft ist, daß sie einen eigenen, von dem ihrer Mitglieder unterscheidbaren Wert hat. Stellt man auf das unter den Mitgliedern einer Gemeinschaft vorhandene Bewußtsein gemeinsamer Ehre ab (1), so ist damit noch kein hinreichender Nachweis dafür erbracht, daß diese Gemeinschaft wirklich einen Wert hat. Zwar wird das Bewußtsein gemeinsamer Ehre in den seltensten Fällen vorhanden sein, ohne daß die Gemeinschaft Trägerin von Werten ist; denn "wahrhaft verbunden fühlen kann man sich nur einer sozialen Person als dem Träger von Werten" (2). Es sind aber Fälle denkbar, in denen die Mitglieder einer Personenmehrheit dieses Bewußtsein haben, obwohl die Mehrheit keinen echten Wert aufweist. Deshalb kann das Bewußtsein gemeinsamer Ehre für sich allein nur ein Indiz dafür sein, daß eine Ehre vorhanden ist. Ebenso ist das Vorhandensein einer eigenen Ehrengerichtsbarkeit nicht mehr als ein Indiz, aber niemals Beweis für das Vorhandensein einer Gemeinschaftsehre; denn "das Strafrecht kennt keinen Affektwert der Ehre" (3). Die Anerkennung des Ehrbewußtseins würde zur Anerkennung eines Affektwertes der Ehre führen.

Die Auffassung des germanischen Rechts, wonach das Bewußtsein des "innigen Verbundenseins des einzelnen mit der Gemeinschaft" (4) eine so große Rolle spielte, daß der Angriff gegen ein Mitglied als Angriff gegen die Gemeinschaft selbst aufgefaßt wurde, entspricht nicht mehr unserem heutigen Denken. Ähnlich wie Ehrgefühl und Ehrbewußtsein des einzelnen nur im Zusammenhang mit objektiven Werten dessen Ehre bestimmen, müssen auch bei einer Gemeinschaft objektive Merkmale zu dem Ehrbewußtsein der Mitglieder hinzukommen.

Wie bei der Einzelpersonlichkeit ohne einen spezifischen (menschlich-sittlichen, sozialen) Wert Ehre undenkbar ist, so auch bei der Gemeinschaft ohne das Vorhandensein eines sozialen Werts. Nur ein wirklicher Wert kann einen Achtungsanspruch begründen. Worin besteht dieser Wert und wodurch wird er begründet?

1) Schönke, a.a.O.; Mezger StUB. 1954, § 34/II, 2;
Hirschberg, S. 55

2) Sauer, a.a.O., S. 355

3) Maurach, Strafrecht, Bes. Teil, S. 116

4) Passauer, Strafrechtlicher Schutz der Volksehre, in Str. Abh. Heft 350,
S. 29.

Gemeinschaften erlangen einen Wert durch die Ausübung einer nicht unbedeutenden sozialen Funktion. "Eine Gemeinschaft, die in ihrer Zweckstrebigkeit vom Standpunkt der Allgemeinheit besonders anzuerkennen ist" (1), hat einen spezifischen Wert (2). Er besteht in concreto in dem Maße, in dem eine Gemeinschaft fähig ist, ihre soziale Funktion zu erfüllen. Nicht die Bedeutung dieser Aufgabe für das Mitglied, sondern für den Staat oder die Volksgemeinschaft ist entscheidend (3). Ein "gemeinsames Streben", ein "gemeinsames Gesetz", eine "gemeinsame Sitte" oder ein "dauerndes Band" (4) vermögen ohne Zweifel eine Anzahl von Personen zu verbinden. Es mag auch ein "gemeinsamer Geist" (5) innerhalb dieser Personenmehrheit entstehen. Diese Merkmale allein sind jedoch kein Nachweis für die Werthaftigkeit einer Gemeinschaft. Auch sie sind bloß Indiz. Der Wert kann nur von einer Instanz, der Gemeinschaft des Volkes, für die die Personenvereinigung wirkt, bestimmt werden. Man kann nicht beliebige Gruppen heranziehen, die über die Wertqualität zu entscheiden haben. Liepmanns soziologischer Ehrbegriff (6) ist unhaltbar. Deshalb ist wesentliche Voraussetzung, daß die Personenmehrheit eine soziale Funktion ausübt.

Es leuchtet ein, daß rein gesellige, sportliche oder künstlerische Vereinigungen, wie etwa ein Schauspielerverein, ein Kegelklub, ein Schützenverein, ein Gesangsverein, ein gesellschaftlicher Klub etc., keinen solchen Wert besitzen. Die künstlerische oder sportliche Tätigkeit etwa des Vereinsmitglieds hat für dessen (Einzel-) Ehre keine Bedeutung. Die gleiche Tätigkeit, von mehreren Personen innerhalb einer Gruppe gemeinsam ausgeübt, kann daher ebensowenig eine Ehre der Personenmehrheit begründen (7). Es mag in diesen Vereinigungen eine enge Verbundenheit unter den Mitgliedern bestehen, es mag unter ihnen das Bewußtsein gemeinsamer Ehre vorhanden sein, dieses mag auch im Leben, d.h. soziologisch, anerkannt sein, - von einer Gemeinschaftsehre kann man jedoch nicht sprechen. Es handelt sich bei diesen rein geselligen Vereinigungen nicht um Wertgemeinschaften.

1) Schröder, GS 110/90

2) Ähnlich Sauer, System, S. 354 Anm.d.

3) Sauer, a.a.O., S. 355

4) Bolze in GA 26/1

5) Bolze, GA 26 a.a.O.

6) S. 231, 237 ff. (in Vgl. Darst. d. dt. u. ausl. StR., Bes. T.)

7) Anders Bolze, GA 26/10

Der besondere soziale Wert einer Gemeinschaft ist nicht die einzige Eigenschaft, die eine Personenmehrheit aufweisen muß, um als solche beleidigungsfähig zu sein. Er ist jedoch das wesentlichste Merkmal. Literatur und Rechtsprechung haben versucht, den Kreis der beleidigungsfähigen Gemeinschaften sinnvoll abzugrenzen, indem sie weitere Grunderfordernisse für den Gemeinschaftsbegriff aufgestellt haben. Es ist unmöglich, bei der Vielfalt der Erscheinungsbilder, einen typischen Tatbestand der beleidigungsfähigen Kollektive zu finden. Fast jedes weist eine eigentümliche Struktur auf. Die Einteilung in "natürliche" und "gewollte" Gemeinschaften (1) deutet den großen Unterschied in der Entstehungsform an. Die Unterschiede der personellen Zusammensetzung, der sozialen Funktion und der zeitlichen Beständigkeit einer Personenmehrheit müssen in einem Gemeinschaftstatbestand berücksichtigt werden. Es können deshalb nur einzelne Wesensmerkmale gefunden werden, die für eine Gemeinschaft notwendigerweise vorausgesetzt werden müssen. Mehr als ein Rahmen, innerhalb dessen die konkrete Gemeinschaft in ihrer besonderen Erscheinungsform auf ihre Ehrfähigkeit zu untersuchen ist, kann durch solche Merkmale nicht geschaffen werden.

b) Die Merkmale der beleidigungsfähigen Gemeinschaft

1. Der soziale Wert

Es wurde bereits im Vorangehenden aufgezeigt, daß das Wesen einer echten Gemeinschaft darin besteht, daß sie einen gewissen Wert für die Allgemeinheit und den Staat darstellt. Es fragt sich jedoch, ob damit bereits jede Personenmehrheit, die irgendeinen, wenn auch noch so geringen Wert für das Volksganze erbringt, passiv beleidigungsfähig ist.

Nach 1945 dehnte der BGH nach anfänglichem Rückschritt zum Ehrbegriff Bindings (2) entsprechend der Bedeutung der Gemeinschaften im gesamten öffentlichen und privaten Leben ihre Beleidigungsfähigkeit weitgehend aus. In dem zur Entscheidung stehenden Fall der Beleidigung einer Verlags-GmbH sagte der BGH (3): "Beleidigungsfähig ist eine Personengemeinschaft, die eine rechtlich anerkannte, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Aufgabe (soziale Funktion) erfüllt und die fähig ist, einen einheitlichen Willen zu bilden". Die Aufgabe der Gemeinschaft braucht keine öffentliche mehr zu sein, wie es noch das RG (4) verlangt hatte. Mit Recht nennt Bruns (5) diese

1) Schröder, GS 110/77 ff.

2) NJW 51/531

3) NJW 54/1412 ff.

4) RG 70/140; 74/269

5) NJW 55/690

Entscheidung des BGH einen "Markstein in der Entwicklung" der Lehre über die Gemeinschaftsbeleidigung. Die Entscheidung gibt wertvolle und wichtige Anhaltspunkte. Jedoch ist die Formulierung des BGH so umfassend, daß sie nur eine "Generalklausel" für die Entscheidung künftiger Fälle sein kann. Bruns (1) zeigt auf, welche Konsequenzen die uneingeschränkte Anwendung der Formel des BGH haben würde. Man muß weitere Entscheidungen abwarten, aus denen sich eine Auslegung der sehr weit gefaßten Formulierung ergibt. Welzel (2) umschreibt den sozialen Wert, indem er von der "volkswichtigen Bedeutsamkeit" oder von der "Gemeinschaftserheblichkeit der Aufgaben" (3) spricht. Nach Schröder (4) muß die Gemeinschaft gegenüber dem Volksganzen "besonders wichtige Aufgaben" erfüllen. Maurach (5) hat das Schlagwort von der "anerkannten sozialen Funktion" geprägt. Liepmann (6) spricht vom "Wert des Zwecks" der Gemeinschaft. Schon aus den angeführten Zitaten ergibt sich, daß nicht jede beliebige soziale Tätigkeit, wenn sie nur vom Recht anerkannt ist, ausreicht, eine Ehre der Gemeinschaft zu begründen. Wirklichen Wert erlangt ein Kollektiv nur dann, wenn es ganz besondere soziale Leistungen erbringt. Die Definition des BGH, nach der es genügt, daß sie eine rechtlich anerkannte "gesellschaftliche oder soziale" Funktion erfüllt, ist daher einschränkend auszulegen.

Die von einer Gemeinschaft ausgeübte soziale Funktion muß das allen Mitgliedern gemeinsame Ziel sein. Daraus ergibt sich:

2. Das Erfordernis der eigenen Willensbildung

Die Gemeinschaft muß fähig sein, einen eigenen und einheitlichen Willen zu bilden. Hat eine Gemeinschaft diese Fähigkeit, so ist das Handeln der Mitglieder von untergeordneter Bedeutung (7). Das Erfordernis der Fähigkeit zur eigenen Willensbildung wird heute allgemein bejaht (8). Auf welche Weise die Willensbildung erfolgt, ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß die

1) a.a.O.

2) Welzel, ZStW 57/43

3) LB, 4. Aufl., S. 225

4) GS 110/92

5) LB, Bes. Teil, S. 118

6) S. 351. (in: Vgl. Darst. d. dt. u. ausl. StR., Bes. Teil)

7) Wie wir gesehen haben, ging Binding (LB, I, S. 135, 140) noch von dem Handeln der einzelnen Mitglieder aus. Er kam daher zu dem Ergebnis, daß sich die Ehre der Gemeinschaft nicht von der ihrer Angehörigen unterscheidet. Siehe oben S. 20/21.

8) So BGH NJW 54/1412 f.; ähnlich Welzel, ZStW 57/43 f. und 50; Hirschberg, S. 56; Gerland in GS 110/73

Personenmehrheit in ihrer Gesamtheit dazu befähigt ist. In den "natürlichen" Personenverbindungen bedarf es meist keiner ausdrücklichen Beschlußfassung, da der einheitliche Wille meist ohne eine solche vorhanden ist. Der gemeinsame Wille ist hier etwas Selbstverständliches und Natürliches. Anders bei den "gewollten" Gemeinschaften. Bei ihnen ist die soziale Funktion und der Zweck von den Mitgliedern gesetzt. Daher bedarf es stets erneuter, gemeinsamer Willensbildung, um die zur Erfüllung der gesetzten Aufgaben notwendige Tätigkeit entfalten zu können.

Nach dem Gesagten leuchtet es ein, daß eine Organisation nicht erforderlich ist. Ein nach außen sichtbarer Willensträger muß nicht vorhanden sein. Die formaljuristische Betrachtungsweise, nach welcher nur juristische Personen und ähnliche Gebilde beleidigungsfähig sein sollten, erleichterte die Feststellung, da die Fähigkeit eigener Willensbildung ein Wesensmerkmal der juristischen Personen ist.

3. Innere Geschlossenheit

Die Gemeinschaft muß sich als ein "selbständiges Gebilde von der Allgemeinheit des Volkes abheben" (1). Das wird immer schon dann der Fall sein, wenn die Voraussetzungen zu 1) und 2) erfüllt sind, d.h., wenn ein bestimmter Personenkreis durch eine eigene Funktion gekennzeichnet ist. Stenglein (2) spricht von einer "anerkannten Persönlichkeit des Gemeinschaftslebens".

Eine Personengruppe ist keine echte Gemeinschaft ohne den Ausdruck innerer Verbundenheit. Welzel (3) spricht von der "inneren Geschlossenheit". Diese kann sehr verschieden ausgeprägt sein. So unterscheidet sich die "zutiefst im Biologischen wurzelnde Einheit der Familie" (4) von der künstlichen, durch den Willen der Mitglieder geschaffenen Verbundenheit der gewollten Personenverbindungen (5). Es ist nicht notwendig, daß die Gemeinschaft eine "Einheit bildet, in der sich ihre Glieder auflösen" (6). Das ist zwar denkbar; es genügt jedoch, wenn die Mitglieder im wesentlichen gleichartige Ziele verfolgen und sich hierbei untereinander verbunden fühlen. Auch die innere Geschlossenheit kann nicht durch eine Orga-

1) Schlosky, S. 89

3) GS 42/82

3) ZStW 57/44 ff.

4) Welzel, a.a.O., S. 44

5) "Die Geschlossenheit der Gemeinschaft kann also nur nach der gegebenen Gestalt der Gemeinschaft beschrieben werden" (Welzel, a.a.O.)

6) Groß, S. 26

nisation ersetzt werden. Eine solche kann die innere Geschlossenheit im Einzelfall lediglich verfestigen (1) .

4. Die geschichtliche Konstanz der Gemeinschaft

Das Erfordernis der "geschichtlichen Konstanz" ist von Welzel aufgestellt worden (2). Eine Kollektivpersönlichkeit, die mit dem Tode ihrer Mitglieder untergeht, hat keinen eigenen, von dem der Mitglieder unterscheidbaren Wert. Die Ehre der Angehörigen ist mit der des Kollektivs identisch. Die gewissermaßen zu einem Bündel zusammengefaßten Einzelerhöhen können kein neues Ganzes ergeben. Was die Ehre begründet, ist die geschichtliche Konstanz oder die Kontinuität der Gemeinschaft. Das ständige Austreten und Neueintreten von Mitgliedern führt dazu, daß dem Ganzen auch die durch vergangene Generationen begründeten Werte und Leistungen hinzugerechnet werden. Der in der Vergangenheit geschaffene Wert begründet die Selbständigkeit der Gemeinschaftsehre. Das Werk vergangener Generationen wird in Verbindung gesetzt mit den Leistungen der Lebenden. Beide zusammen bilden die "Visitenkarte" einer Gemeinschaft, den objektiven Wert, auf dem ihre Ehre beruht.

Die Ehre einer Gemeinschaft wird, wenn die zu 1) bis 4) genannten Voraussetzungen vorliegen, durch die Bedeutung der sozialen Funktion bestimmt. Erst die Erkenntnis, daß ein Gebilde mit eigener Persönlichkeit auch dann Ehre haben kann, wenn kein "innerer" Wert, keine innere Ehre, vorhanden ist, konnte zur Überwindung der Ansichten Bindings, Buri, Berners, Bruhns, Hälschners (3) führen, die eine Beleidigungsfähigkeit mangels inneren Wertes ablehnten.

Zusammenfassung

Zusammenfassend folgen wir der Gliederung Hirschbergs (4), indem wir festhalten:

1. Die §§ 196/197 regeln lediglich strafprozessuale Fragen. Indirekt ergibt sich aus ihnen, daß der Gesetzgeber dem Gedanken einer Gemeinschafts-

1) Welzel, ZStW 57/44

2) ZStW 57/43 und 50

3) Binding, LB, S. 139; v. Buri, GS 25/10 ff.; Berner, LB, 12. Aufl., S. 445; Bruns, GS 27/481 ff.; Hälschner, Gem. Dt. Strafrecht II, 1 S. 167/169

4) Die Beleidigung von Personengesamtheiten und von Einzelpersonen durch eine Gesamtbezeichnung, Berlin 1929

ehre nicht abgeneigt war.

2. Die Beleidigung nach § 185 StGB ist einheitlich geregelt, das heißt: jeder, der beleidigungsfähig ist, steht unter dem Schutz des Gesetzes.
3. Wer beleidigungsfähig ist, ergibt sich aus dem Wesen der Ehre:
 - a) Ehrfähig ist der natürliche Mensch.
 - b) Ehrfähig ist eine Gemeinschaft, soweit sie eine anerkannte soziale Funktion ausübt, fähig ist, einen eigenen, einheitlichen Willen zu bilden und soweit sie eine innere Geschlossenheit und eine geschichtliche Konstanz aufweist, die eine gewisse Kontinuität mit sich bringen.

Eine zeitgemäße Auslegung des § 185 StGB führt somit zur Bejahung eines Ehrenschatzes für bestimmte Gemeinschaften.

Im folgenden soll die Frage untersucht werden, ob die Familie die zu 3. b) angeführten Charakterzüge aufweist.

3. K A P I T E L

DIE FAMILIENEHRE IM BESONDEREN

A. BESTIMMUNGEN, IN DENEN DER EHRENSCHUTZ DER FAMILIE ANKLINGT

Die Anerkennung einer Gemeinschaftsehre der Familie entspricht mehr als bei allen anderen Gemeinschaften dem Willen des Gesetzgebers. In der Einleitung ist hervorgehoben worden, daß die Bestimmungen der §§ 189 und 213 StGB dem Ehrenschatz der Familie nicht entgegenstehen. Wenn auch der Gesetzgeber den Schutz der Familienehre in diesen Bestimmungen nicht normiert hat, so klingt in ihnen doch der Gedanke der Familienehre insofern an, als hier ein berechtigtes Ehrgefühl der Familienangehörigen geschützt wird. Es sollen nunmehr im einzelnen diejenigen Gedanken aufgezeigt werden, die für die Anerkennung einer Familienehre sprechen.

a) § 189 StGB

Im 14. Abschnitt des Strafgesetzbuches über die Beleidigung wird in § 189 mit Strafe bedroht, „wer das Ansehen eines Verstorbenen verunglimpft“. Nicht der Tote wird durch diese Bestimmung geschützt. Er kann nicht mehr Träger von Ehre sein (1). Geschützt werden vielmehr die Überlebenden, und zwar nach der einen Ansicht in ihrem Pietätsgefühl, nach anderer Ansicht in ihrer Familienehre. Bemerkenswert ist, daß Hälschner, v. Liszt und das Reichsgericht unter „Familienehre“ nicht die Ehre der Gemeinschaft verstehen, sondern die Ehre der Angehörigen, gewissermaßen in einem Ausschnitt, der sich auf die Stellung des Angehörigen in der Familie bezieht. Auf die Unrichtigkeit dieser Bezeichnung ist bereits in der Einleitung hingewiesen worden.

§ 189 StGB schützt die Familie sowohl in ihrem Pietätsgefühl (2), wie auch in ihrer Ehre (3). Hierbei kann man das Pietätsgefühl der Hinterbliebenen auch als

1) RG 13/85

2) Vertreter dieser Ansicht: Olshausen, S. 729; Liepmann, a. a. O., S. 339 ff.

3) Hälschner, Das gem. dt. Strafrecht II/1, S. 199; v. Liszt, Deutsches Strafrecht, 22. Aufl., S. 324 f.; Dahm in JW 36/2497 u. in Das kommende dt. StR., 2. Aufl., S. 410; Bress, S. 54 und das RG in GA 48/441 sehen in der Familienehre der Hinterbliebenen das geschützte Rechtsgut des § 189 StGB. Die hier vertretene Ansicht wird geteilt von Maurach, Bes. Teil § 18 II D 1; Mezger, StUB § 36 Anm. III; Schönlke, 7. Aufl. Anm. 1 zu § 189; Frank, 18. Aufl., Anm. 1 zu § 189 u. a.

"subjektive Familienehre" bezeichnen. Für die hier vertretene Ansicht sprechen die Verhandlungen des Reichstags des norddeutschen Bundes. Der Reichstag des norddeutschen Bundes löste nämlich in der zweiten Beratung des Strafgesetzbuches die Verleumdung Verstorbener, die zunächst als § 165 unter die Vorschriften über die Vergehen gegen die Religion aufgenommen war, aus diesem Teil des Gesetzes und übertrug sie dem Abschnitt Beleidigung und Verleumdung. Er ging davon aus, daß es sich in § 189 StGB um die Verletzung der Familienehre handle. Der Berichterstatter erklärte (1), der Begriff der Familienehre existiere im Volk und man habe keinen Grund, diese Volksansicht abzuschwächen. Der Abgeordnete Schwarze erklärte, daß es sich in § 189 um die "Ehre des Hauses und der Familie" handle (2). Die Bestimmung über den Schutz verstorbener Angehöriger liege in der deutschen Anschauung über die Ehre und das Recht der Familie begründet. Der Abgeordnete Leonhardt sprach (3) von einem "Gefühlsparagraphen", womit er wohl das Pietätsgefühl der Hinterbliebenen, und damit die subjektive Familienehre, meinte.

Über die Bedeutung des § 189 StGB ist noch eingehend im Rahmen eines Spezialfalles der Familienbeleidigung zu sprechen, und zwar bei der Form der Familienbeleidigung, die durch eine Äußerung erfolgt, die sich auf die Vergangenheit bezieht.

b) Der alte § 195 StGB

Der auf Grund des Artikel 3 GG aufgehobene § 195 StGB gab dem Mann ein selbständiges Antrags- und Klagerecht (§ 374 Abs. 2 StPO) bei Beleidigungen seiner Ehefrau. Nach herrschender Meinung begründete diese Bestimmung lediglich ein gesetzliches Vertretungsrecht des Mannes. Für diese Ansicht spricht die Tatsache, daß der Ehemann in jedem Fall einer Beleidigung seiner Frau antragsberechtigt war, also auch dann, wenn der Beleidiger überhaupt nicht gewußt hat, daß die Verletzte eine verheiratete Frau ist. Insofern unterschied sich der § 196 StGB von dem römisch-rechtlichen Institut der mittelbaren Injurie (4), wonach der Täter das Verwandtschaftsverhältnis kennen und wonach er außerdem wissen mußte, daß sein Ehrangriff zugleich auch einen

- 1) Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des norddeutschen Bundes, Bd. 2, 1. Legislaturperiode, Berlin 1870, S. 641
- 2) a. a. O., S. 653
- 3) a. a. O., S. 654
- 4) s. o. S. 18

zweiten, den mittelbar Injurierten, treffen würde. Trotzdem ist eine Ähnlichkeit gegeben, da in beiden Fällen ein selbständiges Klagerecht des Ehemanns gegeben war.

Selbst wenn § 195 StGB dem Mann, wie es die herrschende Meinung annahm, ausschließlich ein Vertretungsrecht einräumen wollte, so lag doch der Grund hierfür in der damals geltenden Auffassung, daß der Mann als das Haupt der Familie in erster Linie berufen sei, eine die Frau und damit bis zu einem gewissen Grade die Familie selbst treffende Ehrenkränkung abzuwehren (1). Auch ein bloßes Vertretungsrecht hat der Gesetzgeber dem Mann nicht grundlos eingeräumt. Der Grund für die Einräumung dieses Rechts war aber kein anderer, als die Wahrung des Familienwerts durch das Haupt der Familie, den Ehemann.

§ 195 StGB war ferner vergleichbar mit § 196 StGB. Wie nach § 196 StGB der Vorgesetzte des beleidigten Beamten das Recht hat, den Strafantrag (§ 194 StGB) neben dem Beleidigten zu stellen, ebenso hatte nach § 195 StGB der Ehemann bei einer Beleidigung seiner Frau ein eigenes Recht, Bestrafung zu beantragen und zu klagen. Die Stellung des § 195 StGB vor der Regelung des Antragsrechts des Behördenvorgesetzten legt die Vermutung nahe, daß der Gesetzgeber bei beiden Bestimmungen von der gleichen Grundüberlegung ausgegangen ist: Das Antragsrecht wegen Beleidigung mußte erweitert werden, weil die Beleidigung eines einzelnen (Ehefrau/Beamter) zugleich auch das Ansehen einer Gemeinschaft (Familie/Behörde) treffen kann. Es mag der Gedanke eine Rolle gespielt haben, daß jede ein Familienmitglied treffende Beleidigung bis zu einem gewissen Grade auch die Familie selbst berührt. Das beleidigte Familienmitglied kann nicht aus der engen Verbindung mit seiner Gemeinschaft ganz gelöst und einer isolierten Betrachtung unterzogen werden. Weil aber das Ansehen der Gemeinschaft alle Mitglieder angeht, mußte dem Ehemann als dem Haupt der Gemeinschaft die Möglichkeit gegeben werden, dieses Ansehen zu wahren.

Mit der Emanzipation der Frau mußten Vertretungs- und Klagerecht des Mannes abgeschafft werden (2). Die Ehe gilt heute als eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Deshalb müssen nunmehr beide Ehegatten in gleicher Weise für die Wahrung des Ansehens ihrer Familie sorgen. Mit der Aufhebung des § 195 StGB ist aber der eigentliche Gedanke dieser Bestimmung,

1) So auch Dahm in JW 36/2497 ff.; Frank zu § 195 StGB

2) Artikel 3 GG

der Schutz der Familie, nicht aus der Welt geschafft. Soweit § 195 StGB der Wahrung des Familienwerts diene, schützte er zugleich die Familienehre.

c) § 213 StGB

Schließlich sei der § 213 StGB erwähnt. Der Totschläger wird milder bestraft, wenn er ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getöteten zum Zorne gereizt und dadurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden ist. Diese Bestimmung stellt auf das unter den Angehörigen einer Familie vorhandene Ehrgefühl ab. Denn "zum Zorne gereizt" durch die schwere Beleidigung eines Angehörigen ist nur der, der sich selbst in seinem Ehrgefühl verletzt fühlt.

§ 213 StGB enthält zunächst den typischen Fall einer indirekten oder mittelbaren Einzelbeleidigung in der Form einer Verletzung des Ehrgefühls. Daraus ergibt sich aber, daß der Gesetzgeber in § 213 StGB davon ausgegangen ist, daß die Familie eine so enge Bindung haben kann, daß die schwere Beleidigung des einzelnen Familienangehörigen gleichzeitig die übrigen in ihrem Ehrgefühl treffen und sie deshalb zum Zorne reizen kann.

Wenn wir im vorangehenden Kapitel das unter den Mitgliedern einer Gemeinschaft vorhandene Ehrgefühl, das Bewußtsein einer gemeinsamen Ehre, als entscheidendes Kriterium einer Gemeinschaftslehre abgelehnt und lediglich als Indiz für eine solche anerkannt haben, so muß dennoch der Anerkennung eines solchen Bewußtseins durch den Gesetzgeber wesentliche Bedeutung zugemessen werden. Die Bestimmung des § 213 StGB geht davon aus, daß Familienangehörige im allgemeinen "füreinander eintreten und Ehrenkränkungen ihrer Angehörigen als gegen sich selbst gerichtet betrachten" (1). "Gegen sich selbst" ist aber in diesem Fall so zu verstehen, daß sich das mitbeleidigte Familienmitglied als Glied der Familie verletzt fühlt und weniger als ein isoliertes Einzelwesen. Insoweit klingt in § 213 StGB der Gedanke einer subjektiven Familienehre an. Subjektive Ehre gibt es nicht nur bei der Einzelpersonlichkeit, sondern sie muß als das berechnigte Ehrgefühl einer Gruppe auch für die Gemeinschaft anerkannt werden. Da eine Gemeinschaft als solche kein Ehrempfinden haben kann, kommt es entscheidend auf das Ehrgefühl der Gemeinschaftsmitglieder an. Das Ehrbewußtsein der Familienangehörigen ist eine soziologische Tatsache, die der Gesetzgeber in § 213 StGB zur Grundlage eines persönlichen Strafmilderungsgrundes gemacht hat.

1) Dahm in JW 36/2497

B. DIE MERKMALE DER GEMEINSCHAFTSEHRE BEI DER FAMILIE

Die folgenden Untersuchungen sollen der Feststellung dienen, ob die Familie die in dem vorangegangenen Kapitel aufgezeigten Voraussetzungen der beleidigungsfähigen Gemeinschaft aufweist. Es besteht die Möglichkeit, daß eine Personenmehrheit lediglich nach unseren soziologischen Auffassungen eine soziale Anerkennung genießt, daß es aber nach den bis jetzt erarbeiteten juristischen Gesichtspunkten rechtsdogmatisch nicht möglich ist, eine solche Gemeinschaft zu beleidigen. So ist es auch verständlich, daß der BGH (1) die Ehre der Familie soziologisch anerkennt, ihre juristische Schutzzfähigkeit aber verneint. Es sollen nunmehr die juristischen Voraussetzungen hinsichtlich der Familie geprüft werden. Die soziologische Anerkennung der Familienehre soll dabei als ein wesentlicher Nachweis für den sozialen Wert der Familie berücksichtigt werden.

a) Ausgangspunkt: die unbekannte Familie ("Durchschnittsfamilie")

Ausgangspunkt dieser Betrachtungen soll die unbekannte oder Durchschnittsfamilie sein. Wir verstehen darunter diejenigen Familien, deren Angehörige ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, die sich aber darüber hinaus nicht durch hervorragende Leistungen ausgezeichnet haben und auszeichnen. Familien, deren Angehörige historische Leistungen für das Volk, den Staat oder die Menschheit erbracht haben und erbringen, wie etwa ausgesprochene Forscher-, Wissenschaftler-, Künstler-, Politiker- oder Industriefamilien, haben einen größeren sozialen Wert als die Vielzahl der unbekannten Durchschnittsfamilien. Häufig ist dieser Wert so groß, daß man von dem Ruhm solcher Familien spricht. Der BGH (2) ist bei seiner Erörterung über die Familienehre von besonderen, durch berühmte Leistungen gekennzeichneten Familien ausgegangen. Das ist nicht gerechtfertigt.

Ruhm und Ehre dürfen nicht verwechselt werden. Zwischen beiden besteht ein erheblicher Unterschied. Will man feststellen, ob ein einzelner oder eine Gemeinschaft Ehre besitzen, so muß man von den Wesensmerkmalen der Ehre ausgehen und darf nicht die Merkmale des Ruhmes an den Anfang der Betrachtungen stellen.

1) MDR 51/501 ff., JZ 51/520 ff., MDR 54/562 = NJW 54/1413

2) MDR 51/501 ff., JZ 51/520 ff.

Unterscheidung zwischen Ehre und Ruhm

"Ehre ist nicht die Meinung von besonderen, diesem Subjekt allein zukommenden Eigenschaften, sondern nur von den der Regel nach vorauszusetzenden. Sie (die Ehre) besagt daher nur, daß dieses Subjekt keine Ausnahme mache, während der Ruhm besagt, daß es eine mache. Ruhm muß daher erst erworben werden. Die Ehre hingegen braucht bloß nicht verloren zu gehen" (1). Das gilt in besonderem Maße für die Familie. Es geht nicht an, daß man bei der Feststellung einer Familienehre von einzelnen, aus der Masse hervorragenden, Vorbildern ausgeht. Erfüllt eine Familie die Voraussetzungen eigener Ehrfähigkeit, so muß man bei ihr das Vorhandensein von Ehre ebenso vermuten, wie man dies bei der Ehre des einzelnen seit jeher tut. Denn "die Ehre betrifft bloß solche Eigenschaften, welche von jedem, der in denselben Verhältnissen steht, gefordert werden, der Ruhm bloß solche, die man von niemandem fordern darf. Die Ehre solche, die jeder sich selber öffentlich beilegen darf. Der Ruhm solche, die keiner sich selbst beilegen darf. Auf Ehre hat jeder Anspruch. Auf Ruhm nur die Ausnahmen. Denn nur durch außerordentliche Leistungen wird Ruhm erlangt". (2) Da nicht der Ruhm, sondern die Ehre der Familie Gegenstand dieser Betrachtungen sein soll, muß man von der unbekannten oder Durchschnittsfamilie ausgehen; denn Ehre ist das, was dem Durchschnitt zusteht, während der Ruhm "eigentlich auf dem beruht, was einer im Vergleich mit den übrigen ist. Er (der Ruhm) fiel ganz weg, wenn die übrigen würden, was der Gerühmte ist" (3). Der Ruhm wird durch § 185 StGB insoweit geschützt, als die besondere Tüchtigkeit des einzelnen Inhalt und Umfang seiner Ehre bestimmt.

Erst wenn feststeht, daß die unbekannte Durchschnittsfamilie die Voraussetzungen eigener Ehre nicht erfüllt, ist es gerechtfertigt, einzelne, aus der Vielzahl sich abzeichnende Familien, die eine besondere Achtung seitens der Gesellschaft genießen, unter dem Gesichtspunkt des Ehrenschatzes zu betrachten.

b) Ausgangspunkt: die Kleinfamilie

Das Wort Familie ist vieldeutig, will man mit ihm eine Abgrenzung des Personenkreises vornehmen. Wir bezeichnen als Familie einerseits die sogenannte Kleinfamilie, d.h. die aus den Eltern und Kindern bestehende, meist, aber

- 1) Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, S. 73
- 2) Schopenhauer, a.a.O., S. 112
- 3) Schopenhauer, a.a.O., S. 121

nicht notwendig immer, in einer Hausgemeinschaft zusammen lebende Gruppe und die im diesen Personenkreis aufgenommenen nächsten Angehörigen. Andererseits bezeichnen wir als Familie auch die Sippe, die oft zahlreiche selbständige Familienzweige umfaßt. Wenn im folgenden von der "Familie" die Rede ist, so ist darunter die von einem Elternpaar begründete Gemeinschaft der Kleinfamilie zu verstehen. Erst nachdem untersucht worden ist, ob die engste und kleinste Gemeinschaft innerhalb eines Familienverbandes eine eigene Ehre hat, kann über diesen Rahmen hinaus zu einer speziellen Betrachtung übergegangen werden, nämlich der Frage, ob in einzelnen Fällen auch die Großfamilie eine eigene Ehre hat (1). Als Familie soll im folgenden die Gemeinschaft der Eltern und Kinder bezeichnet werden. Eine endgültige Abgrenzung des zur Familie gehörenden Personenkreises ist erst dann möglich, wenn die Voraussetzungen bekannt sind, die bei einer Familie vorliegen müssen, damit sie passiv beleidigungsfähig ist (2).

1. Die Familie als Wertgemeinschaft - der soziale Wert Die soziologische Anerkennung der Familienehre

Der Familie obliegt in unserem gesellschaftlichen, auf das Zusammenleben in der Gemeinschaft abgestellten Dasein die "ethisch-soziale Aufgabe" (3), ihre Angehörigen, in erster Linie den heranwachsenden Menschen, zu ordentlichen Staatsbürgern zu erziehen. Diese Aufgabe wird, der natürlichen Ordnung innerhalb der Familie entsprechend, zunächst von den Eltern, gewissermaßen als den "Organen" (4) der Familie, wahrgenommen. Es handelt sich nicht um eine individuelle Aufgabe von Mann und Frau, sondern um eine Funktion, die der Familie zusteht. Die Eltern handeln bei Erfüllung dieser Funktion im Interesse der Gemeinschaft. Daß es sich um eine Funktion im Interesse der Gemeinschaft handelt, zeigt sich auch daran, daß die Kinder frühzeitig beginnen, einander zu erziehen. Niemand steht isoliert in seiner Familie, Es ist jeder für den anderen Milieu. Das Milieu innerhalb einer Familie ist ausschlaggebend für ihr äußeres Erscheinungsbild.

1) Siehe unten E (Sippenehre)

2) Siehe unten C, 51

3) HRR 35/1348

4) René Savatier, Die juristische Realität des "Wesens der Familie" und ihre Postulate, in "Vom Wesen und Geheimnis der Familie", Salzburg 1952, S. 61

Die allgemeine, jeder Familie eigentümliche soziale Funktion der Erziehung des Menschen zum Leben in der Gemeinschaft kann keiner Familie von Anfang an abgesprochen werden. In jedem Fall muß zunächst vermutet werden, daß diese wichtigste Funktion hinreichend erfüllt wird. Wollte man auf das Vorliegen besonderer Eigenschaften und Leistungen abstellen, so wäre eine Abgrenzung zwischen sozial Werthaftem, welches Ehre begründet, und solchem, das keine Ehre entstehen läßt, unmöglich. Welche Instanz wäre für eine derartige Abgrenzung berufen?

Es kommt auf die allgemeine soziale Funktion an. Über ihre Bedeutung ist viel geschrieben worden. Die mannigfaltigen Aufgaben der Familie aufzuzeigen, ist Sache der Soziologen. Nur einige Beispiele aus dem natürlichen Aufgabenbereich jeder Familie sollen hier herausgegriffen werden, um die Bedeutung der sozialen Funktion und den Wert der Familie für den Staat und die Menschheit ins rechte Licht zu setzen.

- aa) Die Familie erzieht den Menschen zum selbständigen Leben in der öffentlichen Gesellschaft. "Eine Gesellschaft, die der Familie ihren Lebensraum und ihre Wirkkraft nimmt, liefert sich infolge der damit gegebenen geistigen Verarmung notwendig einer geistlosen Verbürokratisierung und der Vermassung aus" (1).

Selbst heute, in einer Zeit, in der sich die Familienbande mehr und mehr zu lockern scheinen, wird der Vermassung noch immer am stärksten innerhalb der Familie entgegengewirkt. "Die Familie ist nicht bloß biologische Brutstätte, sie bewahrt die öffentliche Gesellschaft vor der Entmenschlichung, sie erneuert sie mit wirklichen für das Zusammenleben vorgebildeten Menschen. Dies kann sie jedoch nur, wenn sie der Staat anerkennt und schützt (2).

- bb) Die Familie erzieht den Menschen zur Verantwortung. "Das existentielle Wissen darum, daß man sich der Verantwortung anderer verdankt und ihnen gegenüber selbst Verantwortung trägt, ist die Urerfahrung, die man am tiefsten in der Familie macht" (3).

1) Häring, Die Soziologie der Familie, 1954, S. 114

2) Häring, a.a.O., S. 112

3) Häring, a.a.O., S. 112

- cc) "Die Bausteine der Staaten sind nicht Individuen, sondern natürliche, naturhafte Gemeinschaften - Familien, Stände und Stämme" (1).
- dd) Der soziale Wert der Familie zeigt sich besonders deutlich, wenn man sich die hohe Jugendkriminalität derjenigen Kinder vergegenwärtigt, die aus geschiedenen Ehen stammen oder die unehelich geboren sind (80-90 %). Es gehört zum Wesen der Familiengemeinschaft, daß sie den einzelnen an sittliche Normen bindet, die dieser, wenn er von Kind auf allein ist und sich nicht an irgendeine Gemeinschaft gebunden fühlt, mißachtet. Nicht ohne Grund verspricht man sich z.B. von der geplanten Eheschließung eines anfälligen Straftäters eine sittliche Besserung, die eine Strafaussetzung zur Bewährung rechtfertigt. An diesem Beispiel sieht man, daß bei der Familie neben die soziale Funktion ein sittlich-ethisches Moment als ehrbestimmender Faktor tritt. Es ist Binding zuzustimmen, daß eine Gemeinschaft selbst nicht sittlich handeln kann. Besteht die Funktion einer Gemeinschaft jedoch darin, daß sie ihre Mitglieder zu sittlichem Verhalten erzieht, so muß einer solchen Gemeinschaft mehr als jeder anderen ein eigener Wert zugesprochen werden.
- ee) "Die Familie ist die erste Stufe zum Aufbau der sozial-kulturellen Persönlichkeit" (2).
- ff) Schließlich sei als ein Beispiel aus dem umfassenden Aufgabenbereich der Familie ihre Fürsorgetätigkeit genannt. Die gegenseitige Unterstützung der nächsten Familienangehörigen erspart dem Staat nicht nur beachtliche Summen Geldes, sondern sie stellt darüber hinaus eine der wertvollsten sozialen Funktionen der Familie dar. Man kann sich heute eine Familie nicht vorstellen ohne die Fürsorge der Eltern für ihre Kinder, ohne die Sorge der Kinder für ihre Eltern, kurz: ohne das selbstverständliche und freiwillige Sorgen eines jeden für den in Not befindlichen anderen. Die enorme Bedeutung dieser sozialen Funktion darf nicht unerwähnt bleiben, wenn es darum geht, den sozialen Wert der Familie aufzuzeigen.

1) Häring, a.a.O., S. 114

2) René König, Materialien zur Soziologie der Familie, Bd. 1, Bern 1946

Die als Beispiele angeführten Aufgaben stehen jeder Familie zu, und zwar nicht nur kraft einer gesetzlichen Regelung, sondern kraft natürlicher Bestimmung. Die Familie ist dem Staat gegenüber zu diesen Aufgaben verpflichtet (1). Der Staat unterstützt die Familie in ihren Aufgaben durch zahlreiche Maßnahmen. Aber nicht nur die Unterstützung der Familie, sondern auch ihr Schutz gegen rechtswidrige Angriffe aller Art gehört zu den Sätzen unserer Verfassung (2).

Vergleicht man nunmehr die Familie mit anderen Gemeinschaften, so sieht man, daß der soziale Wert der Familie weit größer ist als bei allen anderen Personenverbindungen. Besteht die soziale Funktion einer Presse-GmbH in einer einzigen Tätigkeit, in der Information des Publikums über die Vorgänge des öffentlichen Lebens, so kann ihr Wert nicht so groß sein wie der der Familie, die zahlreiche gemeinschaftserhebliche Aufgaben hat. Die Familie ist daher mehr als alle anderen Personenverbindungen Wertgemeinschaft.

Der Wert einer Familie wird in concreto durch die Fähigkeit zur Erfüllung der Aufgaben und durch das Maß bestimmt, in dem die Aufgaben tatsächlich erfüllt werden. Aufgabe des Staates und damit der Rechtsprechung ist es, den im Einzelfall wirklich erworbenen Wert gegen Angriffe zu schützen.

Die Geltung der Familie in ihrer Umwelt (Familienehre als eine Tatsache soziologischer Natur)

Entspricht der soziale Wert einer Gemeinschaft dem objektiven Wert (oder der objektiven Ehre) des einzelnen, so sind die äußere Geltung und die tatsächliche Achtung als die äußere Ehre der Familie zu bezeichnen. Wenn die Familie einen sozialen Wert hat, dann genießt sie auch Anerkennung und Achtung seitens der Gesellschaft. Die Tatsache einer soziologischen Anerkennung der Familienehre ist daher ein weiterer Beweis für das Vorhandensein eines sozialen Werts (3). "Das Rechtsgut Ehre verdankt mehr als alle anderen Rechtsbegriffe sein Entstehen und seine Bedeutung der soziologischen Wirklichkeit".

Man hat bisher den Nachweis einer soziologisch anerkannten Familienehre dadurch zu erbringen versucht, daß man auf solche Familien hinwies, die sich durch bedeutende Leistungen ausgezeichnet haben. Solche Familien hat es im

1) Art. 6/II, 1 GG

2) Art. 6/I u. IV GG, Art. 104 BV

3) So auch Mezger in JZ 51/522

Laufe der Geschichte immer gegeben und sie sind in jeder Volksgemeinschaft vorhanden. Es wird als eine Ehre angesehen, wenn jemand in den Kreis einer solchen Familie aufgenommen wird. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Ruhm und Ehre einer Familie nicht verwechselt werden dürfen. Soll die Ehre als eine soziologische Tatsache aufgezeigt werden, geht es also darum, das tatsächliche Geehrtwerden der unbekannten Durchschnittsfamilie zu zeigen, so kann dies am besten geschehen, indem man die "negative Seite" der Familienehre darstellt. Hierunter verstehen wir die Abhängigkeit des einzelnen in einer Kleinfamilie lebenden Mitglieds von dem Verhalten aller übrigen Angehörigen. Die Familie als Personengesamtheit tritt immer nur in ihren Mitgliedern als Einzelpersonen in Erscheinung. Ehrlose Handlungen eines Familienangehörigen können deshalb von ihrem wirklichen oder doch möglichen Bezogenwerden auf die Familie selbst nicht völlig gelöst werden. Im täglichen Leben wird der Wert einer Familie häufig gleichgesetzt mit dem ehrlosen Verhalten eines einzelnen Angehörigen. So kommt es, daß der einzelne, was seine Stellung in der Gesellschaft betrifft, von dem Verhalten der übrigen Familienmitglieder abhängig ist und daß er bisweilen nicht verhindern kann, daß er selbst als Glied seiner Gemeinschaft jener Verachtung preisgegeben ist, mit der die Gesellschaft die ganze Familie straft, wenn sich ein einzelner aus ihren Reihen ehrlos verhält. Begeht jemand einen Mord, so werden der ganzen Familie Anerkennung und Achtung versagt. Die Angehörigen des Mörders werden aus einer natürlichen Reaktion gemieden. Sie werden aus der Gesellschaft ausgestoßen. Die Ehre der Familie gilt als verwirkt, auch wenn die übrigen Mitglieder an dem ehrlosen Verhalten ihres Angehörigen unschuldig sind.

An diesem Beispiel sieht man, daß auch der unbekannten Familie im Leben eine eigene Ehre zuerkannt wird. Die geschilderte negative Eigenschaft der Familienehre zeigt, daß die "äußere Ehre" der Familie sehr schnell eingebüßt werden kann. Immer wieder kann man beobachten, wie sehr charakterlich einwandfreie Menschen unter dem einmal begründeten schlechten Ruf ihrer Familie ihr Leben lang zu leiden haben. Selbst wenn man annimmt, daß die Verachtung seitens der Gesellschaft zum größten Teil auf ungerechtfertigten Hochmut zurückzuführen ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß diese Verachtung, wenn auch unbewußt, von dem Gefühl ausgeht, daß die verachtete Familie keinen sozialen Wert mehr hat. Man glaubt, daß die Familie ihre Aufgaben nicht erfüllt, wenn etwa der Vater ein Mörder oder Zuhälter ist. Man vermutet erbliche Anlagen oder Erziehung in Richtung des negativen Elements. Die Eigenschaften des makelbehafteten Familienmitglieds werden bis zu einem gewissen Grade auch bei den übrigen Angehörigen unterstellt.

2. Die Familie als ein selbständiges Gebilde

Wir haben gesehen, daß eine Gemeinschaftsehre nicht möglich ist ohne den Ausdruck einer echten inneren Geschlossenheit unter den Mitgliedern der Gemeinschaft. Rein äußerlich betrachtet sind es 4 Merkmale, die die Familie als eine Gemeinschaft von der Masse der Allgemeinheit unterscheiden; die blutsmäßige Abstammung, das räumliche Zusammenleben (das Heim), der Name und das gemeinsame Vermögen (Familienbesitz). Diese Merkmale allein vermögen jedoch nicht jene innere Verbundenheit zu begründen, die für eine echte Gemeinschaft erforderlich ist. Selbst die Blutsverwandtschaft reicht hierfür nicht aus, denn auch die "künstliche Verwandtschaft" (1), wie etwa die Adoption, kann eine "Gruppenbeziehung familienhafter Art" begründen. Durch die Adoption wird der Adoptierte zwar Mitglied der Familiengemeinschaft. Aber erst das Verhalten der Familienangehörigen gegenüber dem Angenommenen schafft jenes völlige Zusammengehörigkeitsgefühl, das für eine Familie kennzeichnend ist. René König (2) meint, die wesentliche Voraussetzung einer echten inneren Geschlossenheit sei, daß unter den Familienmitgliedern ein "sozial-moralischer Zusammenhang" bestehe.

Bei der Ehe, die wir als den Beginn einer neuen Familie auffassen (3), begründet das intime persönliche Verhältnis zwischen den Ehegatten die innere Geschlossenheit der neuentstehenden Gemeinschaft.

Bei der Familie, die auch die Kinder umfaßt, äußert sich die innere Geschlossenheit in dem Zusammengehörigkeitsgefühl, in der gegenseitigen Hilfeleistung und in dem Füreinandereintreten der Angehörigen.

Diese Merkmale treten besonders in Erscheinung, wenn ein Volk in eine Krisenzeit gerät. In Deutschland zeigte sich die Geschlossenheit der Familie deutlich nach 1945, als die Familie die einzige Einrichtung war, die dem in Not geratenen Mitglied Schutz gewährte. Man kann mit Hans Paul Bahrdt (4) die Familie als die "haltbarste und transportabelste" Einrichtung aller Gemeinschaften bezeichnen. In der Tat ist nirgends der Ausdruck innerer Geschlossenheit so groß wie gerade bei der Familie.

1) René König, a.a.O., S. 126 f.

2) a.a.O.

3) siehe unten E!

4) Die Familie als Kampfgruppe, in Frankfurter Hefte, Heft 8, 1953, S. 928

Im konkreten Fall bleibt natürlich immer das "Klima" innerhalb einer Familie ausschlaggebend. Die innere Geschlossenheit hängt im Einzelfall davon ab, inwieweit die Familienmitglieder durch eine "ursprüngliche und bewegende Kraft" (1) verbunden sind. Die Verhältnisse innerhalb einer Familie können so schlecht stehen, daß von einer inneren Verbundenheit nicht mehr die Rede sein kann. Das ist etwa der Fall, wenn die Pflege eines Familienlebens völlig vernachlässigt wird. Der Leipziger Kommentar (2) macht die Bejahung einer Familienehre von dem "konkreten Familienzusammenhang" abhängig. Er geht jedoch zu weit, wenn er sagt: "Angesichts der Krise der heutigen Familie bildet diese Erscheinung (echte Verbundenheit) nicht mehr die Regel" und wenn er deshalb eine generelle Bejahung der Familienehre für ausgeschlossen hält. Geht es darum, die Frage nach einer Familienehre allgemein zu beantworten, so darf man nicht auf einen konkreten Tatbestand abstellen, sondern man muß von dem Allgemeinen ausgehen. Wie ausgeführt, besteht noch heute in den meisten Fällen eine innere Geschlossenheit. Sie ist ein Wesensmerkmal der Familie. Ihr Fehlen bildet die Ausnahme. Deshalb ist das Vorhandensein einer inneren Geschlossenheit solange zu vermuten, als kein Anlaß besteht für die Annahme, daß sie in concreto nicht mehr vorhanden ist (3). Die Vermutung kann in concreto nur durch besondere offenkundige Tatsachen widerlegt werden.

Aus dem Erfordernis der inneren Geschlossenheit ergibt sich, daß die Großfamilie im allgemeinen keine Ehre hat. Sie weist keine innere Geschlossenheit auf, da die Zweigfamilien selbständig sind. Es gibt heute nur mehr vereinzelte Ausnahmen von diesem Grundsatz (4).

Auch ohne eine Organisation ist die Familie echte Gemeinschaft. Sie ist es so sehr, daß sie keiner Verbandform bedarf (5). Beharrt man dennoch auf dem Erfordernis einer Organisation, so sei folgendes bemerkt: Da die Familie eine natürliche Gemeinschaft ist, besitzt sie auch eine natürliche Organisation. Diese hat ihren Ausdruck in den Eltern gefunden, die eine führende Stellung innerhalb der Familie einnehmen. Die Eltern können daher als die "natürlichen Organe" der Familie bezeichnet werden (6). Damit kann man eine Be-

1) LK, S. 124

2) LK, S. 124

3) Man kann dem Richter im Einzelfall nicht die Feststellung auferlegen, ob die Familie "in fester Einheit mit ursprünglich bewegender Kraft einen wirklichen Zusammenhang offenbart", LK a.a.O.

4) siehe unten Seite 53 ff.

5) Dahm in JW 36/2497

6) René Savatier, a.a.O., S. 61

leidigungsfähigkeit der Familie auch nicht an dem Fehlen einer Organisation scheitern lassen.

3. Die Fähigkeit zur eigenen Willensbildung

Gemeinsame Willensbildung erfolgt auf Grund gemeinsamer Interessen. Bei den Handelsgesellschaften (GmbH) sind die wirtschaftlichen Interessen der Anlaß für die Gründung und ferner für jeden Beschluß der Gesellschaft. Auch die Familie entsteht auf Grund gemeinsamer Interessen. Mit der Eheschließung wird eine neue Gemeinschaft mit eigenen Zielen gegründet. Diese Ziele können nur durch immer neue Willensentschließungen erreicht werden. Es ist keine Gemeinschaft in solchem Maße befähigt, einen eigenen Willen zu bilden, wie gerade die Kleinfamilie.

Bei den von der Rechtsprechung als beleidigungsfähig anerkannten Handelsgesellschaften können immer einzelne Mitglieder kundtun, daß sie gegen den Willen der Gemeinschaft sind. Häufig erlebt man dies in den Mitgliederversammlungen. Die Meinungsverschiedenheiten gehen bisweilen so weit, daß Gesellschafter zur Opposition aufrufen. Trotzdem wird die Fähigkeit der Gemeinschaft zur einheitlichen Willensbildung nicht angezweifelt. Es entscheidet der Wille der Mehrheit. Im Ergebnis entsteht ein "einheitlicher" Wille der Personenmehrheit. Diese nach außen erscheinende Einheitlichkeit ist entscheidend (1).

Ist es nicht bei der Familie ähnlich wie etwa bei der GmbH, deren Beleidigungsfähigkeit der BGH (2) anerkannt hat, daß die Mehrheit den Willen der Familie bildet? (3).

Durch den Gesellschaftsvertrag werden die Ziele der Gesellschaft festgelegt. Das geschieht bei der Familie durch die Eheschließung. Durch die Beschlüsse der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung und durch die Tätigkeit der Geschäftsführer werden die Ziele der Gesellschaft ausgeführt. Ausführungs-

- 1) Noch Binding, LB, d.gem.dt.StR. S. 133 ff., stellte auf den Willen der Mitglieder ab.
- 2) NJW 54/1412 ff.
- 3) Die Willensbildung einer GmbH kann auf dreierlei Weise erfolgen:
 - aa) Durch den Abschluß eines Gesellschaftsvertrages, §§ 2, 3 GmbH-Ges.
 - bb) Durch die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, §§ 47/I, 48,
 - cc) Durch die Geschäftsführer, § 35 GmbH-Ges. 53/I GmbH-Ges.

organe der Familie sind die Ehegatten. Da die GmbH eine künstliche Gemeinschaft ist, mußten für die Willensbildung künstliche Organe geschaffen werden. Es mußte für die Fälle einer Meinungsverschiedenheit eine Regelung getroffen werden. Bei einer natürlichen Gemeinschaft bedarf es dieser Regelung nicht. Es kann vorkommen, daß sich die Angehörigen einer Familie über eine bestimmte gemeinsame Angelegenheit nicht einigen können. Das ist aber nichts anderes, als wenn bei der GmbH die für einen bestimmten Beschluß erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht erreicht wird. In solchen Fällen kommt kein Wille der Gemeinschaft zustande. Es wird niemand bestreiten, daß die Familie ebenso wie die GmbH grundsätzlich fähig ist, einen eigenen einheitlichen Willen zu bilden.

Es erschien angebracht, die Familie so eingehend mit der GmbH zu vergleichen, da der BGH (1) die Beleidigungsfähigkeit der GmbH (2) anerkennt, die der Familie jedoch mit der Begründung verneint hat, es fehle ihr die Fähigkeit zur Willensbildung.

Eine Willensbildung der Familie wird in den meisten Fällen nicht sichtbar, weil es bei einer natürlichen Gemeinschaft keiner formellen Beschlußfassung bedarf und weil in der Familie die Willensbildung oft einem einzelnen Mitglied, z.B. dem Vater oder der Mutter übertragen ist. Das entspricht dem Wesen der Familie, denn die Eltern sind zur Willensbildung als Träger der elterlichen Gewalt vorbestimmt (3).

Wir können eine Willensbildung der Familie bei allen Angelegenheiten feststellen, die im Interesse der Familie zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben vorgenommen werden, z.B. Wahl des Wohnsitzes, Fragen der Kindererziehung, Berufsausbildung, Vermögensverwaltung etc. Es ist unmöglich, einen Katalog der Fälle aufzuzählen, in denen ein einheitlicher Wille der Familie Voraus-

1) BGH a.a.O.

2) hier einer Presse-GmbH

3) Nicht ganz zu Unrecht hat René Savatier (a.a.O., S. 61 ff.) die Familie mit einer juristischen Person verglichen, deren Organe die Eltern sind. Nach ihm üben sie in dieser Eigenschaft die familiären Angelegenheiten als eine Funktion der Gemeinschaft aus. Letzterem ist zuzustimmen. Daß die elterliche Gewalt den Eltern gewissermaßen als Organen zusteht, ergibt sich auch aus dem Gesetz. Handelte es sich um ein individuelles Recht, so wären die Bestimmungen darüber, wem die elterliche Gewalt zustehen soll, wenn ein Elternteil an der Ausübung verhindert ist, unverstündlich.

setzung für die Ausführung einer Familienaufgabe ist. Es muß aber festgehalten werden, daß ein friedliches Zusammenleben der Familie unmöglich wäre ohne ihre Fähigkeit zur eigenen Willensbildung.

Der eigentümlichen personellen Zusammensetzung der Familie entsprechend sind zunächst die Eltern Träger der Willensbildung. Mit dem Heranwachsen der Kinder vergrößert sich der Kreis der an der Willensbildung beteiligten Personen. Dadurch wird die Willensbildung erschwert, aber nicht unmöglich gemacht.

Es muß in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen werden, daß die Einheitlichkeit der Willensbildung bei der Familie weit größer ist als bei allen übrigen Gemeinschaften. Hat sich eine Familie zu einem Beschluß nur mit der Mehrheit ihrer Mitglieder durchgerungen, so stehen meist auch diejenigen Mitglieder zur Familie, die zunächst gegen den Beschluß gewesen sind. Eine offene "Opposition" würde bei der Familie wegen der inneren Geschlossenheit ihrer Angehörigen in einzelnen Fällen geradezu als ein Verrat an der Gemeinschaft erscheinen.

Die Familie ist ein Zusammenschluß von Einzelpersönlichkeiten zu einer Gemeinschaft. Durch die Übertragung eines Teils des Willens jedes einzelnen auf die Gemeinschaft entsteht ein neuer Gesamtwille.

4. Die geschichtliche Konstanz der Familie

Eine Gemeinschaft besitzt selbständigen Wert, wenn sie eine geschichtliche Konstanz aufweist. Um feststellen zu können, ob die Familie eine solche hat, muß man von ihrer Entstehungsform ausgehen.

Es ist die Besonderheit der Großfamilie, daß sie nicht nur von Generation zu Generation fortbesteht, sondern, daß aus einer Gemeinschaft immer neue Gemeinschaften entstehen. Eine Ursprungsgemeinschaft setzt sich in mehreren Abstammungsgemeinschaften fort. Letztere stellen aber nur eine teilweise Fortsetzung der ursprünglichen Familie dar, weil sie sich auch aus gemeinschaftsfremden Elementen zusammensetzen, die aus einer zweiten Ursprungsgemeinschaft herrühren. Durch jede Eheschließung wird eine neue Familiengemeinschaft begründet. Die "Gründer" stammen aus zwei verschiedenen Gemeinschaften. Der Eheschließende tritt aus der ursprünglichen Gemeinschaft aus und bildet, indem er sich mit dem Mitglied einer fremden Gemeinschaft

verbindet, eine neue Gemeinschaft. Soll diese neue Familie die Fortsetzung der Gemeinschaft des Mannes oder der Frau sein? In einer Zeit vorwiegend patriarchalischer Anschauungen zögerte man nicht, die durch eine Eheschließung neu entstehende Familie als Fortsetzung der Familiengemeinschaft des Mannes anzusehen (so das römische Recht). Heute muß man sagen, daß die neu begründete Familie eine Fortsetzung beider Gemeinschaften darstellt und daß sie deshalb gegenüber den beiden Ursprungsgemeinschaften ein "novum" oder "aliud" darstellt.

Kann man einer solchen Gemeinschaft eine eigene Ehre zusprechen? Nach dem Gesagten beschränkt sich die Familiengemeinschaft auf die Eltern oder Ehegatten und ihre Kinder. Wie weit die nächsten Angehörigen hinzuzurechnen sind, ist noch zu untersuchen (1). Wenn Welzel (2) auch die "toten Glieder" zur Familie rechnet, so kann dies nur so aufgefaßt werden, daß die Vorfahren beider Ursprungsfamilien das die geschichtliche Konstanz begründende Moment sind. Ohne die Hinzurechnung der Toten und der Angehörigen der beiden Ausgangsfamilien wäre die Familie eine Personenmehrheit, deren Existenz mit dem Ausscheiden ihrer Mitglieder erlischt. Die Vorfahren und die Angehörigen der beiden Ursprungsfamilien sind jedoch nicht mehr als das die geschichtliche Konstanz darstellende Element. Sie gehören nicht zum Personenkreis der konkreten Familie (3). Lebte nur noch ein einziger Familienangehöriger, so müßte man bei Hinzurechnung der toten Glieder und der Mitglieder der Ursprungsgenerationen noch immer das Vorhandensein einer Gemeinschaft bejahen, obwohl eine Personenmehrheit nicht existiert.

Die Vorfahren und die entfernteren Angehörigen einer Familie tragen wesentlich dazu bei, den Wert und die soziale Stellung zu begründen. Durch sie wird ein gewisses Erbgut und ein bestimmtes sittlich-ethisches Niveau von Familie zu Familie fortgetragen. Da die Familie durch das Band der Verwandtschaft mit den Ursprungsfamilien verbunden ist, da sie durch sie in ihrer sozialen Entwicklung und in ihrem Erscheinungsbild vorbestimmt ist, da sie immer zu einem Teil die Fortsetzung jener Gemeinschaften darstellt, muß man sagen, daß jede Kleinfamilie eine geschichtliche Konstanz aufweist. Da sie aber aus zwei verschiedenen Gemeinschaften entstanden ist, muß man die Ehrfähigkeit grundsätzlich auf die Kleinfamilie beschränken.

1) C, 5

2) in ZStW 57/50

3) s. u. 51

5. Die Abgrenzung des zur Familie gehörigen Personenkreises

Man kann nicht von "Gemeinschaft" sprechen, wenn eine präzise Feststellung des zu ihr gehörenden Personenkreises unmöglich ist. Der 4. Senat des BGH begründete (1) auf Anfrage des 3. Senats die Ablehnung einer Familienehre u. a. damit, daß es unmöglich sei, bei der Familie den Kreis der Mitglieder genau zu bestimmen.

Eine Abgrenzung des Personenkreises ergibt sich aus dem im Vorangegangenen (2) aufgezeigten Eigentümlichkeiten der Familiengemeinschaft. Danach stellt die Großfamilie, deren Angehörige möglicherweise über den ganzen Erdkreis verstreut leben, keine beleidigungsfähige Gemeinschaft dar. Sie könnte allenthalben in der Form einer Kollektivbeleidigung beleidigt werden. Man muß bei der Feststellung des Personenkreises von der Hausgemeinschaft ausgehen. Wie ist es, wenn die nächsten Angehörigen einer Familie außerhalb der Hausgemeinschaft leben? Müssen sie noch zur Gemeinschaft hinzugerechnet werden?

In der Literatur finden sich hinsichtlich der Abgrenzung des Personenkreises verschiedene Ansichten. Im wesentlichen stehen sich zwei Meinungen gegenüber. Die eine will den Personenkreis generell festlegen für alle in Frage kommenden Fälle. Nach ihr gehören zur Familie die Eltern, Kinder und nächsten Angehörigen, die zusammen in einer Hausgemeinschaft leben (3). § 492 öst. StGB schützt die Familienehre und zählt zum Personenkreis der Familie die Ehegatten, Eltern, Kinder und Geschwister. Die entgegenstehende Ansicht lehnt eine einheitliche Formulierung des Personenkreises ab und stellt auf den "konkreten Familienzusammenhang" ab (4). Die Vertreter dieser Ansicht scheinen von der Großfamilie auszugehen. Freisler (5) weist darauf hin, daß in ländlichen Gegenden eine engere Verbundenheit zwischen den Angehörigen einer Familie bestehe als in städtischen. Der Personenkreis in ländlichen Gebieten müsse infolgedessen ein größerer sein. Es wurde bereits unter Ziff. 4 dargelegt, weshalb zur Familie nur die Angehörigen der Kleinfamilie gerech-

1) BGH NJW 54/1413

2) C. 1-4

3) So Engisch in ZAKdR 39/569, Welzel in ZStW 57/50, Gerland, GS 110/73

4) LK, S. 124 ff.; ähnlich Gross, S. 63; Freisler in Gürtner-Freisler, Das neue deutsche Strafrecht, S. 101

5) a. a. O.

net werden können. Die im konkreten Fall mögliche, besonders enge Verbundenheit mehrerer Zweifamilien kann dazu führen, daß einer Großfamilie eine eigene Ehre zuzusprechen ist. Eine solche Verbundenheit stellt jedoch den Ausnahmefall dar, der nicht zum Ausgangspunkt gemacht werden kann.

Bei der Feststellung des Personenkreises einer Familie kann schließlich die eigene Erfahrung nicht ganz unbeachtet bleiben, wonach man sich in einer echten Gemeinschaft nur mit den in der gleichen Hausgemeinschaft zusammen lebenden nächsten Familienangehörigen verbunden fühlt. Welches Unbehagen entsteht, wenn etwa der Sohn seine junge Frau in diese Hausgemeinschaft aufnimmt! Die ursprüngliche Gemeinschaft wird gesprengt, Es entstehen zwei neue Gemeinschaften.

Eine praktische Abgrenzungsmöglichkeit für den Personenkreis der Familie ist gegeben, wenn man auf die Hausgemeinschaft abstellt. Das entspricht auch den vorangegangenen Überlegungen, nach denen grundsätzlich nur die Kleinfamilie, die aus zwei verschiedenen Gemeinschaften entstanden ist, eine eigene spezifische Ehre haben kann, nach denen auch nur die Kleinfamilie fähig ist, einen eigenen, einheitlichen Willen zu bilden. Es müssen alle Personen ausscheiden, die nicht an der Willensbildung teilnehmen. Das sind die außerhalb der Hausgemeinschaft lebenden Angehörigen. Es ist Gerland (1) zuzustimmen, der für die Abgrenzung des Personenkreises der Familie ein "soziologisches Moment" (das der Hausgemeinschaft) und ein "biologisches Moment" (das der Verwandtschaft) voraussetzt.

Die Solidarität unter Familienangehörigen, die in derselben Hausgemeinschaft zusammen leben, ist am größten. Es besteht die Tendenz, einen einheitlichen und geschlossenen Körper zu bilden. Das führt zu dem Ergebnis, daß neben den Eltern und Kindern auch die nächsten Verwandten (Großeltern, Onkel, Tanten) zum Kreis der Familie gerechnet werden müssen, solange sie in der gleichen Hausgemeinschaft leben und am Familienleben aktiv teilnehmen.

Zusammenfassung:

Da jede Familie die Fortsetzung zweier verschiedener Gemeinschaften darstellt, da die Fähigkeit zur Willensbildung Voraussetzung für die Beleidigungsfähigkeit einer Gemeinschaft ist, ist der Personenkreis der Familie auf die in einer Hausgemeinschaft lebenden Ehegatten, Eltern, Kinder und auf die nächsten Angehörigen zu beschränken. Nur dieser Personenkreis weist die Voraussetzungen einer beleidigungsfähigen Gemeinschaft auf.

1) GS 110/73

Personen außerhalb der Hausgemeinschaft - nächste Familienangehörige

Wenn man bedenkt, daß etwa bei der GmbH eine feste Verbundenheit oder ein räumliches Zusammenleben nicht gefordert wird, so mag das strenge Erfordernis der Hausgemeinschaft verwundern. Man fragt sich, weshalb für die Familie dieser strenge Maßstab notwendig ist.

Während die Mitglieder der GmbH durch die gemeinsamen Interessen und durch die Ziele der Gesellschaft an diese gebunden sind, löst sich das aus der Hausgemeinschaft tretende volljährige Familienmitglied aus der engen Gemeinschaft und macht sich selbständig. Es verfolgt eigene Interessen und Ziele. Es mag eine noch so große innere (gefühlsmäßige) Verbindung mit der Ursprungsfamilie bestehen (etwa durch regelmäßiges Briefeschreiben oder durch gegenseitige Besuche) - zur Gemeinschaft kann ein solches Familienglied nicht mehr gezählt werden.

Für einen Fall muß jedoch eine Ausnahme von dem Erfordernis der Hausgemeinschaft gemacht werden: minderjährige Kinder gehören auch dann noch zur Gemeinschaft ihrer Familie, wenn sie zwar aus der Hausgemeinschaft ausgeschieden sind, aber auch weiterhin der Obhut und Sorge ihrer Eltern unterstehen. Sie sind bis zu ihrer Volljährigkeit nicht selbständig, Sie unterstehen der elterlichen Gewalt und sind deshalb noch weitgehend an ihre Familie gebunden.

6. Vergleich der Familie mit anderen Gemeinschaften

Vergleicht man die Familie mit anderen Gemeinschaften, so zeigt sich, daß sie am meisten von allen einen eigenen Ehrenschatz verdient. Wenn die Rechtsprechung als wesentliches Kriterium die Erfüllung einer sozial bedeutsamen Funktion voraussetzt, so verwundert es, daß sie der Familie den Ehrenschatz noch immer versagt. Ihr sozialer Wert übertrifft den aller anderen Gemeinschaften.

Soziologisch gesehen unterscheiden wir Gemeinschaften des "Blutes, des Ortes und des Geistes", anders formuliert: der "Verwandtschaft, der Nachbarschaft und der Freundschaft" (1). Die als beleidigungsfähig anerkannten Handelsgesellschaften gehören zu keiner dieser von der Soziologie unterschiedenen Gemeinschaftsgrundformen. Man könnte sie als Gemeinschaften der wirtschaftlichen Interessen bezeichnen. Die Familie ist die einzige Gemeinschaft, bei

1) Ferdinand Tönnies, a.a.O., S. 14 ff. (Gemeinschaft u. Gesellschaft, 8. Aufl.)

der alle oben genannten soziologischen Fundamente einer Gemeinschaft gegeben sind; das der Verwandtschaft, der Nachbarschaft und der Freundschaft, außerdem das der gemeinsamen - und wenn man so sagen darf, auch der wirtschaftlichen - Interessen (1). Die Soziologie bezeichnet die Familie als den Prototyp der Gemeinschaft. Wir finden in der Familie eine geistige Lebens-einheit, wie sie bei keiner anderen Gemeinschaft vorhanden ist.

Es ist nicht einzusehen, weshalb unter den vorhandenen Gemeinschaften die ursprünglichste, natürlichste und am festesten geschlossene, die Familie, keine eigene Ehre haben soll, während Gemeinschaften, die nur durch die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen verbunden sind, Ehrenschatz genießen. Wir können Gerland (2) nicht folgen, der die Familienehre als eine soziologische Tatsache anerkennt, ihren strafrechtlichen Schutz jedoch ablehnt, weil die "ideologische Lösung zu praktisch kaum, wenn überhaupt lösbaren Schwierigkeiten" führe. Eine Ehre der Familie kann nicht von vornherein abgelehnt werden, weil die Abgrenzung der Einzel- und Kollektivbeleidigung von der typischen Gemeinschaftsbeleidigung Schwierigkeiten bereitet. Diese Schwierigkeiten müssen auch bei der Familie zu lösen sein. Schlägt Gerland (3) als "praktische Lösung" die Kollektivbeleidigung vor, so ergeben sich aufs neue Bedenken.

Denn diese Lösung setzt ebenso wie die Gemeinschaftsbeleidigung die Feststellung voraus, daß die Kundgabe einer Mißachtung über den Rahmen der Einzelbeleidigung hinausgegangen ist. Diese Feststellung ist es aber, die im konkreten Fall Schwierigkeiten bereitet. Inwiefern die von Gerland vorgeschlagene Lösung die Schwierigkeiten aus dem Wege räumt, ist nicht ersichtlich.

Die Untersuchungen über eine Familienehre haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Familie mehr als alle anderen Gemeinschaften die Tatbestandsmerkmale der beleidigungsfähigen Personenmehrheit aufweist. Die Familienehre ist seit jeher eine soziologische Tatsache. Es ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Familie eine eigene Ehre im strafrechtlichen Sinn hat, die nach § 185 StGB verletzt werden kann.

Im nächsten Kapitel soll versucht werden, die in der Praxis auftauchenden Schwierigkeiten der Tatbestandsabgrenzung zu lösen. Es soll versucht werden,

1) ähnlich Tönnies, S. 197

2) GS 110/64

3) a.a.O.

den Tatbestand der echten Familienbeleidigung von dem der unmittelbaren und indirekten Einzelbeleidigung sinnvoll abzugrenzen. Zunächst soll aber noch die Frage beantwortet werden, ob es neben der Familienehre eine selbständige Eheehre und eine gesonderte Sippenehre geben kann.

7. Die Familienehre als Angriffsobjekt der Familienbeleidigung. Definition des Begriffs der Familienehre.

Auch die echte oder objektive Familienehre kann nicht durch Angriffe von außen angetastet werden. Es kann auch hier nur ein auf der Ehre beruhender Anspruch auf Achtung verletzt werden. Der ethische oder der sittliche Ehrbegriff scheidet bei der Gemeinschaft aus, weil sie als solche, wie wir gesehen haben, nicht sittlich handeln kann. Der subjektive Ehrbegriff ist zu berücksichtigen, soweit sich eine Beleidigung ausschließlich gegen das berechtigte Ehrgefühl aller Familienangehörigen richtet und ähnlich wie ein Schimpfwort nicht ungestraft bleiben darf. Die äußere Ehre der Familie (Ruf, Ansehen, Autorität) ist aus den oben (1) geschilderten Gründen schutzwürdig (2). Auch das Wesen der Familienehre besteht in dem wirklichen sozialen Wert, den sie als eine geistige Lebensseinheit durch das Zusammenwirken ihrer Mitglieder erworben hat.

Familienehre als Angriffsobjekt der Familienbeleidigung ist demnach der einer Familie als Trägerin bedeutender sozialer Aufgaben auf Grund ihrer Fähigkeit und Eignung zur Erfüllung dieser Aufgaben zukommende soziale Wert, sowie ihre darauf beruhende Geltung, ihr Ansehen und ihre Autorität. Diese Ehre gibt der Familie den Anspruch, daß sie in ihren Werten geachtet, daß sie von niemand unter ihrem Wert behandelt wird und daß keiner ihr Ansehen mißachtet.

D. GESONDERTE (selbständige) EHEEHRE

Bisher haben wir noch nicht zu der Frage Stellung genommen, ob neben der Familienehre eine selbständige Eheehre angenommen werden kann.

1) 1. Kap. B/2

- 2) Wie sehr gerade bei der Familie Ansehen und Geltung von dem sozialen Niveau abhängig ist, aus dem sie stammt, hat besonders anschaulich Hermann Sudermann in seinem Theaterstück "Die Ehre" geschildert, in dem einer "Vorderhaushere" eine "Hinterhaushere" gegenübergestellt wird. Wenn auch häufig Ansehen und Ruf einer Familie ihrem wirklichen Wert nicht entsprechen, so scheinen sie m.E. doch schutzwürdig zu sein.

Wir betrachten die Ehe als die engste aller Gemeinschaften. Der BGH hat in seiner Entscheidung vom 26.4.1951 (1) beiläufig die Ansicht vertreten, § 195 StGB schütze nicht die Familienehre, sondern allenthalben eine Eheehre. Dem stimmen wir nicht zu.

Die Ehe als solche ist bereits eine Gemeinschaft mit geschichtlicher Konstanz. Sie kann keine Sonderehre beanspruchen, denn sie "weist als ein soziales Gebilde über sich selbst hinaus zur Familie"(2). Die Ehe stellt auf Grund ihrer Naturbestimmung eine "unvollständige Familie (3) dar: "Durch eine Ehe konstituiert sich eine neue Familie, welche ein für sich selbständiges gegen die Häuser und Stämme ist, von denen sie ausgegangen ist". Hegel bezeichnet (4) die Ehe als den "unmittelbaren Begriff" der Familie. Es besteht kein Anlaß, eine selbständige Eheehre anzuerkennen. Die Ehe stellt den Anfang einer Familie dar. "Eheehre" ist eine Bezeichnung für Familienehre, solange sich der Kreis der Familie nicht über den der Ehegatten hinaus erweitert hat.

E. SIPPENEHRE (die Ehre der Großfamilie)

"Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Großfamilie, das jahrhundertlang von größter Bedeutung war, ist im modernen Europa so weit zurückgegangen, daß von einer Gemeinschaft der Großfamilie nicht mehr gesprochen werden kann"(5). Normalerweise stellt nur die Kleinfamilie eine "Ganzheit mit Persönlichkeitswert" (6) dar. Liegen ausnahmsweise aber die Merkmale der beleidigungsfähigen Gemeinschaft auch bei einer aus mehreren selbständigen Zweigfamilien bestehenden Großfamilie vor, so ist die Anerkennung einer Sippenehre gerechtfertigt.

Sippenehre stellt nicht eine Erweiterung der Familienehre der Zweigfamilien dar, sondern sie ist eine ganz neue Ehre. Sie unterscheidet sich von den Ehren der Familienzweige, wie diese sich von den Ehren ihrer Angehörigen unterscheiden. Sie ist ebenfalls eine Gemeinschaftsehre, und zwar die eines aus mehreren Zweigfamilien bestehenden Kollektive.

1) MDR 51/500 ff.

2) René König, Materialien zur Soziologie der Familie, I, S. 114

3) Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Berlin 1821, herausgeg. von Johannes Hoffmeister, Akademie Verlag Berlin, 4. Aufl., § 172

4) § 160 a.a.O.

5) Coing, Grundzüge der Rechtsphilosophie, 1950, S. 59

6) Gerland in GS 110/20 und 31

Das Problem einer Sippenehre ist, soweit ersichtlich, bisher nur von Gerland erwähnt worden. Gerland (1) meint, daß es unmöglich sei, die "gesamte Sippe, d.h. die von einem Erzeuger herrührende, noch lebende Deszendenz, in allen ihren weitläufigen Verzweigungen, unter denen vielleicht keinerlei innerer Zusammenhang mehr besteht" als Träger einer Familienehre zu bezeichnen. Er führt dann weiter aus (2), daß die verschiedenen Zweigfamilien durch eine Beschimpfung ihrer Sippe in ihren Einzel-(Familien-)Ehren verletzt werden könnten. Es läge eine Handlung mit mehreren Erfolgen vor, die den Tatbestand der Kollektivbeleidigung erfülle. Dem ist zuzustimmen, soweit die Großfamilie keine eigene Ehre hat. Liegen jedoch die Voraussetzungen der Gemeinschaftsbeleidigung vor, so muß die Tat als solche bestraft werden.

Zwar wird heute eine Sippe nur in den seltensten Fällen echte Gemeinschaft sein. Es gibt aber noch vereinzelt, besonders unter den Adelsfamilien, Großfamilien, deren Zweige unter sich so fest verbunden sind, daß man ihnen eine eigene Ehre nicht nur als eine Tatsache soziologischer Natur, sondern auch nach den juristischen Begriffsvoraussetzungen zusprechen muß.

Die Erfordernisse der Fähigkeit zur eigenen Willensbildung und der inneren Geschlossenheit setzen voraus, daß der Familienverband Aufgaben und Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse hat. Häufig wird der gemeinsame Wille durch einen gewählten Familienvorstand ausgeübt. Es gibt heute noch Großfamilien, die regelmäßige Familienkonferenzen, sogenannte Familientage, abhalten, auf denen die Mitglieder der gesamten Sippe in einer geordneten Form über gemeinsame Angelegenheiten entscheiden, bei denen eine für alle Familienzweige verbindliche gemeinsame Linie abgesteckt wird. Ein eigentümlicher Familiengeist und eine feste Familientradition prägen das Bild solcher Familienverbände. Man muß solchen Großfamilien eine eigene Sippenehre zusprechen.

Häufig sind diese Merkmale (der Zusammenhalt einer Sippe und ihre unverbrüchliche Verbundenheit) die Folge einer alten Familientradition, deren

1) Gerland in GS 110/54 u. 63

2) F.N.175, S. 63 a.a.O.

Aufrechterhaltung sich die Familienzweige zum Ziel gesetzt haben. Der Zusammenhalt kann aber auch von einem äußeren Merkmal ausgehen, wie etwa einem gemeinsamen Besitztum, das der Familienverband zu verwalten hat, von einem gemeinsamen Erbe oder von einem gemeinsamen, wirtschaftlichen oder kulturellen Unternehmen. Ein solches, rein äußerliches Verbindungsmittel allein reicht jedoch nicht aus. Es muß hinzukommen, daß ein Teil des Wirkens jeder Zweigfamilie in seinem Inhalt und Zweck übereinstimmt und als einheitliches Wirken einer Großfamilie erscheint. Dies wird immer dann der Fall sein, wenn sich die Zweige eines Familienverbandes bemühen, eine Tradition aufrecht zu erhalten.

In der Praxis ist die Feststellung dieser Merkmale möglich, wenn man von dem Erfordernis eines sichtbaren oder allgemein bekannten Verbindungsmittels ausgeht und sodann die Voraussetzungen der Gemeinschaftsehre hinsichtlich der Sippe prüft. Auch hier wird man ohne Gefahr von der soziologischen Tatsache der Ehre einer Großfamilie, von ihrer tatsächlichen Anerkennung im Leben, ausgehen können. Sippen mit eigener Ehre werden von der Gesellschaft in besonderem Maße geachtet und geehrt. "Das Ansehen der einzelnen Zweige eines solchen Familienverbandes kann im sozialen Leben ein verschiedenes sein" (1). Dies hindert aber nicht, der Sippe einen Anspruch auf Achtung und Anerkennung zuzusprechen, wie ja auch das Ansehen des einzelnen Familienangehörigen verschieden sein kann und trotzdem der Familie eine Ehre zugestanden werden muß.

F. DIE RECHTSPRECHUNG ZUR FAMILIENEHRE. KRITISCHE STELLUNGNAHME!

Die Rechtsprechung zur Familienehre soll ausführlich wiedergegeben werden, da sich aus vielen Entscheidungen die Problematik des Tatbestands der Familienbeleidigung ergibt.

Ansätze einer Anerkennung der Familienehre durch das Reichsgericht finden sich in den Entscheidungen RG 70/97 und 73/113. Bis zu diesen Entscheidungen hatte das Reichsgericht das Bestehen einer eigenständigen Familienehre verneint (2).

1) Gerland in GS 110/54

2) RG 68/123, JW 34/2072, RG GA 48/441, GA 57/209, LZ 28/982, JW 12/934, DJ 37/585 u. a.

In RGSt 70/97 führte das Reichsgericht aus: "Der Schimpf, den ein Mitglied der Familie erleidet, trifft die Gemeinschaft. Ihn abzuwehren, sind die männlichen Familienmitglieder, insbesondere der Ehemann, berufen". Der Entscheidung lag folgender Fall zugrunde: Eine verheiratete Frau war von einem Freund zu einer nächtlichen Bierreise mitgenommen worden. Der Ehemann hatte hiervon keine Kenntnis. Im Verlauf des Abends zechte die Frau stark, so daß sie sich auf dem Heimweg sehr unwürdig benahm. Obwohl die Frau in alles eingewilligt hatte, nahm das Reichsgericht eine Familienbeleidigung an. Es ging bei seiner Entscheidung zu sehr von kollektivistischem Denken aus. Indem es sagte, "jeder Schimpf, den ein Mitglied der Gemeinschaft erleidet, trifft die Gemeinschaft", setzte es den einzelnen mit der Gemeinschaft gleich. In Wirklichkeit kann der einzelne beleidigt werden, ohne daß dadurch zugleich die Familie getroffen wird. Das zeigt deutlich das Beispiel einer Einzelbeleidigung: "Du bist ein gemeiner Lump. Erstaunlich, wie Du in eine so gute Familie geraten bist!" (1) Würde man dem Reichsgericht folgen, so müßte man eine Verletzung der Familienehre bejahen. Das widerspricht nicht nur dem Vorsatz des Täters, sondern auch der Lebensauffassung. Man müßte der Bemerkung einen anderen Sinn geben, als ursprünglich beabsichtigt. Man müßte sie auslegen, um in ihr eine Verletzung der Familie erblicken zu können. Man müßte etwa in ihr den Vorwurf erblicken, daß die "gute Familie" einen gemeinen Lumpen in ihren Reihen duldet. Dadurch würde man den Inhalt der Erklärung verändern.

In einem anderen Sinn hat die Familienehre den Gegenstand zahlreicher Entscheidungen gebildet. Es handelt sich nicht um eine Gemeinschaftsbeleidigung, sondern um den Tatbestandskomplex, bei dem der Ehrangriff gegen einen Angehörigen zugleich ein anderes Familienmitglied in seiner Stellung innerhalb der Familie trifft. So kann beleidigt werden der Mann in seiner Stellung als Ehemann, als Vater und Familienhaupt, die Frau in ihrer Stellung als Mutter. Diese Fälle sind vergleichbar mit der mittelbaren Injurie des römischen Rechts. Man kann sie als indirekte oder mittelbare Einzelbeleidigung bezeichnen. Der Beleidiger muß das Verwandtschaftsverhältnis kennen und wissen, daß die Ehrverletzung zugleich auch eine andere, dem Angegriffenen nahestehende Person in ihrer Stellung innerhalb der Familie trifft.

Im einzelnen unterscheidet die Rechtsprechung folgende Fälle einer indirekten oder mittelbaren Einzelbeleidigung: (2)

- 1) Mezger in DR 41/150
- 2) Die von der Rechtsprechung entschiedenen Fälle sollen deshalb ausführlich dargestellt werden, weil sie auch unter dem Gesichtspunkt einer echten Gemeinschaftsbeleidigung betrachtet werden können.

- aa) Der Ehemann wird unmittelbar in seiner Ehre verletzt durch jede Beleidigung, die seiner Frau angetan wird, so durch den ehewidrigen Verkehr mit seiner Frau (1), so wenn jemand wahrheitswidrig behauptet, er habe mit der Ehefrau eines anderen Geschlechtsverkehr getrieben (2). Eine Beleidigung des Ehemannes wird selbst dann angenommen, wenn die Frau in die Beleidigung eingewilligt hat (3). Es wird die Ehre eines einzelnen verletzt. Die familiären Beziehungen zwischen dem direkt Beleidigten und dem indirekt Mitverletzten sind jenes verbindende Moment, das die Beleidigung der zweiten Person ermöglicht.
- bb) Der Vater, die Mutter oder beide Eltern werden beleidigt, wenn sich aus dem Inhalt der Erklärung oder der Begehungsart der mit dem Kind vorgenommenen Handlung ergibt, daß die Beleidigung des Kindes zugleich gegen die Ehre der Eltern gerichtet ist. Wird z.B. die Tochter als "Hurenkind" bezeichnet, so sind neben dem Kind auch Vater und Mutter beleidigt (4). Hier geht die Beleidigung aus dem Inhalt der Erklärung hervor. Bei Realinjurien gegenüber Kindern steht die Rechtsprechung auf dem Standpunkt, daß die Beleidigung des Kindes nicht ohne weiteres eine Beleidigung seiner Eltern darstellt. Das Gemeinschaftsverhältnis zwischen den Eltern und Kindern, so sagt das Reichsgericht, ist kein so enges und intimes wie das zwischen den Ehegatten (5). Es müssen deshalb bei der Beleidigung von Kindern "besondere Umstände" vorliegen, aus denen sich ein Angriff auf die Eltern ergibt (so auch der BGH, zuletzt (6)).

Als derartige "besondere Umstände" hat die Rechtsprechung anerkannt:

- a) Das angegriffene Kind muß minderjährig sein. Die Stellung des Kindes zu den Eltern ändert sich mit seiner Volljährigkeit. Das Kind erlangt eine gewisse Freiheit zur Selbstbestimmung.
- b) Das Bestehen einer Hausgemeinschaft oder zumindest einer besonderen Obhut der Eltern (7).
- c) Schutz und Sorge der Eltern für das Kind (8). Untersteht das Kind nicht mehr dem Schutz und der Sorge der Eltern, so sind diese

1) RG 70/173

2) RG 70/98

3) RG 70/94

4) RG 8/149

5) RG 70/246 ff.

6) NJW 54/847 u. NJW 55/471

7) MDR 51/244, JW 36/2229, JW 39/543 Nr. 9

8) MDR 51/244, NJW 51/531, Nds. Rpfl. 47/64, JW 36/2229.

auch nicht beleidigt, wenn das Kind durch eine unzüchtige Handlung verletzt wird.

- d) Fehlen gegenseitiger Zuneigung zwischen dem Täter und dem mißhandelten Kind. Wird ein Kind dadurch beleidigt, daß es geschlechtlich mißbraucht wird, so liegt eine Beleidigung der Eltern nur dann vor, wenn der Täter ausschließlich zur Befriedigung seiner Geschlechtslust gehandelt hat. Bei Vorliegen eines ernstlichen Liebesverhältnisses kann weder eine Beleidigung des Kindes noch eine solche der Eltern angenommen werden (1).
- e) Unzucht mit der Tochter in Gegenwart des Vaters oder in dessen Wohnung (2).
- f) Genitalienbehandlung eines 10-jährigen Mädchens ohne das Wissen und die Einwilligung der Eltern (3).
- g) Ein Vorbestrafter küßt ein Kind (4). Die Tatsache der Vorstrafe wird als "besonderer Umstand" angesehen, aus dem sich die Beleidigung der Eltern ergibt.
- h) Ausnützen der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Kindes (5) oder der wirtschaftlichen Notlage der Eltern, die gezwungen waren, das Kind frühzeitig aus der Hausgemeinschaft in fremde Hände zu geben (6). Der besondere Umstand wird darin erblickt, daß die um das Kind besorgten Eltern auf Grund einer Notlage das Erziehungswerk einem anderen, nicht zur Familie gehörenden Menschen, übertragen müssen, so daß sie nicht mehr selbst für das Kind sorgen können.
- i) Ein "besonderer Umstand" wird auch darin erblickt, daß sich die Mutter bereits einmal eine bestimmte beleidigende Handlung gegenüber ihrem Kind verboten hatte. Die Wiederholung der Handlung ist eine Beleidigung der Mutter (7).

1)	JW 39/543, Nr. 9, MDR 51/244. Zu a-d siehe auch: JW 38/790, HRR 38, Nr. 865, HRR 39, Nr. 394, HE St. 1/307, RG 70/245 ff., BGH NJW 54/847
2)	JW 37/1331
3)	NJW 55/471
4)	JW 35/526 Nr. 27
5)	JW 36/2229 ff.
6)	NJW 51/531
7)	BGH MDR 51/404

Auch die Entscheidungen des Reichsgerichts in Bd. 70/94 ff. und 73/113 sprechen im Grunde nicht von einer echten Gemeinschaftsbeleidigung. Das Reichsgericht bezeichnet zwar als verletzt die Gemeinschaft, nennt aber dann nur den Ehemann und die männlichen Mitglieder der Familie. Damit kehrt es zu dem Tatbestand der indirekten Einzelbeleidigung zurück. Das Problem der echten Gemeinschaftsbeleidigung darf aber nicht auf das "Gleis der mittelbaren (= indirekten) Injurie abgeschoben" werden (1). Durch eine Rückkehr zum römischen Recht würde das eigentliche Problem einer Gemeinschaftsbeleidigung erneut umgangen.

Zur Familienehre als einer eigenständigen Gemeinschaftsehre hat erstmals das OLG Freiburg (2) Stellung genommen, indem es ausführte, der in der Zeit und unter dem Einfluß des Nationalsozialismus entwickelten Rechtsprechung über die Familienehre könne nicht mehr gefolgt werden. Es sei die Meinung unzutreffend, daß durch jede Beleidigung der Frau auch der Ehemann als Haupt der Familie verletzt werde. Eine nähere Begründung für seine ablehnende Haltung gibt das OLG Freiburg bedauerlicherweise nicht. Zum Begriff der Familienehre nimmt es nicht Stellung. Der Entscheidung ist zuzustimmen, soweit in ihr die Rechtsprechung aus der Zeit des Nationalsozialismus, also die in RG 73/113 entwickelten Grundsätze abgelehnt werden.

Ähnlich wie das OLG Freiburg hat das OLG Neustadt (3) entschieden und eine Familienehre ohne nähere Begründung abgelehnt.

Der BGH nahm zum Problem der Familienehre in einer Entscheidung vom 26.4.51 Stellung. Er weist darauf hin, daß es eine Tatsache soziologischer Natur sei, daß die Familie geehrt werde (4). Dann erklärt er aber, es sei nicht die Existenz einer Familienehre darzutun, sondern entscheidende Frage sei, ob das Strafgesetzbuch eine solche Ehre anerkenne und schütze. Das verneint der BGH. Er kehrt in seiner Begründung vorübergehend zu den Auffassungen Bindings zurück. Dabei geht er von Artikel 1 GG aus, indem das Grundgesetz an die Spitze aller Bestimmungen die Proklamation der Menschenwürde gesetzt habe, habe es sich in "besonder eindrucksvoller Weise zu dem Wert der Einzelpersonlichkeit bekannt." Eigenwert und Eigenständigkeit des Menschen müßten als unverbrüchliche Grundlage der gesamten Rechtsordnung anerkannt werden. Diese Entwicklung der Verfassung sei eine Zustimmung zu der Auffassung Bindings, der Ehre nur dem Menschen zuerkannt habe, weil ihm allein Menschenwürde zukomme.

1) Welzel, ZStW 57/49

2) DRZ 47/416

3) HEST 1/270

4) NJW 51/531, MDR 51/501 ff., JZ 51/520 ff.

Beachtlich an dieser Entscheidung des BGH ist, daß hier eine soziologische Feststellung zum Ausgangspunkt der juristischen Entscheidung gemacht wird. Beachtlich ist, daß der BGH ohne eine bestimmte vorgefaßte Meinung an das Problem herantritt, indem er die Frage der Familienehre rein soziologisch-empirisch aufrollt. Es verwundert deshalb, wenn er der auf diese Weise anerkannten Ehre den strafrechtlichen Schutz versagt.

Die Begründung der Ablehnung überzeugt nicht.

- a) Der Hinweis, daß § 195 StGB allenthalben eine Eheehre schütze, ist nicht haltbar, da die Ehe den Beginn einer Familie darstellt, da mithin auch die Eheehre Familienehre (die Ehre einer neuentstandenen Familie) ist.
- b) Der Rückschritt zu Binding war mit den über die Beleidigungsfähigkeit von Personengesamtheiten entwickelten Grundsätzen unvereinbar (1). Die Entscheidung des BGH konnte nur eine vorübergehende Reaktion auf die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Zeit sein (2).

Nach dem anfänglichen "Zurückfallen des Pendels vom Kollektivismus zum Individualismus" (3) findet auch der BGH den richtigen Maßstab für die Stellung des einzelnen innerhalb der Gemeinschaft und für die Bedeutung der Gemeinschaften innerhalb des Volksganzen (4). Wenn schon der BGH die Anerkennung der Würde und des Werts der Einzelpersonlichkeit in den Vordergrund gestellt sehen will, so steht dem die Anerkennung einer Familienehre nicht entgegen. Diese berührt die durch das Grundgesetz garantierte Menschenwürde nicht (5). Der Schutz der Einzelperson wird auf diese Weise eher verstärkt.

Die reichsgerichtliche Formulierung, daß die "Rechtsüberzeugung des Volkes" und das "gesunde Volksempfinden" in der Beleidigung eines Mitglieds der Fa-

-
- 1) so auch Welzel in MDR 51/502
 - 2) "Der Gedanke der Gemeinschaftsehre ist keine nationalsozialistische Erfindung gewesen" (Welzel a.a.O.)
 - 3) Welzel, a.a.O.
 - 4) BGH in NJW 54/ 1412 ff.
 - 5) Mezger JZ 51/520 f.

milie zugleich eine Beleidigung der Familie selbst erblickt., sind zwar dazu geeignet, einen Widerspruch hervorzurufen. Der BGH hatte aber nicht zu entscheiden, ob die Begründung des Reichsgerichts aufrecht zu erhalten sei, sondern ob die Entscheidung selbst, wenn auch mit einer anderen Begründung, zutreffend sei.

Daß der BGH zu einer sehr weitgehenden Formulierung der beleidigungsfähigen Gemeinschaft zurückgefunden hat, ist bereits (1) dargelegt worden. Die Grundthese des neuen Urteils ist mit der Entscheidung des BGH vom 26.4.51 unvereinbar. Der 4. Senat des BGH erklärte auf die Anfrage des 3. Senats (2), daß er an einer Ablehnung der Familienehre festhalte, weil die Familie nicht fähig sei, einen Willen zu bilden und weil eine Abgrenzung des zur Familie gehörenden Personenkreises nicht möglich sei. Wir konnten beiden Argumenten nicht folgen.

Außer dem 4. Senat des BGH (dem OLG Freiburg a.a.O. und dem OLG Neustadt a.a.O.) hat soweit ersichtlich, bisher lediglich das bayerische ObLG zur Frage der Familienehre Stellung genommen (3). Hier ist das Problem allerdings bloß am Rande gestreift worden. Das BayObLG führt aus, es stellten nur solche Beleidigungen eine Verletzung der Familienehre dar, die sich gegen diese Ehre als eine "eigenständige Gemeinschaftsehre" richteten. Angriffe gegen einzelne Familienangehörige gäben zunächst keinen Anlaß, die Frage der Familienehre aufzurollen. Als typische Familienbeleidigung führt das BayObLG diejenigen Beispiele an, die bereits Welzel (4) genannt hat (5). Zutreffend führt das BayObLG aus, daß es auf das Empfinden der Familie nicht entscheidend ankomme. Wann eine Äußerung oder eine Handlung ehrverletzend sei, könne nicht nach dem Empfinden der im konkreten Fall betroffenen Familie beurteilt werden, da das Ehrgefühl in jeder Familie unterschiedlich ausgeprägt sei. Es komme auf das objektive Vorliegen einer Mißachtung des Familienwerts an.

Die Entscheidung des BayObLG ist von großer Bedeutung, da sie, wenn auch nur ganz am Rande, die erste Anerkennung einer echten Familienehre durch ein höheres Gericht darstellt.

1) oben Seite 67 f. 2) NJW 54/1412 ff. 3) MDR 58/264

4) MDR 51/502

5) Welzel in MDR 51/502: Beispiele einer Familienbeleidigung: Es behauptet jemand in einer Auskunft über eine Familie wahrheitswidrig, sie sei durch Triebentartung od. durch geistige Defekte schwer belastet od. es behauptet jemand, eine Familie sei eine Zigeunersippe. Eine Umdeutung der gegen die Familie gerichteten Äußerung in eine Beleidigung der einzelnen Mitglieder ist hier unmöglich.

4. K A P I T E L

DER TATBESTAND DER FAMILIENBELEIDIGUNG

A. DER TATBESTAND IM ALLGEMEINEN FAMILIENBELEIDIGUNG DURCH AUSSENSTEHENDE

Familienbeleidigung ist jeder unmittelbare, rechtswidrige Angriff auf die Ehre einer Familie durch vorsätzliche Kundgabe der Miß- oder Nichtachtung.

Soll dieser Begriffsbestimmung ein konkreter Sachverhalt unterstellt werden, so taucht die Frage auf, wann sich eine Beleidigung gegen die Ehre der Familie richtet. Die Antwort bereitet Schwierigkeiten, weil die Verletzung eines einzelnen Angehörigen von der der Gemeinschaft schwer zu unterscheiden ist. Das BayObLG (1) meinte, Angriffe gegen einzelne Familienangehörige würden zunächst keinen Anlaß geben, die Frage der Familienehre zu erörtern, da nur solche Beleidigungen eine Verletzung der Familienehre darstellten, die nicht in eine Einzelbeleidigung umgedeutet werden könnten. Das gilt in dieser Formulierung nur für die Verbalinjurie, nicht aber für den Fall, in dem sich eine Beleidigung der Familie aus der gegenüber einem Angehörigen begangenen Tätlichkeit ergibt. In vielen Fällen trifft die Beleidigung eines einzelnen die übrigen Angehörigen in ihrem Ehrgefühl. Dieses kann aber nur unter ganz besonderen Umständen schutzfähig sein. Grundsätzlich muß eine Beleidigung an objektiven Maßstäben gemessen werden. Der Täter muß etwas über die Familie in ihrer Gesamtheit aussagen, und zwar muß sich die Aussage primär und unmittelbar gegen das Ganze richten. Liepmann (2) unterscheidet bei Ehrangriffen gegen die Gemeinschaft solche Behauptungen, die dem verfolgten Zweck der Gemeinschaft seinen Wert absprechen und solche, bei denen jemand die Fähigkeit zur Verwirklichung des Zwecks bestreitet (3). Niethammer (4) meint, die Gedankenäußerung müsse zu erkennen geben, daß derjenige, der sie äußert, die Familie in ihrer Gesamtheit mißachtet. Als Beispiel führt Niethammer die beleidigende Hervorhebung besonderer, typischer Eigenschaften einer Familie an, die nicht in eine Einzelbeleidigung umgedeutet werden kann. Hammeley (5) spricht von dem "Vorwurf unrichtigen Funktionierens".

1) a.a.O.

2) Vgl. DdaStR, Bes. Teil IV, S. 353

4) LB. S. 194

5) S. 39

3) Ebenso Graf v. d. Goltz, Dt. StR

36/209; es bezweifelt jemand den
Wert z. Erfüllung sozialer Aufgaben

In jedem Fall muß die beleidigende Handlung eine Gedankenerklärung enthalten, deren Inhalt auf eine unmittelbare Mißachtung der Personenmehrheit in ihrer Gesamtheit hinweist. Es muß unterschieden werden zwischen der bloßen Mißachtung des Ehrgefühls und zwischen der Mißachtung wirklicher Werte. Auch über die Beleidigung eines Freundes kann man sich auf Grund der nahen persönlichen Beziehungen mitgekränkt fühlen. Beleidigt ist man jedoch nicht. Bei diesem Beispiel leuchtet es ein, daß die Beleidigung von der bloßen "Kränkung" zu unterscheiden ist. Das brachte schon das Reichsgericht (1) zum Ausdruck, indem es feststellte, daß eine Handlung einen anderen kränken könne, ohne ihn zu beleidigen. Der Tatbestand der Familienbeleidigung muß deshalb nach objektiven Merkmalen beurteilt werden. Ausgangspunkt muß die vom Täter kundgegebene Gedankenerklärung sein.

a) Der objektive Tatbestand

Die Beleidigung kann in der Form der Verbalinjurie erfolgen, wozu sowohl mündliche wie auch schriftliche Äußerungen zählen. Sie kann aber auch durch eine symbolische Handlung vorgenommen werden. Grundsätzlich kann eine Beleidigung in Form einer Tätlichkeit begangen werden (2). Es ist die Frage, ob auch eine Gemeinschaft durch eine Tätlichkeit beleidigt werden kann. Eine direkte Beleidigung in dieser Form ist sicherlich nicht möglich. Denn die Gemeinschaft besitzt keinen Körper. Zur tätlichen Beleidigung gehört immer eine Einwirkung auf den Körper eines anderen (3). Es wird eine natürliche Person vorausgesetzt. Deshalb ist festzuhalten, daß eine Gemeinschaft nicht in der Form einer Tätlichkeit beleidigt werden kann. Es bleibt zu untersuchen, ob die gegen einen einzelnen gerichtete Tätlichkeit die Familienehre verletzen kann. In diesem Falle müßte man von einer "konkludenten" Kundgabe der Mißachtung sprechen, die neben die Formen der mündlichen, schriftlichen und symbolischen Kundgabe tritt.

aa) Die mündliche oder schriftliche Kundgabe der Mißachtung

Eine Verbalinjurie ist nur dann gegen die Familienehre gerichtet, wenn ihr Inhalt eine unmittelbare Verletzung der Gemeinschaft darstellt. Es fehlt an der

1) RG in GA 48/441

2) § 185 StGB

3) Olshausen, 11. Aufl., S. 850; RG 67/173, GA 47/157, BayObLG 4/224, Mezger StB. II, S. 91, LK, S. 129 Anm. II, Frank, Anm. IV, Liszt-Schmidt, S. 513, Schönke, Anm. VII, Welzel LB, § 37/II, 1.

Unmittelbarkeit, wenn der Inhalt der Erklärung erst umgedeutet werden muß, damit man in ihr eine Verletzung der Gemeinschaft erblicken kann. Die Verbalinjurie muß so beschaffen sein, daß eine Umdeutung in eine Einzelbeleidigung dem "Inhalt des Vorwurfs" nicht gerecht wird (1). Die von Welzel angeführten Beispiele (2) zeigen, in welchen Fällen eine Umdeutung der Erklärung in mehrere Einzelbeleidigungen ausgeschlossen ist. Äußert jemand, er wolle seine Tochter nicht in eine bestimmte Familie geben, da sie bei ihr nicht gut aufgehoben sei, da bei dieser Familie kein guter Geist herrsche (3), so wird über den Wert einer Familie etwas ausgesagt. Eine solche Äußerung stellt eine Familienbeleidigung dar. Das ist z.B. dann nicht der Fall, wenn ein Familienangehöriger als "Hurensohn" bezeichnet wird (4). Hier ist über die Mutter des in solcher Weise Bezeichneten ein negatives Werturteil abgegeben worden, außerdem über deren Ehemann und über den Bezeichneten selbst. Die Familie ist nicht erwähnt worden, ein Werturteil über die Gemeinschaft hat der Erklärende nicht abgegeben. Will man ein Werturteil darin erblicken, daß durch die Bezeichnung "Hurensohn" zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Familie minderwertig sei, da eine Hure Mutter der Gemeinschaft sei, so verändert man den ursprünglichen Inhalt der Erklärung. Dem Wortlaut einer Erklärung darf aber nicht ein Sinn gegeben werden, der einerseits vom Täter nicht beabsichtigt war und der andererseits nicht ohne weiteres für jeden erkennbar ist. Man könnte anderenfalls in der geschilderten Weise nahezu jede Einzelbeleidigung in eine Familienbeleidigung umdeuten.

Olshausen (5) meint, es komme bei der Einzelbeleidigung auf "Wesen und Inhalt der Kundgebung" an, wenn man feststellen wolle, ob die Einzelbeleidigung zugleich eine Verletzung der Familienehre sei. Das widerspricht dem oben Gesagten. Entweder man hat es mit einer Einzelbeleidigung zu tun oder mit einer Beleidigung der Gemeinschaft. Eine Einzelbeleidigung durch wörtliche oder schriftliche Kundgebung kann gerade nicht durch eine kunstvolle Interpretation nach "Wesen und Inhalt" zu einer Beleidigung der Gemeinschaft erweitert werden. Eine praktische Abgrenzungsmöglichkeit zwischen Einzel- und Familienbeleidigung ist unerläßlich. Da bei einer entsprechenden Auslegung der einen Angehörigen treffenden Einzelbeleidigung nahezu stets eine

1) Welzel, MDR 51/501 f.

2) s.F.N. 5 oben, S. 61

3) Schlosky, Dt. StR 41/90

4) RG 70/248, LZ 28/892

5) 11. Aufl., S. 827

Umdeutung in eine Familienbeleidigung möglich sein dürfte (der einzelne ist Glied dieses Kollektivs), muß die beleidigende Kundgabe so genommen werden, wie sie geäußert wurde. Nur so kann das Problem der Abgrenzung gelöst werden. Da Olshausen (1) nicht unterscheidet zwischen der wörtlichen, schriftlichen oder symbolischen Beleidigung einerseits und der durch eine Tätlichkeit gegenüber einem Angehörigen erfolgenden "konkludenten" Beleidigung andererseits, mußte er eine allgemeine Formulierung finden. Trifft man aber diese Unterscheidung, so kann bei der ersten Form der Beleidigung eine Einzelbeleidigung nicht zugleich Gemeinschaftsbeleidigung sein. Eine nachträgliche Interpretation ist unzulässig.

Über das Vorliegen einer Familienbeleidigung kann man nur anhand des konkreten Sachverhalts entscheiden. In jedem Fall muß jedoch die beleidigende Äußerung ohne Umdeutung ihres Inhalts gegen die Familie als Ganzes gerichtet sein. Die Umdeutung einer Gemeinschaftsbeleidigung in eine Einzelbeleidigung einerseits, einer Einzelbeleidigung in eine Gemeinschaftsbeleidigung andererseits, ist ausgeschlossen.

bb) Die "konkludente" Kundgabe der Mißachtung
(Tätlichkeiten gegenüber Familienangehörigen)

Kann die Familie durch die gegenüber einem Angehörigen begangene Tätlichkeit beleidigt werden?

Die gegenüber einem einzelnen begangene Tätlichkeit stellt nur dann eine Beleidigung dar, wenn neben der Tätlichkeit besondere Umstände gegeben sind, aus denen sich eine Mißachtung im Sinne des § 185 StGB ergibt. Es gibt keine Tätlichkeit von schlechthin beleidigendem Charakter. Eine Tätlichkeit stellt im allgemeinen dann eine Beleidigung dar, wenn die betroffene Person eine solche Behandlung nicht verdient hat, d.h. wenn durch die Handlung der Persönlichkeitswert einer Person angegriffen und der Eindruck erweckt wird, als ob sich die betroffene Person die Behandlung gefallen lassen müßte (2).

Soll die durch eine Tätlichkeit gegenüber einem Familienangehörigen erfolgende Beleidigung zugleich eine Beleidigung der gesamten Familie sein, so müssen wiederum ganz besondere Umstände vorausgesetzt werden, aus denen sich eine "konkludente" Kundgabe der Miß- oder Nichtachtung der gesamten Familie ergibt. Die besonderen Umstände können sich aus dem "Wesen und

1) a.a.O.

2) LK, Anm. II zu § 185, S. 129

Inhalt" (1) der Tat ergeben, sie können aber auch in der Person des Angegriffenen oder des Täters liegen. Eine Aufzählung der besonderen Umstände ist unmöglich. Es wird hier immer auf den Einzelfall ankommen. Richtet sich eine Tätlichkeit in gröbster Weise gegen das Ehrgefühl aller Familienmitglieder, so bestehen keine Bedenken, eine solche Handlung als Familienbeleidigung zu ahnden. Wird eine Familie durch ein grobes Schimpfwort beleidigt, so ist sie in ihrem berechtigten Ehrgefühl getroffen und es muß ihr Schutz gewährt werden. Wird das Ehrgefühl in gröblicher Weise durch eine gegen einen Angehörigen vorgenommene Tätlichkeit verletzt, so muß eine solche Handlung ebenso geahndet werden, wie eine Verbalinjurie. Um jedoch die Beleidigung von der bloßen Kränkung zu unterscheiden, müssen ganz besondere Umstände vorausgesetzt werden, aus denen sich eine Verletzung der Familienehre ergibt.

Die (2) angeführten Fälle einer indirekten Beleidigung, in denen die Rechtsprechung eine Beleidigung der Eltern bei Angriffen auf die Kinder bei Vorliegen "besonderer Umstände" angenommen hat, sind geeignet, unter dem Gesichtspunkt der Familienbeleidigung erörtert zu werden. Legt eine Familie auf die sittliche Reinheit ihrer Kinder großen Wert, überwacht sie die Lebensführung ihrer Kinder, ist sie bestrebt, einen unsittlichen Lebenswandel zu verhindern, so sind dies besondere Umstände, die die Bejahung einer Familienbeleidigung rechtfertigen können.

Die Verführung der minderjährigen Tochter wird in den meisten Fällen das Ehrgefühl der Eltern und Geschwister treffen. Angriffe in geschlechtlicher Hinsicht auf die Kinder oder die Ehefrau richten sich immer zugleich gegen das Ehrgefühl der nächsten Angehörigen. Wann dieses Ehrgefühl als "subjektive" Familienehre schutzwürdig ist und eine Bestrafung der Tätlichkeit wegen Verletzung der Familienehre zu erfolgen hat, muß für den Einzelfall dem Feingefühl des Richters überlassen werden. In der Praxis dürfte die Gefahr, daß jede Verführung gleichzeitig als Familienbeleidigung bestraft wird, ohnehin nicht auftauchen, da nur solche Familien den Strafantrag wegen Beleidigung (§ 194 StGB) stellen, die auf ihre Ehre halten. Es besteht dann nicht die Gefahr, daß eine harmlose Tätlichkeit als Familienbeleidigung bestraft wird, wenn man an das Erfordernis der "besonderen Umstände" strenge Voraussetzun-

1) Olshausen, a. a. O.

2) oben 3. Kap. F.

gen stellt. Sie müssen einmal vorliegen, damit die Tätlichkeit gegenüber dem Mitglied eine Beleidigung darstellt, sie müssen ein zweites Mal vorliegen, damit man in der Tätlichkeit zugleich eine konkludente Mißachtung der gesamten Familie erblicken kann. Es wäre die Aufgabe der Rechtsprechung, im einzelnen diejenigen Umstände aufzuzeigen, die die Bejahung einer Familienbeleidigung rechtfertigen können. An dieser Stelle muß die Feststellung genügen, daß die in Form einer Tätlichkeit gegenüber einem Mitglied begangene Beleidigung nur dann eine konkludente Mißachtung der gesamten Familie darstellt, wenn sie auf Grund ganz besonderer Umstände erfolgte.

b) Der subjektive Tatbestand der Familienbeleidigung

Der Vorsatz des Täters muß sich auf eine Beleidigung der Familie in ihrer Gesamtheit richten, d.h. der Täter muß das Bewußtsein haben, daß seine Kundgabe die ganze Familie trifft. Bei einer Verbalinjurie wird sich dieses Bewußtsein aus den objektiven Tatbestandsmerkmalen folgern lassen. Bei einer "konkludenten" Familienbeleidigung ist es hingegen denkbar, daß der Erfolg der Handlung über den Willen des Täters hinausgeht. In diesem Fall muß der Täter das Bewußtsein haben, daß er durch seine Tätlichkeit die Familie verletzen würde (1). Andererseits kann der Wille zur Gesamtbeleidigung schon in der Tätlichkeit gegenüber dem Familienangehörigen liegen. Man kann eine Gemeinschaft verletzen wollen, indem man nur ein Mitglied tötlich beleidigt.

Nach herrschender Meinung ist der subjektive Tatbestand des § 185 StGB bereits dann erfüllt, wenn der Täter das Bewußtsein der Ehrverletzung hatte. Den Begriff der Ehre muß der Täter nicht kennen. Gerland (2) hält es für erforderlich, einen animus injuriandi, eine Beleidigungsabsicht, zum Tatbestandsmerkmal der Beleidigung zu erheben. Er meint, nur so könne man den Tatbestand der Einzelbeleidigung von dem der Familienbeleidigung sinnvoll abgrenzen. Ein solcher Vorschlag wäre de lege ferenda zu erörtern. De lege lata können wir nicht umhin, daß das Bewußtsein der Mißachtung als subjektives Tatbestandsmerkmal ausreicht. Die Abgrenzung der Familienbeleidigung von der Einzelbeleidigung ist nach objektiven Merkmalen möglich. Es ist daher nicht erforderlich, daß der Täter im Fall der Familienbeleidigung eine besondere Beleidigungsabsicht hat. Es genügt, wenn sich der Täter der besonderen Umstände bewußt war, aus denen sich eine Familienbeleidigung ergab. Dieses Bewußtsein legt die Vermutung nahe, daß sich der Täter auch des beleidigenden Charakters seiner Handlung bewußt gewesen ist.

1) Ähnlich Schlosky, DtStR 41/86

2) Festschrift für Heinrich Lehmann, S. 315

Das Reichsgericht hat zwei bedenkliche Sätze für den Tatbestand der Familienbeleidigung formuliert. Der eine lautet sinngemäß: Jede Beleidigung der Ehefrau ist zugleich eine Beleidigung des Mannes (1). Der zweite Satz wurde bereits mehrfach zitiert und lautet: "Der Schimpf, den ein Mitglied erleidet, trifft zugleich die Gemeinschaft" (2). Beide Sätze enthalten eine doppelte Vermutung:

- aa) Es wird eine "Beweispräsumption" (3) aufgestellt. Die Frage einer Gemeinschaftsbeleidigung wird generell entschieden, während sie nur nach dem konkreten Sachverhalt beantwortet werden kann.
- bb) Die Sätze des Reichsgerichts stellen aber auch eine "Schuldpräsumption" (4) auf, da der Vorsatz des Täters bei einer solchen Feststellung unterstellt wird.

Dieser Rechtsprechung des Reichsgerichts kann nicht mehr gefolgt werden. Der Erfolg einer Handlung kann dem Täter nicht zugerechnet werden, wenn er sich einer Mißachtung der Familie nicht bewußt war.

Zusammenfassend halten wir fest:

Eine besondere Beleidigungsabsicht (*animus injuriandi*) ist nicht erforderlich. Erfolgt eine Familienbeleidigung durch eine Tätlichkeit gegenüber einem Angehörigen, so muß sich das Bewußtsein des Täters auch auf die besonderen Umstände erstrecken, aus denen das Vorliegen einer Familienbeleidigung geschlossen wird.

c) Verwirkung der Familienehre, Einwilligung

Es liegt im Wesen der Ehre begründet, daß ihr Träger stets um ihre Wahrung besorgt sein muß. Wer keine Ehre hat, wessen Ehre unrein oder nicht mehr intakt ist, der kann auch nicht beleidigt werden. Deshalb ist es für die Beleidigung von wesentlicher Bedeutung, ob der Angegriffene mit dem beleidigenden Verhalten des Angreifers einverstanden war oder ob er nicht etwa durch sein früheres Verhalten seine Ehre verwirkt hat. Der unzüchtige Verkehr mit einer Prostituierten oder Ehebrecherin stellt keine Beleidigung dar, da die Ehre insoweit bereits durch früheres Verhalten verwirkt worden ist.

1) RG 70/94 ff, S. 173, 246 ff.

2) RG 73/113

3) Gerland, GS 110/69

4) Gerland, a.a.O.

Das Vorhandensein von Ehre wird solange vermutet, als kein Anlaß besteht, eine Verwirkung der Ehre anzunehmen. Dies gilt für die Ehre der Gemeinschaft ebenso wie für die Einzelehre. Ehre wird durch das Verhalten ihres Trägers verwirkt. Träger der Familienehre ist die Gemeinschaft, d.h. aber nichts anderes, als die Gesamtheit der Familienangehörigen. Gemeinschafts-ehre kann nur durch das ehrlose Verhalten der sämtlichen Gemeinschaftsmitglieder verwirkt werden, wobei das ehrlose Verhalten schon darin bestehen kann, daß die Mitglieder den unwürdigen Lebenswandel eines einzelnen Familienangehörigen in Kauf nehmen und dulden, ohne sich ernsthaft davon zu distanzieren. Durch das unwürdige Verhalten eines Mitglieds allein wird die Familienehre nicht verwirkt; denn diese ist gegenüber den Einzelehren selbständig. Sie geht erst unter, wenn die ehrlosen Elemente in einer Familie überwiegen.

Engisch (1) meint, die Ehre der Familie werde nur dann nicht verwirkt, wenn die beleidigten Personen auf das ehrlose Verhalten eines Familienmitglieds radikal reagieren, so etwa, wenn die Mutter die Ehe mit ihrem Mann (der mit der Tochter Blutschande begangen hat) lösen würde, wenn sie das Kind dem Vater entzüge, wenn sie von den Geschwistern des mißbrauchten Kindes in ihrem Tun unterstützt werde. Eine solche Reaktion der Angehörigen zeige, daß in dieser Familie noch Ehre vorhanden sei. Ist es gerechtfertigt, daß man an die Reaktionshandlung so hohe und für die Familie einschneidende Anforderungen stellt? Verlangt man, daß die Familienangehörigen zur Wahrung der Gemeinschaftsehre die Gemeinschaft auflösen, was eine Ehescheidung bedeuten würde, so wäre für eine Familienehre kein Raum mehr. Eine solche Reaktionshandlung kann nur zur Wahrung der Einzel-Ehren der Mitglieder führen. Führt die Reaktion der betroffenen Familienangehörigen zu einer Auflösung der Familie, so kann diese Handlung nur dartun, daß die Familie zur Zeit der ehrlosen Handlung des Mitglieds Ehre besaß. Eine Wahrung der Familienehre für die Zukunft ist nicht möglich, da die Auflösung der Gemeinschaft den Untergang der Ehre zur Folge hat.

Das Verhalten der Familie bei ehrlosem Lebenswandel eines Mitglieds ist entscheidend für die Frage der Verwirkung. Die Anforderungen sind verschieden je nach den besonderen Umständen des Einzelfalles. Man wird unterscheiden müssen, ob das ehrlose Mitglied bereits eine Selbständigkeit erlangt hat, die ihm die Freiheit gibt, über seine Ehre zu verfügen, ob es noch der Erziehung seiner Eltern untersteht etc. In dem einen Fall müssen die Reaktionshandlungen

1) ZAkdr 39/569

radikal sein, während es in einem anderen Fall genügen kann, daß die Familie deutlich und mit Nachdruck kundtut, daß sie das ehrlose Verhalten nicht duldet und daß sie sich von diesem Verhalten entschieden distanziert. Ergreift eine Familie die ihr zumutbaren Abwehrmaßnahmen, so zeigt dies, daß sie mit dem unwürdigen Verhalten des einzelnen nicht zu identifizieren ist, daß eine Übertragung des Makels auf die gesamte Gemeinschaft nicht gerechtfertigt ist und daß sie ihren spezifischen Wert gewahrt hat. Dulden die Angehörigen einer Familie das ehrlose Verhalten eines Mitglieds, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen und ohne eine Abwehrstellung einzunehmen, so kann sich aus diesem Zustand eine Verwirkung der Familienehre ergeben.

Mehr als diese allgemeinen Angaben zur Verwirkung können nicht gemacht werden. Man wird nicht umhin können, in jedem Einzelfall, in dem eine Stellungnahme zur Verwirkung veranlaßt ist, festzustellen, ob die Familie alles Zumutbare getan hat, um ihre Ehre aufrechtzuerhalten.

Durch die Einwilligung wird die Rechtswidrigkeit einer Familienbeleidigung nur dann beseitigt, wenn diese von allen Familienangehörigen ausgeht. Die Einwilligung eines einzelnen beseitigt die Rechtswidrigkeit nicht, da Träger der Familienehre die Gesamtheit der Mitglieder ist. Fälle, in denen sämtliche Mitglieder in eine Beleidigung einwilligen, werden in der Praxis selten vorkommen.

Es erhebt sich die Frage: kann eine Familie, um einer Verwirkung ihrer Ehre entgegenzuwirken, gegen das ehrlose Mitglied Beleidigungsklage erheben? Kann die Familie durch einen eigenen Angehörigen beleidigt werden?

B. BESONDERE PROBLEME

a) Familienbeleidigung durch Familienangehörige

Es sollen 5 Beispiele dargestellt werden, bei denen sich deutlich zeigt, daß die Familienehre weitgehend von dem Verhalten der einzelnen Mitglieder abhängig ist.

1. Der Vater begeht mit seiner Tochter im eigenen Heim wiederholt unzüchtige Handlungen (1).

1) Dieser Fall lag der Entscheidung des RG in Bd. 73, Seite 113 zugrunde.

2. Der Sohn einer angesehenen Familie begeht einen Mord.
3. Die Tochter geht dem Unzuchtsgewerbe nach.
4. Es betreibt jemand unter besonderer Ausnützung des guten Namens seiner Familie grob unsittliche Wuchergeschäfte.
5. Ein historischer Fall. Im Jahre 1848 führte in Berlin ein junger Adeliger namens Nobiling gegen den alten, beim Volk sehr beliebten, Kaiser Wilhelm I. ein Attentat aus. Es mißglückte. Das gesamte Volk war empört über die Handlung des Nobiling. Auch die Familie distanzierte sich sofort von dem Verhalten ihres Angehörigen. Sie bat den Kaiser, ihren Namen in Edeling umändern zu dürfen, was ihr auch gewährt wurde.

In allen 5 Fällen ist die Ehre der Familie, nicht bloß ihr Ruf oder Ansehen oder das Ehrgefühl der Mitglieder, verletzt worden. Notwendige Folge jedes ehrlosen Verhaltens eines Familienmitglieds ist, daß dadurch auch die Familienehre bis zu einem gewissen Grade in ihrer Substanz berührt wird. Die Ehre der Familie wird durch die Leistungen und den Wert der Gesamtheit der Mitglieder geprägt. Wie eine Quecksilbersäule bei den leiseaten Temperaturschwankungen steigt oder fällt, so ändert sich auch die Ehre der Familie mit dem würdigen oder unwürdigen Verhalten einzelner Mitglieder. Da das einzelne Mitglied bloß einen begrenzten Beitrag zur gemeinsamen Ehre leistet, wird diese nur zu einem Teil durch das Verhalten eines einzelnen geprägt. Es kann nie soweit kommen, daß die Familienehre einer bestimmten Einzelehre ganz folgt und das gleiche Schicksal teilt wie diese. Die Ehre der Familie bleibt immer etwas Eigenständiges und Übergeordnetes. Sie hat ein eigenes Schicksal. Das Wirken vergangener Generationen und das Verhalten der Gesamtheit aller lebenden Angehörigen schaffen jenen eigentümlichen Wert, auf dem die Ehre einer Familie beruht. Es ist die Eigentümlichkeit der Familienehre, daß sie der Ehre des einzelnen Mitglieds ähnelt (1) und daß sie teilweise von den Einzelehren abhängig ist (2). Wenn auch im Leben einer Familie schon dann Anerkennung

- 1) Welzel, ZStW 57/28 ff.
- 2) Passauer (Strafrechtlicher Schutz der Volksehre, in Strafrechtl. Abh., Heft 350, S. 14) ist der Ansicht, die Ehre der Gemeinschaft sei mit der ihrer Angehörigen so untrennbar verbunden, daß sie nicht mehr als eigenständig bezeichnet werden könne. Die Gemeinschaftsehre erscheine als Ehre des Einzelnen, sobald dieser als Glied der Gemeinschaft in Erscheinung trete. Dies entspricht einem kollektivistischen Denken und mag, soziologisch gesehen, bisweilen zutreffen. Juristisch betrachtet, bleibt die Ehre der Gemeinschaft hingegen eigenständig und unterliegt einem eigenen Schicksal.

und Achtung versagt werden, wenn z.B. ein Angehöriger ein Verbrechen begangen hat, so ist doch die Gleichstellung der Familie mit dem einzelnen allein auf Grund der verwandtschaftlichen Beziehungen nicht gerechtfertigt.

Da die Familienehre eine selbständige Entwicklung aufweist und einem eigenen Schicksal unterliegt, ergibt sich die Frage, ob ein Familienangehöriger seine eigene Familie beleidigen kann. Die Familie hat sich seit jeher gegen das ehrlose oder bloß unwürdige Verhalten einzelner Mitglieder selbst geschützt. Das zeigt das Beispiel Nr. 5, wo sich die Familie Nobiling entschieden von ihrem Angehörigen distanziert hat und ihren Namen in Edeling ändern ließ, um sichtbar zu dokumentieren, daß sie mit der Tat ihres Angehörigen nichts zu tun habe. Auf der anderen Seite muß eine Familie immer in gewisser Weise das Leid mittragen, das dadurch entsteht, daß sich ein Angehöriger unwürdig benimmt. Das wird immer so bleiben. Auch wenn man der Familie ein Klagerecht gegen ihren Angehörigen gibt, bleibt sie mit dem Makel behaftet, daß der Angehörige aus ihren Reihen stammt. Eine Familie kann so eine schwere Last zu tragen haben; denn man kann sie immer daraufhin ansehen. Da sich die Familie gegen das unwürdige Verhalten ihrer Mitglieder selbst noch am wirkungsvollsten zur Wehr setzen kann, da der Staat nur das äußere Ansehen der Familie schützen kann, erscheint es im Interesse der Familie bedenklich, das Verhältnis der Familienangehörigen untereinander mit Mitteln des Strafrechts zu schützen. Trotz dieser Bedenken kann es angezeigt sein, daß man der Familie in besonderen Fällen auch gegenüber eigenen Mitgliedern Ehrenschatz gewährt.

Nicht jedes unwürdige Verhalten, nicht jede strafbare Handlung eines Angehörigen kann eine Beleidigung der Familie sein. Wäre das der Fall, so müßte man z.B. jede Straftat in Tateinheit mit Familienbeleidigung bestrafen, wenn - was meistens der Fall sein wird - der Täter bei Begehung der Tat das Bewußtsein hatte, daß er durch seine Handlung zugleich die Ehre seiner Familie verletzen werde.

Beleidigung besteht in der vorsätzlichen Mißachtung oder Geringschätzung der Ehre eines anderen. Nur wenn die Familienehre für den einzelnen Angehörigen die "Ehre eines anderen" darstellt, kann er wegen Beleidigung seiner Familie bestraft werden. Für den einzelnen ist die Familienehre schon dann eine fremde Ehre, wenn er über sie nicht allein verfügen kann. Das Reichsgericht (1) entschied, daß der Vater als Oberhaupt der Familie deren Ehre deshalb nicht verletzen könne, weil er Träger dieser Ehre sei. Letzterem kann nicht zugestimmt werden. Engisch (2) weist darauf hin, daß bei der Familienbeleidigung durch

1) RG 73/117

2) ZAkDR 39/568 ff.

ein Mitglied die Begriffe "Träger" und "Wahrer" der Ehre zu unterscheiden sind. Nur der Träger kann über die Ehre frei verfügen. Ist der Wahrer mit dem Träger identisch; was beim volljährigen Menschen immer der Fall ist, so kann auch der Wahrer über die Ehre frei verfügen. Bei der Gemeinschaftsehre sind Wahrer und Träger nicht identisch.

aa) Träger der Familienehre

Die Familienehre ist für den einzelnen die "Ehre eines anderen", wenn er allein nicht unbeschränkter Träger dieser Ehre ist. Den Vater als den Träger der Familienehre zu bezeichnen (1), würde bedeuten, die Ehre der Gemeinschaft erneut zum Bestandteil der Einzelehre machen. Solange man als Träger eine Einzelperson und nicht eine Personenmehrheit ansieht, kann von einer Gemeinschaftsehre nicht gesprochen werden.

Träger der Gemeinschaftsehre ist die Gemeinschaft. Das bedeutet, daß nach außen, also gegenüber Dritten, die Angehörigen in ihrer Gesamtheit als Träger der Familienehre erscheinen. Ist zu entscheiden, ob ein Mitglied der Familie die Ehre der Gemeinschaft verletzen kann, so muß man sich darüber klar werden, was es heißt: "Träger der Familienehre ist die Gemeinschaft". Nunmehr ist die Frage nach dem Träger im Innenverhältnis zu beantworten. Gemeinschaft bedeutet die Gesamtheit aller Mitglieder. Träger ist also jedes Mitglied.

Da der einzelne durch sein Verhalten mit dazu beiträgt, die Ehre der Familie zu bestimmen, könnte man geneigt sein, jedem Angehörigen sozusagen einen "ideellen" Bruchteil an der gemeinsamen Ehre zuzusprechen, über den er frei verfügen kann. So käme man zu einer Ablehnung der Familienbeleidigung durch ein Mitglied. Die Frage nach dem Träger darf jedoch nicht von den Tatsachen der Ehrbegründung und Ehrbestimmung ausgehen. Sie muß von dem anerkannten Ergebnis einer Gemeinschaftsehre ausgehen und die Antwort muß dem Wesen dieser Ehre entsprechen. Eine Aufteilung der Familienehre in mehrere "ideelle" Teile würde erneut eine Gleichstellung mit der Einzelehre des Angehörigen bedeuten.

Die Familienehre ist trotz des großen Einflusses, den der einzelne hinsichtlich ihrer Ausprägung ausübt, etwas Eigenständiges. Deshalb steht sie als ein un-

1) RG a.a.O.

teilbares Ganzes allen Angehörigen zu. Jeder ist Träger der gesamten Familienehre. In der Verfügung über sie ist der einzelne dadurch beschränkt, daß auch die übrigen Träger sind. Ohne die Gefahr zu verkennen, die im allgemeinen ein Vergleich strafrechtlicher Begriffe mit zivilrechtlichen Instituten in sich birgt, sei hier ein Vergleich der Familienehre mit dem Gesamthandseigentum gestattet. Wie dieses einer Mehrheit von Personen in ihrer Gesamtheit zusteht, ebenso ist es auch bei der Familienehre. Jedem Mitglied steht das Ganze zu, aber kein Angehöriger kann allein über das Ganze verfügen. Eine Verfügung (= Verwirkung oder Einwilligung) kann nur gemeinschaftlich erfolgen. Diese Lösung entspricht dem Wesen der Familienehre.

Die Beleidigung einer Familie durch einen Angehörigen ist demnach theoretisch möglich. Der Angehörige steht seiner Familie ebenso wie ein Außenstehender gegenüber, der sie beleidigt. Es gelten die allgemeinen Grundsätze der Familienbeleidigung.

Dieses Ergebnis wird durch folgende Überlegung eingeschränkt. Man spricht jeder Person das Recht zu, über ihre Ehre frei zu verfügen. Wird die Möglichkeit einer Familienbeleidigung durch ein Mitglied bejaht, so stellt dies eine starke Einschränkung des Prinzips der freien Verfügung über die eigene Ehre dar. Die zu Beginn angeführten Beispiele einer Familienverletzung stellen zugleich eine Verwirkung der Einzelehre des Täters dar. Es entsteht eine Kollision zwischen der freien Verfügung über die eigene Ehre und der verbotenen Verfügung über die Ehre der Familie. Wie soll man sich in dieser Kollision entscheiden? Notwendige Folge einer Verwirkung der Einzelehre ist, daß dadurch auch die Familienehre in ihrer Substanz angetastet wird. Soweit eine Handlung lediglich diese notwendige Folge mit sich bringt, kann sie nicht als Familienbeleidigung bestraft werden. Denn die Freiheit der Verfügung über die eigene Ehre muß gewahrt werden. Wie die Familie im Positiven Anteil an den Leistungen ihrer Mitglieder nimmt, so muß sie auch die Schande eines Angehörigen mittragen. Soweit eine Handlung dagegen über dasjenige Maß hinausgeht, daß die Familie als Folge der Einzelverwirkung dulden muß, ist sie als Familienbeleidigung zu bestrafen. Unmittelbare Angriffe gegen die Familie erfüllen den Tatbestand einer Familienbeleidigung. Der unmittelbare Angriff kann sich aus der Willensrichtung des Täters ergeben. Hatte er die Absicht (*animus injuriandi*) durch sein ehrloses Verhalten, die Ehre der Familie zu treffen, so besteht kein Anlaß, der Familie den Schutz zu versagen. Der einzelne wollte nicht nur über seine Ehre verfügen, sondern auch über die der Gemeinschaft.

Auch ohne animus injuriandi kann sich ein unmittelbarer Angriff auf die Ehre der Familie (der über die Verwirkung der Einzelehre hinausgeht) aus den besonderen Umständen ergeben, unter denen das ehrlose Verhalten eines Mitglieds erfolgt. Mißbraucht beispielsweise ein Angehöriger den Namen seiner Familie für grobsittenwidrige Wuchergeschäfte, beruft er sich in anstößiger Weise auf den guten Namen seiner Familie unter besonderem Hinweis auf den Kredit seiner Vorfahren, so sind dies besondere Umstände, aus denen sich ein unmittelbarer Angriff auf die Ehre der Familie ergibt. Betreibt jemand die gleichen Geschäfte verschwiegen und vor der Welt verborgen als Herr X, so verwirkt er seine eigene Ehre und dies wirkt sich nur mittelbar auf die Ehre seiner Familie aus. Diese Handlung kann nicht bestraft werden.

Es ist immer zu entscheiden, ob eine Handlung einen Angriff darstellt, der sich primär und unmittelbar gegen die Familie richtet, oder ob sie lediglich eine Verwirkung der Einzelehre darstellt, deren notwendige Folge eine gewisse Minderung der Familienehre ist.

Zusammenfassend sei zur Familienbeleidigung durch ein Mitglied folgende Darstellung gegeben:

1. Träger der Familienehre ist die Gesamtheit der Familienangehörigen.
2. Das heißt für den Fall einer Beleidigung durch ein Mitglied: Träger ist jeder einzelne in seiner Verbundenheit mit den übrigen Angehörigen. Familienehre ist unteilbar.
3. Es entsteht eine Kollision zwischen freier Verfügung über die Einzelehre und strafbarer Verletzung der Gemeinschaftsehre. In dieser Kollision muß der Freiheit des einzelnen Rechnung getragen werden. Das hat zur Folge:
4. Eine bloße Verfügung über die Einzelehre stellt keine Familienbeleidigung dar.
5. Soweit die Handlung eines Familienangehörigen einen unmittelbaren Angriff auf die Familienehre darstellt, ist sie als Familienbeleidigung strafbar.
6. Ein unmittelbarer Angriff auf die Gemeinschaftsehre liegt immer dann vor, wenn der Täter mit dem animus injuriandi gehandelt hat oder wenn besondere Umstände gegeben sind, die mehr als eine Verfügung über die Einzelehre darstellen.

bb) Wahrer der Familienehre

Die Frage nach dem Wahrer der Familienehre spielt eine Rolle für die Feststellung der antragsberechtigten (§ 194 StGB) Personen. Die Eltern sind auf Grund ihrer natürlichen Vorrangstellung innerhalb der Familie zur Wahrung der Ehre berufen. Im Rahmen der Gleichberechtigung von Mann und Frau geht es nicht an, einem Elternteil allein die Verantwortung für die Wahrung der Familienehre zu übertragen. Durch eine Beleidigung kann das Familienleben gefährdet werden. Ob und welche Gegenmaßnahme gegen einen Angriff ergriffen werden sollen, kann nur von beiden Eltern gemeinsam entschieden werden. Im allgemeinen werden deshalb beide Eltern gemeinsam gegen eine Beleidigung vorgehen müssen. Bei Streitigkeiten muß es hingegen genügen, wenn ein einziges Mitglied der Familie, vorausgesetzt, daß es das 18. Lebensjahr vollendet hat (§ 65 StGB), den Strafantrag stellt. Es kann immer nur der Teil der Eltern oder antragsmündigen Kinder den Antrag auf Verfolgung stellen, der nicht selbst die Familie beleidigt hat oder an einer Beleidigung der Familie beteiligt gewesen ist, da dem Strafrecht ein Strafantrag gegen sich selbst unbekannt ist.

b) Familienbeleidigung durch ehrverletzende Äußerungen, die sich auf verstorbene Angehörige oder vergangene Generationen beziehen

"Wer das Andenken eines Verstorbenen verunglimpft, wird bestraft" (1). Schutzobjekt dieser Bestimmung ist nach h. M. (2) die Familienehre. Bei der Beleidigung Verstorbener liegt, wie Koebel (3) richtig herausgestellt hat, ein Doppelinteresse vor. Es wird einmal dem Verstorbenen und zum anderen den überlebenden Angehörigen Unrecht getan. Da der Tote nicht mehr ehrfähig ist (es gibt keine Totenehre) (4), kann das ihm zugefügte Unrecht nur die überlebenden Angehörigen in ihrem Ehrgefühl treffen (5).

1) § 189 StGB

2) s.o. Seite 31 f.

3) NJW 58/938

4) RG 13/85

5) ähnlich May, NJW 58/2103

Es ist zu unterscheiden zwischen der Verunglimpfung eines einzelnen Verstorbenen und zwischen der Verunglimpfung einer verstorbenen Generation. Da eine Verbalinjurie nicht zugleich Einzel- und Gemeinschaftsbeleidigung sein kann, wird die Familie durch die Verunglimpfung eines Toten nur in ihrem Ehrgefühl verletzt. Deshalb enthält § 189 StGB als geschütztes Rechtsgut lediglich die subjektive Familienehre im Sinne des Ehrgefühls.

Bezieht sich eine Beleidigung auf eine verstorbene Generation, d.h. auf die Vergangenheit einer noch lebenden Familie, so fragt es sich, ob diese mit der verunglimpften Generation identisch ist. Das haben wir oben (1) verneint. Deshalb kann sich auch die Verunglimpfung nur gegen das Ehrgefühl der lebenden Familie richten. Seinem Wortlaut nach bezieht sich § 189 StGB auf verstorbene Einzelangehörige. Der Tatbestand des § 189 StGB muß jedoch entsprechend der Auslegung des § 185 StGB auch auf die Fälle ausgedehnt werden, in denen eine frühere Generation "verunglimpft" wird. Es wäre eine "uferlose Strafverfolgungsmöglichkeit" gegeben (2), wenn man jede beleidigende Äußerung, die sich auf die Vergangenheit einer Familie bezieht, als Familienbeleidigung bestrafen könnte. Auch die Nachprüfung von Behauptungen, die sich auf einen Jahrzehnte zurückliegenden Zeitraum beziehen, wäre häufig unmöglich. Deshalb ist die Einschränkung des § 189 StGB auch für den Fall geboten, in dem nicht ein einzelner Toter, sondern eine verstorbene Generation beleidigt wird: nur erhebliche (wegen des Inhalts, der Form, der Umstände oder der Motive der beleidigenden Kundgabe) die Pietät und das Anstandsgefühl besonders schwer verletzende Kränkungen (= "Verunglimpfung") verstorbener Angehöriger oder Geschlechter können als Familienbeleidigung nach § 189 StGB bestraft werden. § 189 StGB ist *lex specialis* zu § 185 StGB.

c) Angriffe auf den Familiennamen

Der Angriff auf den Namen einer Familie stellt eine der möglichen Formen der Mißachtungskundgabe dar, welche Voraussetzung einer jeden Beleidigung ist. Wie jede Personenvereinigung durch eine bestimmte Bezeichnung gekennzeichnet ist, so finden wir auch bei der Familie jenes äußere Merkmal, das zur Unterscheidung von anderen Personengruppen dient. Der Familienname dient aber nicht nur zur Kennzeichnung jener engen, in einer Hausgemeinschaft zusammenlebenden Kleinfamilie, sondern er umfaßt meist mehrere Familien-

1) Seite 46

2) Gerland, GS 110/71

zweige, die lediglich durch verwandschaftliche Beziehungen untereinander verbunden sind, aber keine echte Gemeinschaft darstellen. Ehrenrührige Angriffe, die sich gegen einen bestimmten Familiennamen richten, können daher sowohl eine Kollektivbeleidigung, wie auch, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, eine echte Gemeinschaftsbeleidigung darstellen.

Wir haben gesehen, daß eine Gruppe auch ohne Namen echte Gemeinschaft sein kann. Entscheidendes Kriterium der Gemeinschaftsbeleidigung ist der Angriff auf den erworbenen Sozialwert der Gemeinschaft. Insoweit kann ein Angriff auf den Namen einer Familie ein hervorragendes Mittel darstellen, um sie in ihrer Mitwelt herabzusetzen. Insoweit muß ein Angriff auf den Namen bestraft werden. Voraussetzung hierfür ist in jedem Fall, daß der mißachtete Name keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, welche Familiengemeinschaft getroffen werden sollte. Es gelten die allgemeinen Voraussetzungen der Gemeinschaftsbeleidigung.

C. KONKURRENZ ZWISCHEN EINZELBELEIDIGUNG UND FAMILIENBELEIDIGUNG

Die Familienehre stellt gegenüber den Einzelehren der Familienangehörigen ein "aliud" dar. Familienbeleidigung kann daher zu einer oder mehreren Einzelbeleidigungen der Angehörigen in Realkonkurrenz stehen. Im Fall der Verbalinjurie ist Idealkonkurrenz nur dann möglich, wenn der Täter in einer "natürlichen Handlungseinheit" mehrere Beleidigungen ausgesprochen hat, von denen sich mindestens eine gegen die Ehre der Familie gerichtet hat, die anderen aber die Ehre von Angehörigen getroffen haben (§ 73 StGB). Idealkonkurrenz bei Einzelbeleidigung ist ferner möglich im Fall der durch eine Tötlichkeit gegenüber einem Mitglied der Familie erfolgenden Familienbeleidigung, wenn das betroffene Mitglied in die ehrverletzende Behandlung nicht wirksam eingewilligt hat. Eine einzige Verbalinjurie kann jedoch nach dem Gesagten nicht zugleich Einzel- und Gemeinschaftsbeleidigung sein (1).

-
- 1) a. A. Mezger in DR 1941/150, der die Möglichkeit einer Konkurrenz zwischen unmittelbarer Einzelbeleidigung, mittelbarer Einzelbeleidigung und Gemeinschaftsbeleidigung ebenso wie zwischen Kollektiv- und echter Gemeinschaftsbeleidigung bejaht.

D. DER ENTWURF ZU EINEM NEUEN STRAFGESETZBUCH IM HINBLICK AUF DIE BELEIDIGUNG VON GEMEINSCHAFTEN

Für den Besonderen Teil eines neuen Strafgesetzbuches sind bisher drei Entwürfe (1) geschaffen worden. Eine amtliche Begründung liegt noch nicht vor. Sie wird erst für den Beginn des Jahres 1960 erwartet. Inwieweit ein künftiges Strafgesetzbuch eine Gemeinschafts- und damit auch die Familienehre schützen wird, kann augenblicklich nur anhand des letzten Entwurfes (2) und der Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission (3) vorausgesagt werden.

Der Entwurf 59/II faßt die Bestimmungen über das Beleidigungsrecht im 6. Titel unter dem Begriff "Beleidigung" zusammen. Die 9 Paragraphen dieses Titels (4) enthalten keine ausdrückliche Stellungnahme zur Frage der Gemeinschaftsbeleidigung. § 180/III u. IV E 59/II spricht von der "Tat", die sich gegen das "Ansehen einer Behörde" (Abs. III) oder gegen das "Ansehen eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eine andere politische Körperschaft" (Abs. IV) richtet. Diese Terminologie spricht mehr für einen Autoritätsschutz (wie bisher), als für einen Ehrenschatz der staatlichen Einrichtungen. Eine Stellungnahme zur Frage der Beleidigungsfähigkeit von Verbänden läßt sich aus § 180 E 59/II nicht entnehmen.

§ 175 Absatz 1 E 59/II ("Kundgabe von Mißachtung"), der in etwa dem § 185 des geltenden Strafgesetzbuches entspricht, besagt: "Wer einen anderen durch Kundgabe von Mißachtung beleidigt, wird ... bestraft"; Absatz 2 spricht von dem durch die Mißachtung "Betroffenen". Wer beleidigt werden kann, geht aus dem Text des § 175 E 59/II nicht hervor. In den Sitzungen der Großen Strafrechtskommission (5) waren die Ansichten über die Beleidigungsfähigkeit von Personen geteilt (6). Man hat die Schwierigkeiten und Gefahren aufgezeigt,

1) E 58, E 59/I, E 59/II.

2) Entwurf eines Strafgesetzbuches - E 1959 II - nach den Beschlüssen der Großen Strafrechtskommission in zweiter Lesung, zusammengestellt und überarbeitet vom Bundesministerium der Justiz, Bonn 1959.

3) 9. Band, Besonderer Teil, 91. bis 103. Sitzung, Bonn 1959 - im folgenden kurz: Niederschriften genannt.

4) §§ 173-181 E 59/II

5) Niederschriften, S. 89-98 6) gegen eine Gemeinschaftsehre haben sich u. a. ausgesprochen: Bockelmann, S. 93, Gallas, S. 93 f., Jescheck, S. 94 f., für eine Gemeinschaftsehre sprachen: Lange S. 95 f., Dreher, S. 95, Lackner, S. 90, Schafheutle, S. 92, Schäfer, S. 95 u. a.

die entstehen würden, wenn in einem neuen Strafgesetzbuch die Beleidigungsfähigkeit der Gemeinschaft ausdrücklich bejaht oder verneint würde. Bei einer Anerkennung müsse man den Begriff der ehrfähigen Gemeinschaft formulieren und würde dadurch das von Literatur und Rechtsprechung in vielen Jahren geleistete Werk zerstören. Die Lehre über die Gemeinschaftsehre stehe noch so in der Entwicklung, daß der Gesetzgeber durch eine abschließende Regelung jede Fortentwicklung unterbrechen würde (1). Aus diesen Gründen hat man sich geeinigt, am geltenden Recht festzuhalten. Man habe somit wenigstens die Gewißheit, daß Literatur und Rechtsprechung auf dem "bisherigen Weg einer vorsichtigen Anerkennung der Beleidigungsfähigkeit von Personenmehrheiten fortschreiten" werden (2). Im Gesetz soll die Frage der Beleidigungsfähigkeit von Verbänden offengelassen werden. Dies soll auch in der amtlichen Begründung ausdrücklich klargestellt werden (3). So ist es zu verstehen, daß der Entwurf 59/II zum Thema Gemeinschaftsehre schweigt. Die Beleidigungsfähigkeit der Familie kann daher, vorausgesetzt, daß der Entwurf 59/II nicht erneut abgeändert wird, auch in Zukunft nach den bisher entwickelten Grundsätzen erörtert werden.

-
- 1) Man hat ferner geltend gemacht, daß bei ausdrücklicher Anerkennung der Gemeinschaftsehre neben den "Autoritätsschutz" der staatlichen Einrichtungen (§§ 196/197 StGB) der Schutz ihrer Gemeinschaftsehre trete. Es tauche die Frage auf, ob bei Beibehaltung der §§ 196 f. StGB im Titel über die Beleidigung der Angriff auf die Autorität und der Ehrangriff in Ideal- oder Realkonkurrenz stehe oder ob der Autoritätsschutz der staatlichen Einrichtungen *lex specialis* zum Ehrenschutz der Gemeinschaften sei.
 - 2) Lackner, Niederschriften, S. 90
 - 3) Schafheutle, Niederschriften, S. 97

LITERATURVERZEICHNIS

Kommentare:

- Frank, Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich, 18. Aufl., 1931
- Kohlrausch-Lange Strafgesetzbuch, 41. Aufl., 1956
- Leipziger Kommentar (LK), 6./7. Aufl. Band 2
- Olshausen, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 12. Aufl., 1942
- Schönke-Schröder, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 8. Aufl., 1957
- Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission, Besonderer Teil, 9. Band, 91. - 103. Sitzung, Bonn 1959

Lehrbücher:

- Berner, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 1866. 3. Aufl.
- Binding, Lehrbuch des gemeinen deutschen Strafrechts, Bes. Teil II, Bd. 1, 2. Aufl., Leipzig 1902.
- Coing, Grundzüge der Rechtsphilosophie, Berlin 1950
- Gerland, Deutsches Strafrecht, 2. Aufl. 1932
- Hälschner, Das gemeine deutsche Strafrecht, 1884.
System des preußischen Strafrechts, 2. Teil,
Bonn 1868.
- v. Hippel, Lehrbuch des Strafrechts, 1932.
- Liszt-Schmidt, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 25. Aufl., 1927

Maurach,	Lehrbuch, Besonderer Teil, 2. Aufl., 1956
Meyer-Allfeld,	Lehrbuch, 7. Aufl., 1912
Mezger,	Strafrecht - ein Studienbuch, 1954, 4. Aufl.
Mommsen,	Römisches Strafrecht, Leipzig 1899.
Niethammer,	Lehrbuch des besonderen Teils des Strafrechts, 1950.
Sauer,	System des Strafrechts, 1954
Welzel,	Das deutsche Strafrecht, 4. Aufl., 1954

Monographien:

Ambach,	Kollektivinjurien und Injurien gegen Kollektivpersonen, Diss. Würzburg 1904.
Bassenge,	Ehre und Beleidigung, 1937.
Binding,	Die Ehre und ihre Verletzbarkeit, Leipzig, 1892.
Bless,	Die Beleidigung von Personengesamtheiten und von Einzelpersonen durch eine Gesamtbezeichnung, Diss. Rostock, 1909.
Ellenbogen,	Die Kollektivbeleidigung, Diss. Tübingen 1907.
Gross,	Die Beleidigung von Personengesamtheiten im deutschen und schweizer Strafrecht. Diss. Bern, 1941.
Hammeley,	Die Kollektivbeleidigung, StrAbh. Heft 121.
Häring,	Die Soziologie der Familie, 1954.
Hegel,	Grundlinien der Philosophie des Rechts, 4. Aufl., Akademieverlag, Berlin 1821.

- Hess, Die Ehre und die Beleidigung nach § 185, 1891.
- Hirschberg, Die Beleidigung von Personengesamtheiten, Berlin 1929.
- König, René, Materialien zur Soziologie der Familie, Band 1, Bern 1946.
- Passauer, Strafrechtlicher Schutz der Volksehre, StrAbh. Heft 350.
- Ramm, Der Ehrbegriff als Grundlage des Ehrenschatzes im Strafrecht, StrAbh. Heft 366.
- Reiner, Hans, Die Ehre, 1956.
- Sauer, Die Ehre und ihre Verletzung, Berlin 1915.
- Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, Kröner Verlag 1950
- Sudermann, Hermann, Schauspiel "Die Ehre", 3. Aufl., Berlin 1891.
- Tönnies, Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft, 8. Aufl.
- Aufsätze und Abhandlungen in Zeitschriften und Sammelwerken:
- Bahrdt, Hans Paul, Die Familie als Kampfgruppe, in Frankfurter Hefte, Heft 8, 1953, S. 928.
- v. Bar, Die Beleidigung mit besonderer Berücksichtigung auf die Presse, in GS 52/81 ff. 1896.
- Bollnow, Otto Fr., Ehre und guter Ruf, in: Die Sammlung 1952, S. 31 ff.
- Bolze, Die Beleidigung kollektiver Personeneinheiten, in GA 26/1 ff. 1878.
- Bruns, Passive Beleidigungsfähigkeit handelsrechtlicher Kapitalgesellschaften, in NJW 55/693 ff.

- Dahm, Georg, Ehrenkränkung, in Gürtner, Das kommende Strafrecht, Bes. Teil 2. Aufl., 1936, S. 397 ff.
- Der strafrechtliche Ehrenschatz der Familie, in JW 36/2497 ff.
- Der Ehrenschatz der Gemeinschaft, in Gegenwartsfragen der Strafrechtswissenschaft, Gleispach Festschrift, Berlin u. Leipzig 1936.
- Dohna, Graf zu Beleidigung einer Genossenschaft, in DJZ 25/1027 ff.
- Engisch, Zur Strafbarkeit unzüchtiger Handlungen mit Abkömmlingen, in ZAkDR 39/568.
- Freisler, Die Ehre der Familie, in Gürtner-Freisler, Das neue Strafrecht, S. 101, Berlin 1936.
- Gedanken zum Gemeinschaftsehrenschatz in DJ 36/1458 ff.
- Gerland, Einige Bemerkungen zum geltenden und künftigen Beleidigungsrecht, in GS 110/9 ff.
- Einige Bemerkungen zum Ehrenschatz im geltenden und künftigen Strafrecht, in Festschrift für Heinrich Lehmann, S. 301 ff.
- Goltz, Graf v.d., Beleidigungsfähigkeit von Personengemeinschaften, in DStR 36/209 ff.
- Hurwicz, Beleidigung sozialer Einheiten, in ZStW 31/873 ff. 1911.
- Koebel, Das Fortwirken des Persönlichkeitsrechts nach dem Tode, NJW 58/936.
- Kohler, Ehre und Beleidigung, in GA 47/1-48 u. 98-154. 1900.

- Liepmann, Die Beleidigung von Kollektiveinheiten, in Vergl. Darst. des deutschen und ausländischen Strafrechts, Besond. Teil Bd. IV, S. 348 ff.
- May, Zum Schutz der Persönlichkeit nach dem Tod, in NJW 58/2301 ff.
- Mezger, Anmerkung z. BGH-Urteil z. Familienehre vom 26.4.1951, in JZ 51/521 ff.
- Anm. zum Beschl. OLG Frankfurt, in SJZ 50/356.
- Anm. z. Urteil des Reichsgerichts vom 14.11.40 (Beleidigung einer Nachrichtenagentur "DENA"), in DR 41/147 ff.
- Anm. z. Urteil des RG vom 27.8.40 (Beleidigungsfähigkeit einer Ortskrankenkasse), in DR 40/2060.
- Savatier, René, Die juristische Realität des "Wesens der Familie" und ihre Postulate, in "Vom Wesen und Geheimnis der Familie", Salzburg 1952.
- Schlosky, Zum Ehrenschatz von Personengesamtheiten, in DStR 41/86 ff.
- Schröder, Ehrenschatz von Gemeinschaften im kommenden Strafrecht, in GS 110/77 ff. 1938.
- v. Stenglein, Das Antragsrecht des Vorgesetzten, in GS 42/79 ff. 1889.
- Welzel, Über die Ehre von Gemeinschaften, in ZStW 57/28 ff.
- Anmerkung zum BGH-Urteil zur Familienehre vom 26.4.51, in MDR 51/501 ff.
- Zimmermann, Über die Beleidigung gegen juristische Personen, in GA 25/97 ff. 1877.

Zeitschriften und Abkürzungen:

DJ	=	Deutsche Justiz
DJZ	=	Deutsche Juristenzeitung
DR	=	Deutsches Recht
DStR	=	Deutsches Strafrecht
GA	=	Goldtammers Archiv für Strafrecht und Strafprozeß
GS	=	Der Gerichtssaal
HESt	=	Höchststrichterliche Entscheidungen (Sammlungen von Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der obersten Gerichte in Strafsachen)
HRR	=	Höchststrichterliche Rechtsprechung auf dem Gebiet des Strafrechts
JW	=	Juristische Wochenschrift
JZ	=	Juristenzeitung
LZ	=	Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht
MDR	=	Monatsschrift für deutsches Recht
Nds. Rpfl.	=	Niedersächsische Rechtspflege
NJW	=	Neue juristische Wochenschrift
RG	=	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
SJZ	=	Süddeutsche Juristenzeitung
StrAbh	=	Strafrechtliche Abhandlungen
ZAkDR	=	Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht
ZStW	=	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.

LEBENS LAUF

Ich, Hans Christian Lieberknecht, geboren am 31.12.1935 in Zwickau, bin der Sohn des (1947 in einem Konzentrationslager verstorbenen) Dr. ing. Klaus Lieberknecht und seiner Ehefrau Elisabeth geb.v. Losow. Ich besuchte die Volksschule in Oberlungwitz/Sachsen und siedelte vor dem Einmarsch der Truppen nach Pöcking am Starnbergersee über. Ich trat im Jahre 1946 in das humanistische Gymnasium Ernst Adam in München ein. Ich legte im Herbst 1953 die Reifeprüfung ab und immatrikulierte mich anschließend an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Nach siebensemestrigem Studium legte ich am 31.7.1957 das erste juristische Staatsexamen ab. Seit 4. November 1957 leiste ich meinen Referendardienst in München.



